

kulturelle Leben in Stadt und Land mitgeprägt. Prof. Brunner, der damalige Rektor, erwähnte bei dieser Gedenkfeier, daß sofort nach Einmarsch der deutschen Truppen drei bedeutende Professoren vom Lehrstuhl entfernt worden sind, und es sind gerade die Nobelpreisträger Prof. Loewi, Prof. Hess und Erwin Schrödinger. Der einzige größere Bombentreffer zerstörte das Arbeitszimmer des bedeutenden Wissenschaftlers Ludwig Boltzmann. Diese Kultusgemeinde hat wieder begonnen zu wirken und zu leben. Zur Ehre und zur Erinnerung wurde an der Stelle der Synagoge ein Gedenkstein errichtet, und nun wird für eine Zeremonienhalle in den nächsten Tagen der Spatenstich erfolgen, um nächstes Jahr die Bauzeit zu beenden, und dabei wird ein herrlicher Bau entstehen nach dem Mustermotiv des Herrn Architekten Dipl.-Ing. Mair mit einer großartigen Holzkuppel.

Ein weiterer Posten des Budgets 1991 im Kapitel Kultur, Kunst und Kultus sieht vor das Geld für das große Johann-Joseph-Fux-Jahr 1991, eines der bedeutendsten Komponisten, wie Fischer von Erlach, der bedeutendste Barockbaumeister, aus Graz stammend. Dieser bedeutende Musiker wird in verschiedenen Städten in der Steiermark zur Aufführung kommen, und es wird besonders der Gesangsverein Gleisdorf sein, der seit 125 Jahren das Gedächtnis und das Wirken von Johann Joseph Fux führt, Veranstaltungen durchzuführen. Es wird eine Rundfunkübertragung des Gottesdienstes aus der Pfarrkirche St. Marein bei Graz, drei Oratorienaufführungen und geistliche Konzerte in Pöllau, Vorau, Gleisdorf und Hartberg geben. Um die Chorleitung hat sich Josef Hofer aus Gleisdorf sehr verdient gemacht. Das Kulturreferat der Landesregierung wird mit seinem Musikschwerpunkt im Jahre 1991 der musikalischen Bedeutung des großen Steirers Rechnung tragen. Die Musikaktion wird vom Landeskonservatorium, den steirischen Musikschulen, der Styriarte, dem Gleisdorfer Chor und von weiteren privaten Musikinitiativen getragen werden. Johann Joseph Fux verband in seinem Schaffen zu seiner Zeit die Tradition mit der anbrechenden, damals auch neuen Musik. 1991 wird die Chance geboten, die Bedeutung dieser Persönlichkeit neu zu interpretieren und seine Werke in ganz Steiermark zu Gehör zu bringen. Ich möchte dem Landeskulturreferenten und seinen Mitarbeitern recht herzlich für alle Initiativen danken, die sie in diesem vergangenen Jahr im Lande geleistet haben, den verantwortlichen Beamten des Landes und an der Spitze dem Landeskulturreferenten. Ich wünsche, daß das Johann-Joseph-Fux-Jahr 1991 mit vielen Veranstaltungen im kommenden Jahr blühe und gedeihe. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 9.20 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (9.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich gebe zu, daß Kultur und Kunst auch eine Geschmacksfrage sind und daß in der Steiermark die Kultur frei ist, wie mein Vorredner, Herr Kollege DDr. Steiner, gemeint hat, daß sie souverän ist, daß sie modern ist. Trotzdem sei mir Kritik erlaubt, und zwar an einem konkreten Beispiel des heurigen „steirischen Herbstes“. Natürlich ohne Verbotsdrohung und ohne

Strafanzeige. (Abg. Minder: „Der Herr Botschafter war in Wien!“) Aber diese Form der Kulturkritik, die dann in Verbotsdrohungen und Strafanzeigen endet, von der halte ich überhaupt nichts. Aber Kritik und auch die Feststellung, daß etwas peinlich ist, das möchte ich hier schon anbringen dürfen. Zum peinlichsten Programmpunkt des „steirischen Herbstes“ ist heuer Peter Jiraks „Slow Food-Avantgarde“ aufgestiegen, unter dem vielversprechenden Titel „Mobiler Happen“, und eine Kampfansage an die schlechte Ewigkeit des immer gleichen „Big mac“ an das „Bürgertum“ wurde die Demonstration blasierter, philosophisch aufgemascherter „Zitatellenkultur“ geboten. Der Begriff „Zitatellenkultur“ stammt vom deutsch-amerikanischen Kulturkritiker und Kunsthistoriker Otto Werkmeister, der ihn für die schöne Kunst des Untergangs in der Kultur der achtziger Jahre verwendet. Und dieser Otto Werkmeister sieht im Ritual ästhetisierender Verklärung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Katastrophen die politisch neutralisierende Funktion der „Zitatellenkultur“. Und sie hält den Widerspruch zwischen Wohlstand und Leiden in einer tragischen Collageform bewußt, die ihn jetzt, den Widerspruch, der rationalen Klärung enthebt und der Frage seiner politischen Lösung ausweicht. Die im Remisengelände in Graz auf Holzkohlenfeuer schmorenden Lämmer wurden von kurdischen Männern stundenlang gedreht. Das war das Szenario, um sie dann mit einem heroischen Gestus den versammelten „herbst“-Gästen in der Remise zum Verzehr anzubieten. Die Männer, die an diesem Holzkohlenrost gearbeitet haben, von mittags 1 Uhr bis abends 10 Uhr gedreht haben, haben selbstverständlich kein Stück von diesen Lämmern bekommen. Die durften draußen Sklavenarbeit leisten. Und es war der erste Eindruck, als wir gekommen sind, um Gottes Willen, was ist denn da los, warum müssen die da sitzen, am Boden kauern und Lämmer drehen? Innen drinnen dann die angebotenen Speisen und Getränke sollten auf steirische Eß- und Kochkultur hinweisen. Andererseits hat es noch die Schaulstellung kurdischer Musiker gegeben. Die sollten die Elite der steirischen Kulturkritiker und aufgeschlossenen Zuschauerinnen und Zuschauer unterhalten. Für die Folgeprobleme, jetzt der „Big mac“ oder der „McDonald's Fast-Food-Strategie“, sollte diese Veranstaltung sensibilisieren. Und da mir dieser Ansatz schon im Programm sehr gut gefallen hat, wollte ich mir diesen Abend nicht entgehen lassen und war sehr erwartungsvoll, was hier geboten wird. Nachdem auch Freunde und Freundinnen vom Bauernladen dort engagiert waren, habe ich mir gedacht, das wird sicher eine tolle Sache. Was dann herausgekommen ist, ist wirklich peinlich gewesen. Es hat mich so unangenehm berührt, daß dieses verlogene inszenierte Spektakel eines wortgewaltigen Feinschmeckers, und als viel mehr möchte ich diesen Peter Jirak nicht bezeichnen, und ich habe diese Stätte der Ignoranz verlassen müssen, weil es ist wirklich nur um den Begriff eines Gourmands gegangen, wie er dort aufgetreten ist. Die Vorgabe moralischer Ablehnung von denaturierter Nahrung verkam wirklich zu einer peinlichen Selbstdarstellung dieses Herrn Peter Jirak. Und das Publikum war wirklich hilflos und war auch zwar zuerst betroffen, ist dann aber beflissen sitzengeblieben oder flüchtete dann, genauso wie wir, vor dieser unerwarteten Präsentation ausbeuterischer Kunstdarstellung.

Vielleicht denkt Herr Haberl im nächsten Programm über diesen Fehlgriff im nächsten Jahr nach, bei seiner Programmauswahl, und denkt daran, daß Kunst wirklich provozieren soll, dafür bin ich, und auch provozieren muß. Aber sie darf bitte nicht in dieser Form herablassend und blasiert ein Umwelt- und Dritte-Welt-Thema verwenden und das dann künstlerisch und menschlich schlecht präsentieren. Dagegen habe ich wirklich etwas. Dafür ist mir das Thema zu ernst, um daraus dann so ein wirklich geschmackloses Szenarium aufzuziehen. Wie gesagt, provokant an dem Ganzen war wirklich nur der Versuch der künstlerischen Verfeinerung eines wirklich weltweit brisanten Themas, und ich stelle mir Avantgarde anders vor als diese Progammeinlage. Danke! (9.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Schoiswohl.

Abg. Schoiswohl (9.25 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In unserer schnelllebigen und hochtechnisierten Welt wird es immer neue Strömungen und Ideen geben, die rasch aufleben, teilweise realisiert werden und dann wieder verschwinden. Tradition und Kultur haben die Menschen stets beschäftigt. Tradition und Kultur nehmen auch in unserer Gesellschaft einen hohen und beständigen Stellenwert ein. Unsere steirische Kultur beinhaltet alles, von Brauchtumpflege bis hin zur Avantgarde.

Da ich aus einem Bezirk komme, wo Brauchtum und Tradition besonders stark ausgeprägt, hochgehalten und gepflegt werden, möchte ich zu zwei Gruppen, den Musikkapellen und den Trachten- und Heimatvereinen, einige Worte sagen. Das 5. Steirische Landesmusikerverfest war eine tief beeindruckende Demonstration der Blasmusiker am Grazer Freiheitsplatz. Nahezu 400 Blasmusikkapellen mit insgesamt 15.000 Musikerinnen und Musikern aller sozialen Schichten und Altersgruppen vereinten sich zu einem Klangkörper und spielten schöne Weisen. Die Musikkapellen zählen in allen Gemeinden zu den wichtigsten Kulturträgern. Zu verschiedensten Anlässen, immer dann, wenn es etwas Besonderes gibt, sei es ein kirchlicher oder ein weltlicher Anlaß, spielen sie auf und geben jedem Ereignis im Ort einen festlichen Anstrich.

Auch die Heimat- und Trachtenvereine tragen hauptsächlich im ländlichen Bereich enorm viel zur Brauchtumpflege und zur Erhaltung der steirischen Tradition bei. Bei ihrer letzten Bezirksversammlung in Liezen wurde mir neuerlich bewußt, wieviel diese Gruppen zur Brauchtumpflege beitragen, welche großen Idealisten diese Frauen und Männer sind.

Ein besonderes Augenmerk wird bei diesen Trachtengruppen auch auf die Jugendarbeit gelegt. Dadurch werden Tradition, Brauchtum und die Liebe zur Heimat erfreulicherweise auch in der nächsten Generation ihren Platz haben. Die Musikkapellen werden vom Land Steiermark finanziell unterstützt. Anders ist das bei den Trachtenvereinen. Wie ich schon erwähnte, tragen auch diese neben den Musikkapellen viel für die Öffentlichkeit bei. Sie erhalten derzeit keine beziehungsweise nur ganz unzureichende Unterstützung. Auch diese Vereine müssen in Zukunft eine ausreichende finanzielle Zuwendung erhalten. Im Mai 1990 habe ich – unterstützt von Kollegen – diesbezüglich einen Antrag eingebracht. In meiner heutigen Wort-

meldung möchte ich diese Forderung noch einmal aussprechen und hoffe, auch gehört zu werden, damit schon im nächsten Voranschlag durch Umwidmung in kulturellen Bereichen dafür Sorge getragen wird.

Abschließend möchte ich allen Mitgliedern der steirischen Musikkapellen und der Trachtenvereine für ihr ehrenamtliches Wirken zur Freude der gesamten Bevölkerung danken. Menschen, die bereit sind, nicht nur Freizeit, sondern auch oft eigenes Geld in Vereine zu investieren, sind Idealisten und Vorbilder. Menschen von solchem Format brauchen wir notwendiger denn je in unserer Gesellschaft. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 9.29 Uhr.)

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten Schoiswohl vor allem auch für die eindrucksvolle Kürze. Die Herren können sich an den Damen ein Beispiel nehmen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch.

Abg. Alfred Prutsch (9.30 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Von der hohen Kultur meines Kollegen Prof. DDr. Steiner zurück zur ländlichen Kultur, Kultur im ländlichen Raum. Ich möchte mich als Grenzlandabgeordneter mehr auf den Grenzraum, die Grenzregionen beschränken. Über die steirische Bildungs- und Kulturpolitik sind in dem Zeitraum 1980 bis 1990 im Grenzland beinahe eine Milliarde Schilling investiert worden. Ortsbilderneuerung, Denkmalpflege, Landesausstellungen, Schulen, Kindergärten, und ich glaube, gerade als Bürgermeister einer kleinen Landgemeinde weiß ich, wie wichtig es ist, daß im Schulbereich und im Kindergartenbereich seitens des Landes Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ich darf wirklich als Betroffener hier unserem Herrn Landeshauptmann und dem zuständigen Kulturreferenten Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth herzlich dafür danken.

Landesausstellungen haben gerade in letzter Zeit wirtschaftliche Impulse gesetzt. Begonnen 1982 in Stainz mit der Ausstellung „Erzherzog Johann in Österreich“, dann folgte Herberstein, Riegersburg bis nach Gamlitz im heurigen Jahr „Weinkultur“. Diese Ausstellungen wurden von eineinhalb Millionen Besuchern besucht, und seitens des Landes wurden beinahe 100 Millionen investiert, ganz genau 96,4 Millionen. Und wenn man hier die Umwegrentabilität ansetzt, so meine ich, sind hier 500 Millionen Schilling in dieser Region geblieben, zusätzlich zu den Investitionen Privater von 20 Millionen.

Ich darf hier die heurige Landesausstellung in Gamlitz mit ein paar Zahlen beleuchten. Sie wurde ganz exakt von 270.112 Besuchern besucht, und wenn man hier wieder die Umwegrentabilität ansetzt, pro Person 300 Schilling, so sind hier 80 Millionen Schilling geblieben, zusätzlich noch die Nachnutzung für die nächsten Jahre. Aus dieser Statistik geht auch hervor, daß 39 Prozent – fast 40 Prozent – das erste Mal in dieser Region gewesen sind. Und auf die Frage: „Wie hat Ihnen die Landesausstellung gefallen?“, haben 70,9 Prozent geantwortet „sehr gut“, 28,6 Prozent mit „gut“ und nur 0,5 Prozent mit „überhaupt nicht“. Ich meine deshalb, daß diese Landesausstellungen, die bewußt in Regionen hineingestellt werden, die wirt-

schaftliche Probleme haben, ob dies die Grenzregionen sind oder die Obersteiermark mit ihren wirtschaftlichen schweren Erschütterungen in der letzten Zeit, daß hier diese Investition nutzbringend angewendet wurde.

Aber auch ein ganz aktuelles Thema und eine sehr, sehr gute und vernünftige Idee ist die Ortserneuerung. Begonnen unter unserem Vizekanzler Josef Riegler 1986, weitergeführt von Landesrat Hermann Schaller mit seinen Abteilungen. So war es so zu Beginn, daß man Gemeinden suchen hat müssen, hier überhaupt mitzutun, und wenn ich heute hier eine Zahl nenne, die direkt beteiligt sind oder irgendwo auch im Planungsstadium dabei sind, so sind es immerhin 196 Gemeinden in der Steiermark. Ich darf hier in diesem Zusammenhang wirklich das Volksbildungswerk unter seinem Leiter Dipl.-Ing. Dieter Schoeller erwähnen, das exzellente Aufklärungsarbeit in diese Richtung betreibt, und ich weiß es als Ortserneuerungsgemeinde, wie man draußen mit den Bürgern zusammensitzt, zusammenkommt, wo man aber feststellt, wo kommen wir her, wer sind wir, wo wollen wir hin, also selbst einmal hinschaut in die eigene Person und hier dann aber Aktionen und Projekte in diese Richtung ansetzt. Die steirische Ortserneuerung hat schon viele positive Projekte hervorgebracht. Für mich markante Beispiele aus der engeren Heimat sind St. Veit am Vogau mit dieser wunderschönen Ortsdurchfahrt und der schönen Kirche, Gamlitz, und eine Modellgemeinde, glaube ich, ist der Markt Hartmannsdorf, der schon frühzeitig begonnen hat, hier in dieses Projekt und in diese Idee einzusteigen. Im Zeitraum von 1986 bis 1990 sind vom Land Steiermark Zuschüsse in der Höhe von 17 Millionen Schilling bereitgestellt worden und verbilligte Kredite in der Höhe von 85 Millionen Schilling. Daß die Fördermittel natürlich nicht ausreichen, ist klar, aber vielleicht könnte in Zukunft getrachtet werden, daß noch mehr Mittel im Kreditwege zinsverbilligter Darlehen bereitgestellt werden können, denn meiner Meinung nach kann durch die Ortserneuerung das Gemeinschafts- und Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt werden. Aber auch die „Steirische Förderungsaktion regional eigenständiger Initiativen“, sprich kurz „STEFREI“, es sagt ja schon der Name, daß diese Förderungsaktion für entwicklungsschwache Regionen bereitgestellt wird, wo aus Eigeninitiative Projekte erstellt werden, soll erwähnt werden. Es konnten seit 1985 viele solcher Projekte seitens des Landes gefördert werden, beginnend vom Kleinkunsthandwerk, Weinlehrpfad, Apfelstraße, Natur- und Holzlehrpfad, Land Waldheimat bis hin zur Arbeitsgemeinschaft steirischer Milchschafter, um hier nur einige Projekte zu nennen. Der Förderungsbeitrag des Landes beträgt seit 1985 einschließlich 1991 11,6 Millionen Schilling. Es wäre auch wünschenswert, wenn es möglich wäre, diese Eigeninitiativen auch weiterhin zu unterstützen, weil neben der wirtschaftlichen Besserstellung aller Beteiligten auch eine gewisse Bindung an die jeweilige Region mit ihren Eigenheiten hier festzustellen ist.

Über die Vereine und Körperschaften wurde hier schon gesprochen. Daß die Steiermark ein Vereinsland ist, wissen wir, und ich glaube, die Idealisten, die hier in diesen Vereinen tätig sind, werden es danken, wenn

auch Mittel seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden können.

Ich möchte nochmals auf die Landesausstellungen in der Zukunft zurückkommen, und ich möchte hier eines erwähnen, weil im heurigen Jahr die steirische Schlösserstraße gegründet wurde, die zwischen Anger, Birkfeld bis hinunter nach Kornberg, Kapfenstein führt, die sich zu einem Verein zusammengeschlossen hat. Dieser Verein soll kulturelle und wirtschaftliche Aktivitäten setzen und bezieht auch in den umliegenden Regionen anonyme Baukultur mit ein. Das Ziel ist, eine echte kulturelle Entwicklung in der Region durch moderne Marketingstrategien auch in eine optimale touristische Umsetzung zu stellen.

Es soll aber auch meinerseits ein Blick in die Zukunft getan werden. Ich greife daher einen Gedanken auf, daß man auch eine Landesausstellung für den Radkersburger Bereich ins Auge fassen könnte, allerdings mit einer für uns ganz visionären neuen Zielrichtung. Ich könnte mir eine solche Landesausstellung als Präsentation der vielfältigen Entfaltungsmöglichkeiten entlang der sogenannten „Thermenlinie“ vorstellen, die in unserem Falle im südlichen Burgenland beginnt, über die südöstliche Steiermark bis hinunter ins Slowenische, bis nach Luttenberg, führt. In dieser grenzüberschreitenden Region wären sicherlich auch viele wertvolle Bausubstanzen vorhanden, die auch zu revitalisieren wären. Ich denke hier auch in diesem Zusammenhang, daß hier miteingebunden werden könnte das vorbildlich geführte Ratschendorfer Römermuseum und auch andere Dinge und Aktivitäten, die noch zu installieren wären. Eine Sonderausstellung über die interessanten Beziehungen zwischen der Südsteiermark und der Herzogin von Palli auf Schloß Brunnsee und Weinburg wäre natürlich auch die Spitze einer solchen Vorstellung. Ich darf daher vorschlagen, in diese Richtung die Erfahrungen unserer steirischen Kulturabteilung im Hinblick auf die gemeinsame Entwicklung von tragfähigen Konzeptionen hier mit der Wirtschaft, Landwirtschaft und dem Fremdenverkehr in der Regionalplanung umzusetzen. Eine erfolgreiche zukunftsorientierte Thermenstraße in Anlehnung an diese erfolgreiche Schlösserstraße würde natürlich diese Sonderausstellung zum Erfolg bringen. Es gibt genügend begabte Menschen in dieser Region, die hier mitmachen könnten. Ich erwarte mir auch seitens der zuständigen Landesstellen, daß sie meine Wortmeldung verstehen und auch alles dazu beitragen, mit uns gemeinsam die Thermenstraße ins Leben zu rufen unter dem Motto „Die ganze Region ist eine Landesausstellung“. Die Grenzlandbevölkerung würde es zu danken wissen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 9.42 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

Abg. Günther Prutsch (9.42 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich freue mich, daß ich mit meinem Vorredner sehr große Übereinstimmung feststellen kann. Ich glaube, daß das gute Ansätze für eine konstruktive zukünftige Grenzlandpolitik sind. Ich möchte auch auf den Vor-

schlag einer Landesausstellung für den Bezirk Radkersburg eingehen und ersuche meinen Kollegen aus meinem Bezirk, unseren Antrag, der hier im Hause seit längerer Zeit liegt und bisher nicht behandelt wurde, zu unterstützen. Ich möchte erläutern, daß dieser Antrag eine gemeinsame Landesausstellung, Bezirk Radkersburg oder Land Steiermark mit Slowenien, vorschlägt; daß dabei natürlich die Thermenlinie einen besonderen Schwerpunkt bilden könnte, ist uns allen klar.

Meine Damen und Herren, das steirische Grenzland ist reich, es ist wirklich reich, aber reich an archäologischen Fundstätten und Bodendenkmälern. Die Bodendenkmalpflege ist in Österreich – und das gilt im besonderen Maße auch für die Steiermark – noch immer ein sehr problematisches Kapitel. Dies hat vielfältige Ursachen. Wichtige Rollen spielen dabei die Kompetenzfragen, aber auch Personalnöte, aber auch die Dotierung der finanziellen Mittel und die Geräteausstattung. Letztlich ist aber auch oft fehlendes Verständnis in der Bevölkerung zu verzeichnen. Gerade unter diesen Bedingungen muß ich der Abteilung Vor- und Frühgeschichte im Joanneum für die geleistete Arbeit meine Anerkennung aussprechen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Nach dem gegenwärtigen Wissensstand kann allein im Bezirk Leibnitz mit mindestens 2100 Fundplätzen beziehungsweise 2700 Fundstellen gerechnet werden. Gefährdete Bodendenkmäler machen in der Presse nur selten Schlagzeilen, viel häufiger gehen sie einfach für immer zugrunde. Es kann andererseits aber auch mit Freude festgestellt werden, daß das Interesse für historische Dokumentationen, für Museen und archäologische Fundstätten steigt. Im Rahmenprogramm der Landesausstellung in Gamlitz wurden die archäologischen Fundstätten der Region angeboten und auch vielfach bereits angenommen. Diese vor-, früh- und vor allem römergeschichtlichen Fundstätten reichen von Wildon und Hengsberg im Norden über den Purgstallkogel und Großklein, den Frauenberg und der allseits bekannten Römerstadt Flavia Solva bis nach Ratschendorf im Bezirk Radkersburg. Dieser geschichtsträchtige Bogen bietet eine zusätzliche Entwicklungschance für die regionalen Tourismusbemühungen. Bemühungen, in denen der sanfte Qualitätstourismus im Mittelpunkt stehen muß, Kultur als hervorragende Ergänzung zum Landschaftsangebot, zum Weinbau und zu den Thermalquellen.

All diese Aufgaben sind von den örtlichen Vertretern, von den öffentlichen Interessenten, den Gemeinden und archäologischen Vereinigungen allein nicht zu bewältigen. Im Landtag liegt hier ein entsprechender Antrag der SPÖ auf. Ich ersuche Sie daher, meine Damen und Herren, diesen Fragen noch mehr Augenmerk zu schenken, damit unwiederbringliche Kulturgüter erhalten werden können, aber auch, um den Anforderungen an ein Kulturland besser gerecht werden zu können. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Die Reden waren ausgezeichnet!“ – Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 9.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (9.47 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Kunst, Kultur, Kultus sind der Hauptbestandteil dieser Gruppe 3. Dazu gehört sicher auch die politische Kultur als ein Teil der Kultur unserer Gesellschaft. Ich kann daher den Ausführungen des Kollegen Prof. DDr. Steiner, der sich hier grundsätzlich damit befaßt hat, gerne beipflichten, aber auch den Ermahnungen des Präsidenten Wegart. Präsident Wegart hat zu Beginn dieser Gruppe von Disziplin und von Redekultur gesprochen und appelliert, daß sich dieses Hohe Haus daran halten soll. Der SPÖ-Klub – und das wird seit gestern, glaube ich, auch registriert worden sein – hält sich bereits respektvoll an die Empfehlung des Vatikanischen Konzils. Wir haben kaum Redner hier am Pult gehabt, die mehr als zehn Minuten geredet haben. (Abg. Purr: „So kann man das auch formulieren!“) Aber politische Kultur, Herr Kollege, ist auch, daß man sich an Vereinbarungen hält. Wenn gestern in der Vorbesprechung in der Präsidialkonferenz davon die Rede war, daß die Gruppe 2 gestern abgeschlossen werden sollte, dann kann der Kollege Dr. Maitz um Mitternacht – ich verstehe ihn schon sehr – nicht sagen, der Sport hätte es eigentlich verdient, daß man am nächsten Tag in der Früh redet, und Klubobmänner sind daran schuld, daß er jetzt um Mitternacht reden muß. Es war eine klare Vereinbarung, daß wir die Gruppe 2 zu Ende führen. Das möchte ich nur der Ordnung halber sagen. Und Präsident Wegart hat auch erinnert, daß er das Englische Parlament besucht und ihn der Stil dort so besonders beeindruckt hat. Und dazu gehört – das möchte ich hier in Erinnerung rufen –, wenn man berechnete oder unberechnete Kritik vorzubringen hat, daß man das mit einem gewissen geistigen Niveau macht. Auch das gehört zur politischen Kultur, denn sonst steigt das Politik- und Demokratieverdrossensein noch stärker und sinkt das Niveau der politischen Kultur.

Ein Beispiel: Wenn ich heute früh den Abgeordneten Schützenhöfer im Radio lautstark höre, die AK sei eine abgehaute Brandruine, ein Selbstbedienungsladen, dann mag das sehr markant klingen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Es war ein Selbstbedienungsladen!“) Aber im Sinne der politischen Kultur muß ich schon eines dazu sagen: Gerade einer, der jahrelang dort als Vorstandsmitglied dieser sogenannten – wie er sagt – abgebrannten Brandruine und vom (Abg. Ing. Stoisser: „Darum weiß er es ja!“) Selbstbedienungsladen, wie andere Vorstandsmitglieder auch jahrelang Prämien kassiert hat, der hat keine Berechtigung, so zu reden! (Beifall bei der SPÖ.) Der soll sich selbst an die Brust klopfen, bevor er andere brandmarkt. Das ist politische Kultur. Denn wenn man nach der alten, bewährten Methode „Haltet den Dieb“ noch immer operiert, dann mag das gut funktionieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist die Kultur des Nehmens!“) Aber dann sollte man versuchen, dies mit mehr politischer Kultur und mit mehr Niveau zu tun. Das sage ich hier im Hohen Haus. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lopatka: „Es war ein Selbstbedienungsladen!“) Und vor allem, wenn die Inhalte nicht stimmen und wenn der Kollege Schützenhöfer hier so auftritt, dann erinnert mich das an Machiavelli. Ich bin überzeugt, Machiavelli konnte Schützenhöfer nicht kennen, aber er hat es vorausgesehen, und daher sage ich ein einziges Zitat. Machiavelli

hat sinngemäß vor vielen Jahrhunderten folgendes gesagt: „Es ist unmöglich, eine Partei,“ – er hat gesagt „eine Person“ – „der durch ihre Art zu verfahren, viel geglückt ist, zu überzeugen, sie könnte gut daran tun, anders zu verfahren. Dazu kommt“, sagt Machiavelli, „daß das Glück einer Partei wechselt. Denn die Zeiten wechseln, sie aber wechselt nicht ihr Verfahren.“ Ich kann keine Ratschläge geben. Aber die ÖVP soll so weitertun mit ihrem alten Verfahren. Ich wünsche ihr dazu viel Glück. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 9.50 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer.

Abg. Hammer (9.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube schon, daß das Zusammenleben und das Bild einer Gesellschaft die Frage der Kultur auch ist, und ich glaube, wie Parteien untereinander und mit sich verkehren, ist ein wesentlicher Anteil unserer Kultur, den wir haben. Und lassen wir diesen Kulturteil nicht verfallen und abgleiten, daß er zur Unkultur wird. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Cortolezis: „Das muß man dem Kollegen Trampusch sagen!“ – Abg. Trampusch: „Ich habe nur gesagt, das muß man intelligenter tun!“) Meine Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Lopatka, auch Zwischenrufe haben Kultur! (Präsident Wegart: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Hammer. Ich liebe einen lebendigen Landtag. Nur soll er nicht ausarten, so wie das manchmal passiert. Da werde ich grantig!“)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte Sie wieder rückführen zur Kultur. Die steirische Eisenstraße, die in diesem Kapitel auch budgetiert wird, ist auch heuer wieder enthalten, und ich darf feststellen, gemeinsam mit meinem Kollegen Franz Kollmann, daß wir in der steirischen Eisenstraße doch ein Stück weitergekommen sind und daß diese Einrichtung der steirischen Eisenstraße im Raum von Leoben beziehungsweise bereits von Niklasdorf weg bis nach Altenmarkt einen Stellenwert in der Erhaltung der dort befindlichen Denkmäler erreicht hat, vor allem in der Erhaltung der Zeugen der Arbeitswelt, die dort in vorbildlichem Maße aufgepflegt werden. Ich darf dazu aber auch sagen, daß es sehr, sehr viele ehrenamtliche Mitarbeiter gibt, die sich bemühen, all diese Dinge für die Nachwelt entsprechend zu erhalten.

Auch in der steirischen Eisenstraße, mein Kollege Siegfried Ussar hat es betont, gibt es diese speziellen Schwerpunkte im Musikprogramm, und hier ist sicherlich Leoben der eine Schwerpunkt und Steyr in Oberösterreich wäre der andere Schwerpunkt. Und hier gibt es dazwischen drinnen diese herrliche Burgruine St. Gallen, die ebenfalls mit großen Unterstützungen der steirischen Eisenstraße entsprechend restauriert wurde und heute ein hervorragendes Veranstaltungszentrum bietet. St. Gallen könnte einer der nächsten Schwerpunkte in unserem Musikgeschehen werden. Seit Jahren gibt es dort eine große Freundschaft mit einem deutschen Künstler, dem es gelingt, andere Künstler nach St. Gallen zu bringen, um dort entsprechend hochklassige Musikaufführungen darzubieten. Im heurigen Jahr wurde dafür auch ein eigener Verein, der St. Gallener Kultursommer, gegründet. Natürlich

übersteigen die finanziellen Aufwendungen die Möglichkeiten eines Vereins in einem solch kleinen Ort. Die steirische Eisenstraße hat im heurigen Jahr aus ihrem Budget hier entsprechende Unterstützung gebracht. Wir müssen aber feststellen, daß dies keine Dauereinrichtung sein kann, sondern ich ersuche hier den zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, diese Veranstaltung, die gerade im Raum St. Gallen so wichtig wäre, um hier eine wirklich große kulturelle Aktivität weiterzupflegen und als fixe Einrichtung zu machen, durch eigene Budgetmittel zu unterstützen. Denn die steirische Eisenstraße, glaube ich, steht jetzt an einer neuen Wende. Wir werden in der nächsten Zeit, so hoffe ich, eine Ein-Mann-Geschäftsführung bekommen, und hier werden die dort vorgesehenen Mittel sicherlich entsprechend aufgebraucht werden, und ich erhoffe mir für die steirische Eisenstraße eine weitere Belebung, einen neuen Impuls. Deshalb bin ich der Meinung, St. Gallen wäre eine ganz wichtige Veranstaltung im Rahmen des steirischen Musiklebens. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 9.58 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (9.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Große Ereignisse, so sagt man im allgemeinen, werfen ihre Schatten voraus. Bezüglich der Landesausstellungen in der Steiermark stimmt dies, wie man feststellen konnte an den Besucherzahlen. Sicherlich erfordert doch die Durchführung dieser Ausstellungen eine gute Vorbereitung, eine langjährige inhaltliche und finanzielle Planung durch alle Beteiligten. Wenn auch die Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben auf den ersten Blick nicht zufriedenstellend erscheint, so sind doch der gesamtwirtschaftliche Erfolg und die Umwegrentabilität ein zufriedenstellender Faktor. Nicht umsonst sind die Ausstellungssänger, wie Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth uns seinerzeit genannt hat, angetreten, um für ihre Regionen eine Ausstellung zu ergattern. Auch in Mürzzuschlag, meine Damen und Herren, laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, und wie überall wird es so sein, daß der letzte Hammerschlag beziehungsweise Verschönerungsstrich mit der Eröffnung zusammenfällt. Ein fast vergessener Prachtbau, die Franziskanerkirche, wird zu neuem Leben erweckt und somit ein denkmalgeschützter Bau teilweise aus dem Mittelalter sorgfältig restauriert und modernisiert. Dieses revitalisierte Kunsthaus wird der Nachwelt erhalten und zukünftig für vielerlei Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Aber auch darüber hinaus, meine Damen und Herren, sind große Leistungen und Investitionen notwendig, um die Stadt für die Ausstellung zu rüsten. Bund, Land, Gemeinde und viele Private haben, wenn die Ausstellung ihre Pforte öffnet, zirka 150 Millionen Schilling investiert. Ein fürwahr kräftiger Impuls für die Wirtschaft! Die Stadt selbst ist lebens- und liebenswerter geworden. Und wer die Kälte, die seinerzeit in Mürzzuschlag geherrscht hat, kennt, der weiß, welch wundervolle Entwicklung diese Stadt durchgemacht hat. Die Rahmenveranstaltungen der Landesausstellung, Schwerpunkt Sport, sind weitgehend fertig, und

auch das Kulturrahmenprogramm kann demnächst präsentiert werden. 160 Sport- und Kulturveranstaltungen bringen zirka 22.000 Aktive und Funktionäre aus vielen Vereinen und Verbänden in das Mürztal, dessen Gemeinden ihr Äußeres ebenfalls auf Hochglanz bringen. Die Ausstellung „Sport, Sinn und Wahn“ beleuchtet die Schichte der Entwicklungen gegenwärtiger Erscheinungsformen, Zukunftsperspektiven und psychologische Dimensionen des Firmamentes Sport. Auf 3000 Quadratmeter Ausstellungsfläche und 2500 Quadratmeter Erlebnispark werden alle Facetten des Sports zum Schillern gebracht. Multi-Media-Shows, Animationsspiele und Veranstaltungshighlights werden der Landesausstellung zusätzliches Interesse sichern. Dort, wo einst die Wiege des Schisports stand, wo Max Kleinoscheg und Toni Schruf die ersten Spuren im Schnee mit ihren Brettlern hinterließen, eine der ersten Arbeiterolympiaden stattfand, Johannes Brahms seine Vierte Symphonie schrieb und Viktor Adler die Wasserturbine erfand (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Kollege Vollmann, Viktor Kaplan!“), wird der Sport in den nächsten Wochen und Monaten bestimmendes Thema für hoffentlich viele Besucher aus dem In- und Ausland sein. Wesentliche Gefühle und Emotionen des Sports sollen nachvollzogen werden. Die Freude des Sieges, die Depressionen der Niederlage, die Angst, Anspannung und Konzentration der Sportler und ihrer Fans, hat der Sport Sinn oder ist er bereits Wahn. Ich habe Viktor Adler gesagt, bitte um Verzeihung, Viktor Kaplan natürlich! Aber meine innerliche Beziehung zu Viktor Adler ist auch hier stark hervorgetreten, meine Damen und Herren, das ist ja nicht verwunderlich. Sie werden mir aber sicherlich recht geben, daß auch Viktor Adler ein großer Mann der Geschichte Österreichs gewesen ist. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren, hat der Sport Sinn oder ist er bereits Wahn, stählt er den Körper oder macht er durch seine Jagd nach tausendstel Sekunden, hundertstel Millimeter und gigantischer, unvorstellbarer Leistungssteigerungen den Menschen zu seinem Sklaven? Alle sind eingeladen, sich bei der Landesausstellung in Mürzzuschlag selbst ein Bild zu machen. 1992 wird in Trautenfels die Ausstellung „Lust und Leid“ stattfinden. Und das Wunderbare an dieser Ausstellung, finde ich, ist, daß sich seinerzeit zur Erhaltung des Schlosses Trautenfels ein eigener Verein gefunden hat, der aus eigener Kraft dieses Schloß wieder instandgesetzt hat. Ich finde es als Anerkennung für diesen Verein und die Menschen dieses Gebietes, daß diese Ausstellung im barocken Stil, zur Verbindung der heutigen Zeit gesehen, hergestellt wird und daß damit auch eine Belobigung der Menschen des Palten- und Liesingtales, aber auch des Ennstales erfolgt. Wenn ich gemeint habe, Bilder der Landesausstellung von Sport und daß – hier in den Zusammenhängen zwischen Sport, Sinn und Wahn oft auch in einer anderen zusammenhängenden Art bezeichnet – diese Bilder, Erzählungen und Geschichten, Gedichte und Verse übergeleitet werden auf die nächste Landesausstellung, nämlich 1993 in Krieglach, dann spielen diese Bereiche auch dort eine große Rolle. Die malerische Waldheimat des weltbekannten Dichters Peter Rosegger ist Ausstellungsort. Wenn auch der der Umwelt gewidmete Teil der Ausstellung in Birkfeld stattfinden soll, so ist doch der Geburtsort des größten steirischen

Dichters dazu ausersehen, sein Leben und seine Werke darzulegen. Daß der 150. Geburtstag Peter Roseggers doch zum Anlaß dieser Ausstellung genommen wurde, erfüllt die Mürztalerinnen und Mürztaler mit Stolz, denn Peter Rosegger und seinen Gedenkstätten verdankt der Markt seine Bekanntheit und auch seine gute Entwicklung. Krieglach und das Alpl sind untrennbar mit dem Walbauernbuben und seinen Erzählungen verbunden, und die Waldschule mit dem österreichischen Wandermuseum ist weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt. Die Fernsehfolgen über Peter Rosegger und sein Leben haben im deutschen Sprachraum und darüber hinaus großen Anklang gefunden und einen wertvollen Beitrag für einen florierenden Tourismus geleistet. So steht wohl außer Zweifel, daß auch die Landesausstellung 1993 ihren Erfolg haben wird.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich allen danken, welche in mühevoller Arbeit vor, während und nach den Landesausstellungen durch ihren Einsatz zum Gelingen dieser Veranstaltungen beigetragen und vielen Menschen wunderschöne Stunden und Ereignisse bereitet haben. Sie haben vielen Menschen Freude gemacht, geholfen, wertvolles Kulturgut zu erhalten und Wesentliches zum Florieren von regionalen Wirtschaftsimpulsen geleistet. Ich bedanke mich nochmals bei allen und wünsche ihnen viel Erfolg. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 10.06 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth.

Abg. Kanduth (10.06 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Kollegen Trampusch hat mich veranlaßt, mich ganz kurz zu Wort zu melden. Er hat heute hier von politischer Kultur und von der Sprache gesprochen, wie wir miteinander umgehen sollen. Ich unterstreiche dies, möchte aber auch in aller Deutlichkeit sagen, daß ich vor einigen Wochen sehr verwundert war über die Umgangssprache. Der Herr Präsident hat in der Fragestunde gesagt, daß der Herr Landeshauptmann seine Fragen vorgezogen beantworten kann; da hat sich gerade der Kollege Trampusch zu Wort gemeldet und sehr deutlich gemacht, daß dies eigentlich nicht möglich sei. Das ist auch eine Frage des Anstandes und der politischen Kultur! Ich bin sehr dafür, daß wir diese miteinander pflegen, aber daß wir auch solche Anstandsfragen ganz einfach so behandeln, wie sie behandelt gehören. (Beifall bei der ÖVP. – 10.07 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Reicher.

Abg. Reicher (10.07 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich habe mich mit der Gruppe 3 beschäftigt, und zwar mit dem Steirischen Wissenschaftsbericht 1989 und im wesentlichen mit dem Institut für die Energieforschung, Biomasse. Nachdem der Generaldebattenredner, Kollege Purr, die Biomasse und Energieträger Biomasse sehr stark in den Vordergrund gestellt hat, habe ich mir das nicht bestehende Ergebnis in diesem Bericht einmal angeschaut, wie weit das wirklich so zukunftsweisend umweltverträglich beziehungsweise auch wirtschaftlich ist. Ich konnte also bei dem Bericht

und bei der Durchsicht des Berichtes nicht sehr viel finden, vor allem auch keinen Abschluß über eine zukunftsweisende Betriebssicherheit in der Umweltverträglichkeit, die eigentlich in einem Forschungsbericht aufscheinen sollte, um eben mit diesem Handwerkszeug der Forschung diesen Energieträger in Zukunft so zu forcieren, wie das hier vom Generaldebattenredner Purr gesagt wurde. Wobei er ja hier mehrere Landesräte und Zuständige gelobt hat, daß hier bezüglich Förderung im Wirtschaftsbereich Wesentliches und Positives geschehen ist, wobei aber die Grundlage im Forschungsbericht notwendig sein sollte, ob das überhaupt für die Zukunft so zielführend ist, wie es dargestellt wird. Der Wissenschaftsbericht – und das kommt jetzt konkret zum Ausdruck – hat überhaupt noch keine Vorstellungen, und das Stadium der Forschung ist noch immer nicht abgeschlossen. Das heißt, es gibt hier ein paar Sätze, wo darauf hingewiesen wird auf die technische Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit und die Umweltverträglichkeit und daß dahin gehend eine Pilotanlage, ich weiß nicht, welche das sein soll, vielleicht ist es die in Wildon, die ja meistens mit einem Energieträger Öl weiterbetrieben wird, weil er nicht funktioniert, das zeigt aus, daß zwar vielleicht zu den Festbrennstoffen die Biomasse noch besser sein wird. Aber es gibt auch andere Berichte über Umweltverträglichkeit, die Umweltforschung, die heute noch nicht eindeutig bestimmen, daß die Biomasse so gut umweltverträglich ist.

Ich möchte hier nur, zum Wissenschaftsbericht zurückkommend, noch einmal sagen, hier gibt es wirklich keine Aussage. Es wäre sicher notwendig, daß wir sehr viel Geld in diese Forschungsstätten seitens des Landes hineingeben, und wir haben ja heute eine Budgetsitzung, und daher möchte ich das anführen, und daß die Effizienz aus dem Forschungsbereich nicht vorhanden ist, um solche Biomasseenergieträger für die Zukunft so zu forcieren, wie sie hier vom Debattenredner dargestellt wurden. Zur Wirtschaftlichkeit, die zwar in einen anderen Gruppenbereich gehört, werden mir aber die Bauern sicher bestätigen, daß auch das nicht gegeben sein kann, denn wenn ich heute nur im wesentlichen bei 180 Schilling angeblich diesen Holzschnitzelpreis hernehme, ist der sicher für keinen Bauern, auch Nebenerwerbsbauern, ein wirtschaftlicher Preis, der es bestätigen könnte, daß damit ein Nebeneinkommen für die Bauern in Zukunft gewährleistet sein kann. (Abg. Buchberger: „Das ist für uns ein Abfallprodukt!“) Ich verstehe das als ein Produkt des Waldes, ich weiß das auch aus der Papierindustrie. Ja, wenn ich die Energie verkaufe, muß ich ja noch die Investitionskosten dazurechnen. Und wenn ich die dazurechne, dann kommt man mit dem letzten Energiepreis noch schlechter aus als wie mit dem üblichen. Ich habe mich jetzt hier nur mit dem Wissenschaftsbericht konkret beschäftigt, der letztlich diesbezüglich keine Daten und keinen Abschluß gefunden hat, um diese Biomasse und diesen Energieträger so zukunftsweisend – wie vom Debattenredner dargestellt – weiterhin zu forcieren. (Beifall bei der SPÖ. – 10.14 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus!

Bevor ich dem letzten Redner das Wort erteile, fühle ich mich zu folgender Bemerkung verpflichtet: Mir ist vor einiger Zeit der Vorwurf gemacht worden, auch in

der Presse, daß ich die Geschäftsordnung gebogen hätte. Ich erkläre ausdrücklich, ich habe jetzt die Geschäftsordnung gebogen und dem Abgeordneten Reicher das Wort erteilt zum Kapitel „Wissenschaftsbericht“. Der wäre abzuhandeln gewesen im Tagesordnungspunkt Gruppe 2. Aber ich habe es nicht übers Herz gebracht, einem Abgeordneten, der engagiert ist, in dieser Frage das Wort zu entziehen, sondern ich freue mich, wenn es so engagiert vorgetragen wird. Ich bitte nur um Nachsicht, mir in Hinkunft nicht Vorwürfe hinsichtlich des Biegens der Geschäftsordnung zu machen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Zellnig.

Abg. Zellnig (10.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ein bisserl verwundert war ich bis jetzt, aber vielleicht kommt es noch. Ich kann mich in den letzten Jahren erinnern, daß eigentlich die Dorferneuerung, die Zukunftsperspektive kulturell und wirtschaftlich von meinen Freunden von rechts unheimlich stark in die Öffentlichkeit getragen worden ist. Ich stelle heute fest, daß eigentlich noch keiner dazu gesprochen hat. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch hat dazu gesprochen! Du hast heute geschlafen!“)

Ich stelle in letzter Zeit fest, daß es eigentlich öffentlich in den Medien lange nicht mehr den Stellenwert hat, wie vor einiger Zeit. Ich möchte die Dorferneuerung als einen Begriff sehen, der langsam aber sicher, nach meiner Meinung zukunftsbedachtend, eigentlich die Runde machen wird. (Abg. Pinegger: „Das Gute wächst im stillen!“) Allenthalben sieht man unter Umständen neue Fassaden. Die Gestaltung der Häuser beginnt nach meiner Meinung, sich eigentlich wohlthuend zu verändern, und es ist schon ein Unterschied zwischen den Liftstationen und den Fassaden der Häuser im ländlichen Raum positiv bemerkt worden. Für mich stellt sich die Frage, sehr geehrte Damen und Herren, was ist ein Dorf? Diese an sich so einfache Frage ist heute nicht mehr so einfach zu beantworten. Ist unter Dorf ein Schidorf ohne Bauern gemeint, ist unter Umständen ein Dorf im Bezirk Murau mit 60 Prozent Nebenerwerbsbauern, natürlich müssen diese auspendeln, überwiegend bei Wochenpendlern gemeint oder ist ein Dorf – ich denke hier ganz konkret an Steinhaus am Semmering mit über 50 Prozent Wochenendbewohnern als Zweitwohnsitz – ein Dorf? Sind diese Beispiele noch Dörfer oder sind diese Beispiele Siedlungsschwerpunkte im ländlichen Raum? Die Frage, was ist ein Dorf, ist eng verbunden mit der Frage der Entwicklung des ländlichen Raumes, und ich würde auch glauben, mit der Entwicklung der Landwirtschaft selbst soll das Dorf die Funktion erfüllen, als regionales Zentrum der Landwirtschaft funktionsfähig zu sein. Siedlungsgebiete im ländlichen Raum verlieren den Zusammenhang mit der Landwirtschaft, wenn diese keinen maßgeblichen Stellenwert in der Region hat. Nachzusehen überall dort, wo Landwirtschaft durch Fremdenverkehr ersetzt wurde oder, wie schon angedeutet, Zweitwohnsitze den Charakter prägen.

Sehr geehrte Damen und Herren, neue Fassaden und Blumenkästen vor den Fenstern befreien nicht von

dieser weiteren Frage. Wird der Bauer für die Zukunftsdorfbewohner, also den Touristen, als Schuhplattler in Aktion treten oder entstehen Strukturen einer neuen Dorfkultur? Wird die regionale Versorgung mit Gebrauchsgütern und Lebensmitteln ein Konzept der Dorferneuerung oder überläßt man diese Aufgabe besser internationalen Konzernen oder anderen Marktkonzentrationen? Wird das Bildungsangebot der ländlichen Siedlungseinheiten so gestaltet werden, daß das Bewußtsein nicht gezwungenermaßen bei der nächsten Kirchturmspitze endet oder überläßt man diese Aufgabe weiterhin den Massenmedien? Wird es möglich sein, die vielerorts eingefahrenen Abhängigkeitsstrukturen durch eine demokratische Entwicklung zu ersetzen? Und schließlich, wird es in der Zukunft überhaupt noch ein bäuerlich orientiertes Dorf geben? Wenn man nach Ost und West blickt, sehr geehrte Damen und Herren, kommen mir berechtigte Zweifel. Wirkliche Erneuerung findet nur dann statt, wenn Bauern und Dorfbewohner solidarisch beginnen, die bestehenden Mißstände zu analysieren und Lösungsansätze auszuarbeiten. Lösungen sind nicht immer mit Geld erzielbar, manchmal liegt es nur an den bestehenden Strukturen. Was die Dörfer wirklich brauchen, ist geistige Dorferneuerung und der Mut und Arbeitswille, die Strukturen neu zu gestalten. Das betrifft Vermarktungsfragen ebenso wie Gestaltungsfragen und vor allem die Struktur von Entstehungsprozessen.

Dorferneuerung kann sinnvollerweise nur dann funktionieren, wenn ein regionales Entwicklungskonzept eingebunden ist. Mit der Bevölkerung gemeinsam erstellte Raumplanungskonzepte und weniger der Druck verschiedener einflußreicher Interessensgemeinschaften sollten dabei die Grundlage zukünftiger Regionalentwicklung sein. Sonst bleibt Dorferneuerung ein Schlagwort. Also: altes Denken unter neuen Fassaden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 10.20 Uhr.)

Präsident: Verehrte Damen und Herren!

Ich habe eine Mitteilung zu machen: Zur Gruppe 3 gab es 13 Wortmeldungen von Abgeordneten. Vier davon haben zwischen zwölf und 16 Minuten gesprochen und neun zwischen ein und acht Minuten. Das hat zur Folge, daß der Appell des Präsidenten doch Wirkung gezeigt hat und daß Sie mir zugeben müssen, daß die Abhandlung einer Gruppe mit dieser Spontantät Zuhörer, Landtag und Poesstribüne befriedigen kann. Ich danke Ihnen, daß Sie diesem meinem Rat Verständnis entgegengebracht haben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dr. Klauser.

Landesrat Dr. Klauser (10.21 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich muß zunächst doch eine Bemerkung zum Abgeordneten Kanduth machen. Eine Geschäftsordnung ist einmal dazu da, daß sie eingehalten wird, weil man bei Durchbrechungen die Beispielsfolgen nie übersieht, darum geht es, und das möchte ich doch bei dieser Gelegenheit unterstreichen. Es ist sehr leicht, im Einzelfall nachzugeben, aber man kann nicht absehen, was das für Folgerungen hat. Im übrigen bitte ich um

Entschuldigung, daß ich hier in die fast allgemeine Danksagung nicht einstimme, sondern ein paar Bemerkungen eher kritischer Natur anbringe.

Als Landesfinanzreferent bin ich mehr oder weniger von Amts wegen Mitglied des Theaterausschusses, des Präsidiums des „steirisches herbstes“, bis vor einigen Jahren des Styriarte-Vorstandes und seit Frühjahr 1990 auch des Joanneum-Ausschusses. Dahinter wird gerne die besondere Bedürftigkeit von Kunst und Kultur für zusätzliche Finanzmittel vermutet. Aber alle anderen Ressorts benötigen ebenso Geld zur Erfüllung ihrer Aufgaben, und viele leisten ebenso Förderliches und geben Geld aus, so wie die Rechtsabteilung 6 und die seit Frühjahr dieses Jahres abgespaltene Kulturabteilung. Am Geld allein kann es also nicht liegen, wenngleich ich zugeben muß, daß im Kulturressort doch immer wieder Schwierigkeiten da sind, die Anlaß zur Kritik bilden. Wir haben in der Steiermark, gemessen an anderen Bundesländern, eine wache Neugier und viel Begeisterung für Kunst und Kultur. Das gilt für fast alle Landesteile. Der Landeshaushalt wird aber neue Wünsche nur dann verkraften können, wenn im bereits entwickelten Teil unseres Kulturlebens strikte Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit einsetzen. Neben der getrennten künstlerischen Leitung scheint mir für die Kulturbetriebe eine gemeinsame Geschäftsführung ökonomisch notwendig, weil sie Budgetüberschreitungen mindern und gleichzeitig die Werbekraft für die Steiermark vergrößern könnte. Von einer ökonomisch agierenden Geschäftsführung ist auch eine Steigerung der budgetierten Einnahmen zu erwarten, die wiederum den Förderungsanteil des Landes mindern würde. Unausgeschöpfte Beiträge könnten dann anderen Kulturprojekten nützlich sein. Schon bisher haben sich immer wieder Um- und Auswege als notwendig erwiesen. Niemand wird eine echte Veranstaltungsgesellschaft daran hindern, innerhalb der jetzt schon gebotenen Budgetzahlen die künstlerische beziehungsweise wissenschaftliche Freiheit der jeweiligen Intendanten oder Leiter zu sichern. Die Linzer Veranstaltungsgesellschaft LIVA hat in den 20 Jahren ihres Bestehens immerhin das Bruckner-Fest und die ARS Elektronika hervorgebracht und deren Bedeutung gesteigert. Mein Vorschlag, anläßlich der Budgetdebatte 1988, die Hälfte des Fernsehschillings dem Joanneum zu widmen, hat dort zwar offensichtlich manches in Bewegung gesetzt, die Gespräche mit den dort Beschäftigten haben allerdings bei mir den Eindruck erweckt, daß sie lieber im Dornröschenschlaf der vergangenen 20 Jahre verblieben wären. Der vehemente Wunsch, eigene Konzepte entwickeln zu können, hätte ja längst verwirklicht werden können, ohne daß es der neuen Form der künftigen Museumsleitung bedurft hätte. Hoffen wir, daß wenigstens jetzt etwas Gutes daraus wird. (Beifall bei der SPÖ. – 10.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (10.25 Uhr): Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur ganz kurz zu zwei Beiträgen Stellung nehmen, weil ich Referent bin. Das eine betrifft die Ortserneuerung. Ich bedanke mich bei beiden, beim Herrn Abgeordneten Prutsch wie auch beim Kollegen

Zellnig, daß sie dieses Thema behandelt haben. Die Ortserneuerung, wir sprechen bewußt von Ortserneuerung, ist ein großer Erfolg geworden. Wir haben jetzt mehr als 60 Gemeinden, die in der engeren Ortserneuerung tätig sind, und weitere 40 bis 50, so daß wir sagen können, wir haben hier auch sehr viel Breite bekommen, und etwa 100 Gemeinden stehen vor der Tür. Also ein absoluter Erfolg, und ich bedanke mich.

Zweitens, der Kollege Reicher hat hier recht kritisch eine Anmerkung zur Biomasse gemacht. Ich möchte ihm folgendes ergänzend dazu sagen: Die Biomasse ist heute sehr wohl ein wichtiger Teil in der Energieversorgung unseres Landes geworden. Es ist uns gelungen, in den achtziger Jahren den Anteil der Biomasse am Primärenergieaufkommen in der Steiermark von 7 Prozent auf 13 Prozent zu steigern. Und wenn wir das Ziel, das wir uns gesetzt haben, nämlich im Öko-Programm 2000, erreichen, dann haben wir im Jahr 2000 25 Prozent, das heißt, ein Viertel der Energie in der Steiermark wird davon aufgebracht.

Zur Frage, wie weit die Biomasse wirtschaftlich ist, muß man hier zwei Dinge unterscheiden. Betriebswirtschaftlich ist sie nur dann wirtschaftlich, wenn die Investitionen, die notwendig sind, gefördert werden. Und das geschieht, und zwar aus volkswirtschaftlichen Überlegungen heraus. Die volkswirtschaftlichen Überlegungen sind darin begründet, daß wir mit der Biomasse absolut im Energieplan liegen, nämlich erneuerbare Energie hat Priorität vor nichterneuerbarer, einheimische Energie hat Priorität vor importierter Energie. Und nachdem die Biomasse auch eine Möglichkeit ist, Existenzen im bäuerlichen Bereich abzusichern, und die Biomasse absolut im Kreislauf liegt, nämlich auch im Kohlenstoffkreislauf, es wird das, was bei der Verbrennung entsteht, wiederum gebunden durch das Wachstum, können wir auch davon ausgehen, daß wir hier mit der Biomasse absolut die Werte des Luftreinhaltegesetzes erreichen müssen und sie auch spielend erreichen, so daß sie auch eine umweltfreundliche Energie ist. Ich darf dir sagen, daß wir derzeit 38 Biomasseabwärmenetze in der Steiermark für die Ortsversorgung aufgebaut haben mit immerhin – wenn ich mich nicht irre – 75 Megawatt. Also, sie ist sehr wohl eine zukunftssträchtige Energie, die wir sicherlich auch im volkswirtschaftlichen Interesse weiter ausbauen werden. (Beifall bei der ÖVP. – 10.29 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth (10.29 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe dieser Kulturdebatte sehr aufmerksam zugehört. Sie war frisch und lebendig. Es hat kurze und prägnante Wortmeldungen gegeben. Ich selbst habe seit jeher einen sehr weiten Kulturbegriff und möchte in meinem Referat nicht in irgendein Ghetto eingesperrt sein. Deswegen meine ich auch, daß man ein solches Scharmützel, wie es zwischen Kanduth und Trampusch stattgefunden hat, ruhig auch in der Kulturdebatte anbringen kann, denn letzten Endes ist Lebenskultur eben Kultur, und die Kultur der politischen Auseinandersetzung ist eben auch ein Teil davon. Und wenn wir uns mit dem Englischen Parlament vergleichen, dann sind wir natürlich noch in

gewisser Hinsicht Anfänger, weil wir auf Grund unserer Tradition und unserer Vergangenheit einfach die Kultur der freien Rede nicht in dem Ausmaß besitzen, wie das in einigen anderen Ländern der Fall ist. Daran sind wir nicht schuld, das sind Entwicklungen, die ganz normal sind, möchte ich sagen, und die zeigen, daß wir eben auf der Wanderschaft sind. Eine Debatte in fünf oder zehn Jahren im Steiermärkischen Landtag wird sich wahrscheinlich schon wieder anders abspielen als heute und wird wahrscheinlich in eine Form übergehen, die eben das freiere Gespräch und die Auseinandersetzung in sehr pointierter Form eher sucht als das Verlesen langer aufgesetzter Reden.

Nun, meine Damen und Herren, einige Kommentare. Auch ich werde versuchen, mich der Kürze zu befleißigen. Wenn man aufmerksam zugehört hat, hat man auf der einen Seite gesehen, daß natürlich von verschiedensten Seiten die Wünsche nach mehr Unterstützung durch das Land vorgetragen werden und nach mehr Geld. Auf der anderen Seite hat der Herr Landesfinanzreferent aus seiner Sicht zur Sparsamkeit gemahnt. Wir sind eben zwischen Scylla und Charybdis auch im Kulturreferat. Nur mache ich darauf aufmerksam, daß unser Referat im Bereich des Landesbudgets etwa 1,7 Prozent, nicht einmal 2 Prozent, ausmacht. Reden wir ruhig auch über die anderen 98,3 Prozent. Wenn es Überziehungen gibt, dann sind sie im Kulturbereich Miniüberziehungen gegenüber anderen Ressorts. Und wenn man über Überziehungen diskutiert, bin ich sehr gerne dabei und mache mit, aber nur unter der Voraussetzung, daß man nicht über 1,7, sondern über 100 Prozent diskutiert. Und da wird es dann wirklich spannend.

Der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl hat über die Theater gesprochen. Wir sitzen im selben Boot mit den anderen Damen und Herren des Theaterausschusses. Theater sind große Wirtschaftsbetriebe geworden, ob sie wollen oder nicht. Die Probleme finanzieller Natur kommen von außen herein, über Arbeitszeitregelungen, über die Abfertigungen, über Gehälterverhandlungen, die in Wien stattfinden und von den Vereinigten Bühnen überhaupt nicht beeinflußt werden können. Daher müssen sie finanziert werden, wenn man sie will. Es gibt nur die eine Alternative: Theater – entweder ganz oder gar nicht. Ich bin für Theater ganz, und dann müssen wir dazu stehen, auch im Sinne der Sorgen, die Dr. Pfohl vorgetragen hat, was das technische Personal anlangt.

Landesbibliothek, voll d'accord, muß auch herein in die Überlegungen des Joanneums-Ausschusses. Wir sind voll dafür. Wir müssen dieser großartigen Einrichtung ein neues Haus bauen. Sie verdient es, und sie braucht es. Das Joanneum ist also nun in den Händen eines Ausschusses. Ich bin nicht der Auffassung des Herrn Dr. Klauser, daß es im Tiefschlaf gelegen ist in den letzten zehn, 20 Jahren. Es ist ein Museum ein sehr diffiziler Organismus, es ist auch eine Stätte der Wissenschaft. Und Wissenschaft kann nicht immer Sensationen bieten und ununterbrochen auf der Bühne stehen. Auf der anderen Seite ist der Ruf der Öffentlichkeit berechtigt, die sagt, was tut ihr, und wie zeigt ihr euch, wie präsentiert ihr euch uns? Seid ihr ein Dienstleistungsbetrieb für uns? Und ein Museum muß sich dieser Herausforderung stellen. Aber ich mache nur darauf aufmerksam. Wir haben im heurigen Jahr

bis Ende Oktober immerhin 635.000 Eintritte in den verschiedenen Abteilungen und Anlagen des Joanneums gehabt. Also, es rührt sich etwas in diesem Haus, und was man besser machen kann, soll man auch besser machen im Einvernehmen mit den Mitarbeitern. Sie werden ihre Ideen einbringen, und sie haben es zum Teil schon getan. Sie werden es weiter einbringen, und zusammen mit ihnen werden wir etwas vorwärtsbringen. Das Haus ist alle Bemühung wert. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich danke auch ausdrücklich für die Wortmeldungen von Prutsch und Zellnig, betreffend Orts- und Dorferneuerung. Schaller hat schon dazu Stellung genommen. Das Volksbildungswerk mit Dieter Schoeller, dessen Obmann ich selber bin, tut hier voll mit. Ich glaube, wir sind hier auf guten Wegen mit den Menschen draußen – ich möchte sagen –, Dorfphilosophien, Dorfideen zu entwickeln, um eben auch zu zeigen, daß Lebenskultur ein umfassender Begriff ist und daß die Entwicklung eines Ortes, einer Gemeinde und auch einer ganzen Region nicht nur von Geld abhängt und nicht nur von Ökonomie allein, sondern daß die Dinge verwoben sind und daß es auch darauf ankommt, wie die Menschen zu ihrer eigenen Identität stehen. Es ist ein Identitätsproblem, das auch hier angesprochen ist. Und daher ist es gut, daß eben Erwachsenenbildung, Volksbildung – wir haben gestern über Volksbildung ausführlich gesprochen – dabei ist und mitwirkt. Ich bedanke mich für diese Wortmeldungen. Sie sind ganz in meinem Sinne. Draußen also in den Bezirken tut sich viel und sind viele Wünsche offen. Wir wissen das. Das hat Ussar unterstrichen, das hat Hammer unterstrichen. St. Gallen ist etwas ganz Hervorragendes, dieses neue Musikfestival da oben. Wir müssen dazu stehen, und wir werden uns auch darum bemühen. Volkskultur war die Wortmeldung von der Frau Abgeordneten Schoiswohl. Auch hier stehe ich dazu. Es ist immerhin gelungen, im Landesbudget eine Aufstockung zu erreichen, und wir werden auch diesen Vereinen im nächsten Jahr schon mehr helfen können. Sie verdienen es auch. Wir wissen, wie wertvoll diese Arbeit in kleinen Gemeinschaften ist, die speziell auch junge Menschen anspricht und in Gemeinschaften hereinholt, in denen sie aufgehoben sind und wegkommen von der Straße und wegkommen von allerhand Bedrohung durch die Süchte der Umwelt.

Wir haben Steiner gehört. Johann Joseph Fux war ein großer Sohn dieses Landes, ein ganz bedeutender Moderner seiner Zeit. Er ist im nächsten Jahr vor 250 Jahren verstorben. Er hat es vom kleinen Bauernbuben aus Hirtenfeld/St. Marein bei Graz zum Hofkompositur in Wien gebracht gegen italienische Konkurrenz. Das war damals sozusagen ein Karajan, um es im Vergleich zu bringen. Dieser steirische Bauernbub gehört wirklich in unsere Ehrengalerie, und wir wollen ihn nächstes Jahr auf vielen Ebenen im ganzen Land erklingen lassen. Musikschulen machen mit, Chöre und so weiter. Wir wollen das nicht so allein hochgestochen in Graz abhandeln, sondern da soll sich im ganzen Land etwas tun. Wir wissen, daß die Vorbereitungen draußen im Gang sind. Die Landesausstellungen sind immer im Gespräch. Es haben die Firma Prutsch & Co. darüber gesprochen ebenso wie der Herr Abgeordnete Vollmann. Vergangenheit und Zukunft,

Gamlitz und Mürzzuschlag und die Folgen. Wir werden uns weiter darum kümmern. Wir sind froh, wenn es Nachwirkungen gibt. Wir freuen uns über Ratschendorf, wir freuen uns über Flavia Solva, über Großklein. Wir werden uns darum bemühen. Auch die Bodendenkmalpflege konnte etwas aufgestockt werden, so daß wir hier etwas mehr zusammenbringen im südsteirischen Raum. Auch die Schau über die Grenze ist wichtig. Sie ist bei Gamlitz gut gelaufen. Wir haben einen hervorragenden Kontakt mit den Slowenen gehabt, und wir werden ihn weiter pflegen. Vielleicht in einer der nächsten Ausstellungen. Darüber können wir noch nicht konkret sprechen, aber wir bemühen uns jedenfalls um dieses Thema. Wir wollen mit unseren großen Vorhaben, seien es die Landesausstellungen, sei es die Styriarte, sei es der „steirische herbst“, auch dafür sorgen, daß Graz und die Steiermark ihren Platz auf der Europakarte verbessern können. Wir glauben, daß diese Stadt es verdient und dieses Land, daß wir gerade jetzt in den neuen Aufbrüchen, wo Grenzen gefallen sind, unseren Platz verbessern und erhöhen können. Und die Europäische Kulturwoche 1993 in Graz ist ein großartiger Erfolg. Eine Entscheidung, die in Brüssel gefallen ist. Das ist nicht von selber gekommen. Und ich gratuliere der Stadt Graz und auch meinem Kollegen Strobl zu diesem Erfolg. Wir werden dabei sein und Graz gerne unterstützen.

Ich habe mich auch gefreut über die Wortmeldung der Frau Abgeordneten Kammlander, die sehr kritisch war. So soll ja unsere Debatte sein. Sie hat als Freundin des „steirischen herbstes“ – ich darf das sicherlich so sagen – sich mit einem Programmpunkt absolut nicht identifizieren können. Und das muß respektiert werden, und ich hoffe sehr, daß der Intendant des „herbstes“ auch eine solche Kritik an seine Ohren bekommt, wobei ihm natürlich wiederum überlassen sein muß, programmieren zu dürfen. Aber nur aus dieser Spannung heraus, aus dieser Auseinandersetzung heraus lebt der „steirische herbst“ weiter. Wir haben einen neuen Intendanten, Horst Gerhard Haberl. Er hat sich schon voll ins Geschäft geschmissen, und wir hoffen, daß wir im nächsten Jahr wiederum einen interessanten „steirischen herbst“ in Graz und in den steirischen Bezirken sehen werden.

Die Steirische Akademie muß ich unbedingt auch erwähnen. Hofrat Dr. Cwienk hat sich dabei ganz besonders verdient gemacht. Dieses Thema „Kultur und Freiheit“ mit Gästen aus Osteuropa, aber auch aus Lateinamerika, war ein hochaktuelles und höchst brisantes Thema. Wir haben eine Zusammenarbeit aufbauen können mit der internationalen Literaturzeitung „Lettres“. Es ergibt sich sogar ein Brückenschlag zur Zeitung ausländischer Literatur in Moskau zwischen Moskau und unserem Franz-Nabl-Institut, das ja auch neu gegründet ist in Graz. Wir hoffen, daß diese Brücke trägt, und werden auf diese Weise versuchen, unsere Literatur, steirische, österreichische Literatur, einzubringen, jenseits unserer Grenzen einzubringen. Grenzüberschreitung, so wie es – und ich bin am Ende meiner Wortmeldung – seit 30 Jahren das Forum Stadtpark in Graz macht und praktiziert. Gerade in diesen Tagen wird dieses Forum 30 Jahre alt. Die Leute dort, die Künstler und Künstlerinnen, sind keine Freunde großer Worte, sie werden keine riesigen

Reden halten, sie werden sich zusammenfinden, und sie werden sich freuen ihres Hauses und ihrer Aktivität. Sie haben ihre Sorgen und ihre Probleme. Wir wissen das. Wir können sie im nächsten Jahr etwas besser unterstützen, als im Jahr 1990. Denken wir daran zurück, daß hier Persönlichkeiten am Werk gewesen sind, wie Alois Hergouth, Günter Waldorf, Grete Scheuer – längst verstorben – und Emil Breisach, die hier wirklich dafür gesorgt haben, daß geistige Vorhänge hochgezogen worden sind in unserem Lande und an den Grenzen unseres Landes. Sehr früh wurden Kontakte aufgebaut mit Slowenien und Kroatien, als das noch sehr schwierig war im Bereich der Kunst und der Kultur gerade in diesem Haus und durch dieses Haus. Und die Lebensleistung von Alfred Kolleritsch, und das darf man heute schon sagen, die Lebensleistung von Alfred Kolleritsch, dieses Haus weitergeführt zu haben und mit den „Manuskripten“, mit über 100 Nummern der „Manuskripte“ weit über Österreich hinaus gewirkt zu haben, ist gewaltig, und wir können dazu nur gratulieren und dafür sehr, sehr dankbar sein.

Meine Damen und Herren, geistige Vorhänge wollen wir aufziehen, weiterhin aufziehen. Die Kulturpolitik wird sich darum bemühen, im Inneren dieses Landes und auch jenseits der Grenzen in dieser neuen mitteleuropäischen Situation. In dieser Situation, in der sich Slowenen, Kroaten auf der einen Seite, Serben und andere im Süden Jugoslawiens gar nicht miteinander verstehen und wo wir überhaupt nicht wissen, was von heute auf morgen passieren kann an dieser Südgrenze, in der Situation, in der – über Rumänien wurde gestern berichtet, in Ungarn, in der Tschechoslowakei und anderswo – die Menschen Angst haben vor dem kalten Winter, wollen wir nicht vergessen, daß sie Brot brauchen im weiten Sinne des Wortes. Alles, was dabei hilft, ist gut und richtig, und trotzdem leben sie auch nicht vom Brot allein. Sie bestimmen neu ihre Standorte, und wir dürfen uns nicht wundern, daß hier alte Nationalismen und Ideologien plötzlich aufbrechen, und müssen bereit sein, mit ihnen uns auch darüber auseinanderzusetzen. Aber wir haben eine Chance, wir sind bei ihnen gut aufgenommen. Wir sind unverdächtig. Die düsteren Seiten der österreichisch-ungarischen Monarchie bis 1918 sind für sie mehr oder weniger bewältigt, und Österreich, die Kleinrepublik, ist für sie ein gleichberechtigter Partner, und wir können ihnen allerhand geben. Wir werden die Kontakte in Hinblick auf Auslandskultur – zum ersten Mal gibt es im Landesbudget eine Post der Auslandskultur – auch damit verbessern können und vor allem in diese Richtung im Jahr 1991 schauen. Ich danke vielen Damen und Herren, die im ganzen Land in der Kultur wirken, danke meinen Mitarbeitern im Büro, in der Kulturabteilung Hofrat Cwienk, in der Rechtsabteilung Hofrat Wippel, vielen Einrichtungen im ganzen Land und den freien Vereinen. Und ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 3 nicht vor. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlußwort.

Abg. Pußwald: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, Landesbudget 1991.

Präsident Meyer: Sie haben den Antrag gehört. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen nun zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Lore Schoiswohl. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Schoiswohl (10.45 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 4 umfaßt die öffentliche und allgemeine Wohlfahrt und die Wohnbauförderung mit Einnahmen von 3.962,718.000 Schilling und Ausgaben von 5.755,718.000 Schilling.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit diesem Kapitel eingehend befaßt und ersucht den Steiermärkischen Landtag, dieser Budgetgruppe zuzustimmen.

Präsident Meyer: Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (10.47 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Das Budget für 1991 ist sicherlich durch enorme Kostensteigerungen gekennzeichnet. Zwei Bereiche stechen hier aber besonders hervor. Das eine ist der Gesundheitsbereich und das andere der Sozialbereich. Man könnte das jetzt so sehen, daß diesen Bereichen seitens der Landespolitik ein besonders hoher Stellenwert beigemessen wird. Die Wirklichkeit ist aber die, daß diese beiden Bereiche einfach derartige Kosten für sich in Anspruch nehmen, um halbwegs dem zu entsprechen, was die steirische Bevölkerung an Erwartungen in diese beiden wichtigen Bereiche der Gesundheit und des Sozialen setzt.

Aber trotz der enormen Kostensteigerung ist meines Erachtens die Sozialpolitik in der Steiermark an einem kritischen Punkt angelangt, was ihre Leistungsfähigkeit betrifft. Sozialpolitik ist Landeskompetenz, und daher hat man sehr schöne Vergleichsmöglichkeiten in Österreich. Man kann sich die Sozialpolitik, vom Burgenland beginnend bis nach Vorarlberg, ansehen, und dann kann man ein Urteil darüber abgeben, wie die einzelnen Länder versuchen, diese wichtigen, aber auch schwierigen Bereiche in den Griff zu bekommen. Und wenn man diesen Bundesländervergleich anstellt,

kommt man darauf, daß es eigentlich kein zweites Bundesland in Österreich gibt, das prozentuell im Sozialbereich soviel Geld für große landeseigene stationäre Einrichtungen ausgibt, beginnend von den Jugendheimen bis zu Altenheimen, wie es das Bundesland Steiermark macht.

Andererseits ist es bei uns in der Steiermark, abgesehen vom Behindertenbereich, bisher kaum gelungen, private Träger für diese wichtigen Aufgaben im Sozialbereich zu finden. Es wäre sogar im Jugendwohlfahrtsbereich eine gesetzliche Verpflichtung gewesen, die privaten Träger in einen Jugendwohlfahrtsbeirat einzuberufen, dies ist aber nie geschehen. Ich hoffe, daß es in Zukunft anders sein wird. Es fehlt also ein Klima für private Sozialinitiativen, Netzwerke, um aktiv zu werden.

Ich war in den letzten Wochen in Tirol und Vorarlberg und habe das Sozialsystem dort ein wenig kennenlernen können. Das dortige System ist das absolute Gegenstück steirischer Sozialpolitik. Die Länder Vorarlberg und Tirol denken gar nicht daran, selbst Landesaltenpflegeheime oder Großjugendheime zu führen. Sie beschränken sich auf die Planung und die Kontrolle, und private Träger bieten von Wohngemeinschaften für Jugendliche bis hin zur Altenbetreuung die Dienste an. Und gerade im Bereich der Alten- und Pflegeheime kommen nun die Schattenseiten der bisherigen Sozialpolitik bei uns immer deutlicher zum Vorschein. Da muß man auch dazusagen, daß die Gemeinden mitverantwortlich sind, doch tragen die Soziallandesräte die Hauptverantwortung für die mangelnde Vorsorge für die ältere Generation in der Steiermark.

Wir stellen 1991 178 Millionen, einen dreistelligen Millionenbetrag, für die vier landeseigenen Altenpflegeheime bereit. Die fortschrittlichen Bundesländer haben aber schon längst keine eigenen Landesaltenpflegeheime mehr, weil sie sich ausgegliedert viel besser führen lassen. Und dieses Festhalten, das bisherige Festhalten an den stationären Einrichtungen rächt sich vor allem auf der Kostenseite von der Jugendwohlfahrt, bei den Landesjugendheimen bis hin zu den Landesaltenpflegeheimen. Sie verschlingen dann das Geld, das in anderen Bereichen fehlt. Denn auf der anderen Seite hat der Soziallandesrat nur 3 Millionen Schilling für 544 steirische Gemeinden für die Altenbetreuung, sprich für den Auf- und Ausbau stationärer Senioreneinrichtungen, zur Verfügung. Hier wird das Dilemma und die Schere der steirischen Sozialpolitik, für die Landesrat Tschernitz nichts kann – das möchte ich dazusagen, denn er war nicht 25 Jahre im Amt wie sein Vorgänger Gruber, hier wird diese Schere ganz offenbar. Bei den landeseigenen stationären Großeinrichtungen gibt es zwei- und dreistellige Millionenbeträge, für private und Gemeindeinitiativen muß man um einige hunderttausend Schilling kämpfen, um überhaupt Geld zu bekommen.

Die Steiermark – und das ist das Traurige an dieser Entwicklung – ist österreichweit an die vorletzte Stelle bei der Zahl der Altenheim- und Pflegebetten zurückgefallen. Bereits jetzt fehlen mindestens 2000 Betten für alte Menschen. Einzelne Experten außerhalb der Steiermark, mit denen ich in letzter Zeit sprechen konnte, sprechen von einem Fehlbestand von 2500 Betten. Wenn ich Ihnen das nur ganz kurz zeigen darf.

Die Zahl der Altenheim- und Pflegebetten auf 100 über 65jährige, österreichweit gesehen, ergibt das Bild, daß man zum Beispiel in Salzburg 7,1 Betten hat und wir an vorletzter Stelle mit 3,5 Betten liegen. Hinter uns ist noch das Burgenland, aber dann schon niemand mehr. Ich glaube, daß es hier nichts hilft, wenn die Gemeinden auf das Land zeigen und das Land auf die Gemeinden. Entscheidend wäre, daß den Bezirken – sprich den Sozialhilfeverbänden und den Gemeinden – seitens des Soziallandesrates die entsprechende Unterstützung angeboten wird, um diese – das formuliere ich jetzt bewußt so – dramatische Situation zu entschärfen. Jeder, der in einer Gemeinde politisch tätig ist, weiß, welche Probleme es mit sich bringt, einen Pflegefall entsprechend unterbringen zu können. Und ich habe Unterlagen aus Tirol und Vorarlberg mit – jeder, der sich dafür interessiert, kann in diese Unterlagen Einsicht nehmen –, die belegen, daß dort seitens des zuständigen Soziallandesrates Dutzende Gespräche und Verhandlungen mit den Gemeindevertretern geführt wurden, um konkrete gemeinsame Projekte umzusetzen. Vorarlberg hat bereits am 1. Oktober 1974 ein Altenhilfsprogramm nach den Grundsätzen erstellt, wie wir sie jetzt in unserem Sozialplan haben. Aber wir haben bis heute noch keinen detaillierten Altenplan, sondern nur einen allgemein gehaltenen Sozialplan, der in dieser Form leider niemandem hilft.

Ich ersuche von dieser Stelle aus Herrn Landesrat Tschernitz, sich raschest mit den Vertretern der Sozialhilfeverbände und den Vertretern aller größeren Gemeinden der Steiermark an den Tisch zu setzen, um die von mir in einem Landtagsantrag vom 8. Mai 1990 geforderten bezirksspezifischen Altersvorsorgeprogramme endlich zu erstellen. Wir brauchen hier eine Umgestaltung in der Politik für die ältere Generation. Gorbatschow hat es derzeit sehr schwer, mit dem, was als Breschnew-Doktrin bekannt geworden ist, fertig zu werden. Und Landesrat Tschernitz leidet unter der „Gross-Heim-Doktrin“ seines Vorgängers. Das Wort Doktrin stammt nicht von mir, sondern von Erziehern eines dieser Jugendheime, die es am besten wissen müssen, wovon sie sprechen.

Wir brauchen also in Zukunft eine Sozialpolitik für die Senioren mit zwei Zielsetzungen: Die eine Zielsetzung muß es sein, den älteren Menschen und deren Familien die notwendigen Hilfen für ein möglichst selbständiges Wohnen und Leben sicherzustellen, daß sie solange als möglich in der gewohnten Umgebung bleiben können. Das entspricht den Wünschen eines Großteils der älteren und pflegebedürftigen Mitbürger. Voraussetzungen für möglichst selbständiges Wohnen und Leben und damit für die Zielerreichung ist ein entsprechender Wohnstandard, daß die Wohnungen entsprechend eingerichtet werden, aber auch eine entsprechende mobile Betreuung, beginnend von der Versorgung mit Mahlzeiten bis hin zur Einbindung in das Beziehungsgefüge und bis hin zur Unterstützung mit ambulanten Diensten.

Und da bin ich schon wieder bei einem Bereich, wo wir leider sehr, sehr rückständig sind. Leider sind wir beim Aufbau ambulanter Dienste weit hinten. Die Steiermärkische Gebietskrankenkasse hat sich im Gegensatz zu den anderen Gebietskrankenkassen immer geweigert, für ambulante Dienste, sprich für

Hauskrankenpflege, einen Beitrag zu leisten. Die Gebietskrankenkasse konnte und kann leicht gegen die Interessen der Versicherten handeln, denn dort muß niemand gewählt werden! In der kleinsten Gemeinde in der Steiermark, in Freiland, muß sich der Bürgermeister bei einem ganz kleinen Budget von einigen Millionen alle fünf Jahre einer Wahl stellen. Funktionäre der Gebietskrankenkasse, die nach dem Landesbudget das zweitgrößte öffentliche Budget in unserem Lande verwalten, brauchen sich nie einer Wahl stellen. Sie sind von den einschlägigen Interessensvertretungen entsandte Funktionäre, die nach ihrem Gutdünken walten und schalten können, denn abwählen kann sie niemand. In dieser Frage von einer Selbstverwaltung zu sprechen, halte nicht nur ich für eine Farce, sondern auch die Verfassungsexperten, wie Prof. Adamovich, sprechen in diesem Zusammenhang von keiner Selbstverwaltung, von der dann immer so stolz gesprochen wird und auf die dann gepocht wird. Das heißt, auch hier haben wir ein System, das äußerst fragwürdig ist. Ich finde es traurig, daß auch hier noch kein Umdenken eingesetzt hat. In Vorarlberg zahlt nach wie vor die Gebietskrankenkasse neben den KRAZAF-Mitteln für diese ambulanten Dienste. Aber nicht nur in Vorarlberg, bei uns keine Spur davon. Jetzt redet man sich darauf hinaus, daß man ohnehin in den KRAZAF-Topf einzahlen müsse. Nach Wien ist man bereit, Millionen zu bezahlen, für die Hauskrankenpflege in der Steiermark war beim Chef der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse bisher kein Schilling herauszuholen!

Wir brauchen aber neben diesen ambulanten Diensten, und niemand darf glauben, daß die ambulanten Dienste die stationären Einrichtungen ersetzen können, auch stationäre Einrichtungen je nach der Intensität der Betreuung, aber immer in dezentraler Form – Altenwohnungen, Altenheime, Altenheime mit Pflegestationen, Altersspitalsabteilungen respektive Geriatrieabteilungen bis hin zu Altenpsychiatrieabteilungen.

Grundsätzlich muß man hier festhalten, daß diese Heime ein mehr oder weniger umfassendes Angebot an professioneller Fremdversorgung mit den Schwerpunkten Unterkunft, Verpflegung und Betreuung zu bieten haben. Meines Erachtens haben diese Einrichtungen nichts in der Gewerbeordnung zu suchen, sondern ganz andere Gesichtspunkte stehen hier im Vordergrund, als bei den Einrichtungen, die in der Gewerbeordnung geregelt sind. Und hier sollte daher mit dem neuen Pflegevorsorgegesetz mitgeregelt werden, und es sieht ja aus, daß der Bund nun bereit ist, für die Pflegevorsorge viel Geld herzugeben. Das ist notwendig und richtig, denn in den nächsten Jahrzehnten wird die Zahl und auch der Anteil der von den eigenen Familien nicht gepflegten alten Menschen enorm steigen. Wenn hier nicht bei uns in der Steiermark rasch etwas geschieht, besteht die Gefahr, daß Hunderte alte Menschen mit Angst und Bangen dem Tag entgegensehen müssen, an dem sie ein Pflegefall werden, mit dem niemand etwas zu tun haben will und den auch niemand aufnehmen kann, weil die Einrichtungen fehlen.

Prof. Leopold Rosenmaier, wahrscheinlich der anerkannteste Gerontologe Österreichs, meinte letzten Samstag bei einer Tagung des Familienpolitischen

Beirates im Schloß St. Martin, und ich zitiere ihn wortwörtlich: „Ich habe Angst davor“, sagt Prof. Rosenmaier, „daß das Sozialressort des Landes die Verantwortung auf die Gemeinden abschiebt.“ Ich hoffe, daß die Befürchtungen von Prof. Rosenmaier unbegründet sind und daß wir bereit sind, über Parteigrenzen hinweg uns dieser großen Herausforderung zu stellen.

Ein Altwerden in Würde verlangt vom Land, den Gemeinden und auch von den privaten Trägern ein gemeinsames Vorgehen. Die Hauptverantwortung dafür liegt sicherlich beim Soziallandesrat, den ich nochmals ersuchen möchte, sich dieser Verantwortung zu stellen und neben den mobilen Diensten auch für die Errichtung von Pflege- und Altenheimen massiv einzutreten und darauf zu drängen. Die Begründung, daß zu wenig Beamte im Sozialressort seien, lasse ich nicht gelten. Denn die politischen Entscheidungen und die Weichenstellungen hat der zuständige Landesrat und nicht seine Sekretäre in seinem Büro oder die Fachbeamten zu fassen. Diese Weichenstellungen hat der Landesrat zu setzen. Wir seitens der steirischen Volkspartei sind zur Zusammenarbeit gerne bereit. Das vom Bund in Aussicht gestellte Pflegesicherungsgesetz wird eine große Hilfe zur Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe sein. Wir verlangen aber, wie im Jugendwohlfahrtsbereich, auch hier ein Abgehen von den großen stationären landeseigenen Einrichtungen, die, und ich wiederhole mich bewußt, drei-, manchmal zwei-, aber dann dreistellige Millionenbeträge kosten, hin zu mobilen Diensten und dezentralen kleineren stationären Einrichtungen. Und ich habe mich gefreut, als sich Landesrat Tschernitz dagegen gewehrt hat, daß in Deutschlandsberg oder in anderen Bezirken noch derartige Einrichtungen geschaffen werden, wie es ja der Wunsch der örtlichen Stellen dort war. Ich hoffe im Interesse Tausender betroffener Senioren, daß wir bald zu einem gemeinsamen Handeln kommen und vom vorletzten Platz österreichweit bei der Versorgung unserer älteren Generation mit Pflege- und Altenbetten so rasch als möglich wegkommen. Danke. (Beifall bei der ÖVP. – 11.04 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Minder das Wort.

Abg. Minder (11.04 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Es ist heutzutage kein Geheimnis, daß in unserer Konsumgesellschaft immer mehr Familien in finanzielle Schwierigkeiten und in weiterer Folge in existenzielle Nöte geraten. Die Gründe für die Verschuldung sind vielschichtig und reichen von unverschuldeter Not bis Todesfall des Familienerhalters, plötzlicher Arbeitsplatzverlust über Schuldenlasten aus Ehescheidungen bis zur Überschätzung der eigenen finanziellen Leistungskraft und einem unüberlegten Eingehen von Schuldverpflichtungen. Aggressive Werbung und leichter Zugang zu Krediten bringen zunehmend mehr Menschen und Familien in existenzbedrohende Notsituationen mit weitreichenden ökonomischen und sozialen Folgen.

Die Kreditverschuldung privater Haushalte ist in Österreich in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen und hat Ende 1988 ein Volumen von 619 Milliar-

den Schilling erreicht. Nach den Ergebnissen von Untersuchungen können 74 Prozent der Kredite problemlos zurückgezahlt werden. Entbehrungen wegen der finanziellen Belastung durch die Ratenzahlungen müssen aber schon 18 Prozent aller privaten Kredit-schuldner auf sich nehmen, und 8 Prozent der privaten Kreditnehmer, das sind immerhin 80.000 Haushalte in Österreich, geraten mit ihren Ratenzahlungen in ernsthaften Verzug. Einmal in Schwierigkeiten gekommen, findet man sich kaum mehr mit den Schulden zurecht. Und hier ist Hilfe von außen notwendig. Um diesen Personen, die aus eigener Kraft nicht mehr imstande sind, aus ihrer prekären finanziellen Situation herauszufinden, zu helfen, könnte durch eine gezielte Beratung und nachfolgende Betreuung ein weiteres Abgleiten zu einem dauernden Sozialhilfefall hintangehalten werden. Eine Schuldnerberatungsstelle kann als ersten Schritt die meist recht unübersichtlichen Forderungen entwirren, somit die tatsächliche Schuldenhöhe feststellen, gemeinsam mit dem Betroffenen einen Entschuldungsplan erstellen, weiters eine eingehende Beratung über Rückzahlungsmöglichkeiten festsetzen, Verhandlungen über Möglichkeiten der Zinsenherabsetzung beziehungsweise Reduzierung der Forderungen mit den betroffenen Geldinstituten führen und letztlich auch eine genaue Ursachenerforschung betreiben. Auch im unteren und untersten Einkommensbereich gibt es Möglichkeiten, die vorhandenen Ressourcen zu optimieren.

Manche Gläubigerprofis nehmen durch die Intervention der Schuldnerberatung Abstand von den immensen Verzugszinsen, und die diversen Raten können neu eingeteilt oder es könnte auch die Zuständigkeit für Schulden, wie zum Beispiel nach Scheidungen, geklärt werden. Qualifizierte Beratungskräfte sind in der Schuldnerberatung tätig, es ist aber auch die Mitwirkung des zuständigen Sozialreferates und der zuständigen Sozialarbeiterin erforderlich, und sie geschieht ja auch. Die Sozialreferate sowohl des Bezirkes als auch des Landes leisten finanzielle Hilfestellungen. Von Landesrat Tschernitz wurde in Zusammenarbeit mit der Caritas, dem Verein BAN, der Arbeiterkammer und der Stadt Graz ein Projekt für eine Schuldnerberatung ins Leben gerufen. In diesem Rahmen sind je eine Schuldnerberaterin mit finanzieller Unterstützung des Landes beim Verein BAN und bei der Caritas bereits seit einem Jahr tätig. Die Koordination für dieses Projekt Schuldnerberatungen erfolgt im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft, in der Vertreter der Sozialabteilungen des Landes und des Magistrates Graz, ein Vertreter der Arbeiterkammer, die Landesfürsorgeinspektorin und die Schuldnerberaterinnen vertreten sind. Ziel dieses Projektes ist es, praktische Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten, um in der Folge zu einem zielführenden Konzept zu kommen. Arbeitsgemeinschaften in anderen Bundesländern haben bereits Problemschwerpunkte festgesetzt, von denen ich einige zitieren möchte: Die Kreditinstitute wären zu verpflichten, einen Prozentsatz der jährlichen Werbekosten an einen Fonds für Schuldenregelung abzuführen. Die Kreditwerbung soll nicht Bedürfnisse wecken, sondern die Konditionen und den Preis darstellen. Über die Kosten des Kredites im Verzugsfall ist ebenso nachweislich verständlich zu informieren wie über die Konsequenzen einer Bürgschaftsübernahme. Zinsen müssen unverzinslich blei-

ben, Zinsen und Kosten dürfen 50 Prozent der Kapitalforderung keineswegs übersteigen. Die Grundbedürfnisse, wie Wohnung, Gas, Strom, Wasser, Heizung, Ernährung, dürfen bei der Exekution nicht gefährdet werden.

Soweit einige Punkte aus den Problemschwerpunkten. Am 18. Oktober 1990 wurde beim Land Steiermark festgelegt, daß die mit der Schuldnerberatung befaßten Stellen und Einrichtungen mit der Arbeitsgemeinschaft zusammenarbeiten. Ich wünsche dieser ARGE zum Wohle unserer Familien einen vollen Erfolg. (Beifall bei der SPÖ. – 11.10 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (11.10 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bitte um Vergebung, wenn ich zu diesem Budgetpunkt nicht ganz so kurz bin, wie ich es mir sonst vorgenommen habe. Aber es ist wirklich eine Materie, mit der wir uns sehr intensiv auseinandergesetzt haben. Ich werde dafür schneller reden.

Dem Budgetvoranschlag für das Jahr 1991 ist zu entnehmen, daß für den Weiterbetrieb der Landesjugendheime, jetzt der drei: Rosenhof, Blümelhof und Hartberg, rund 77 Millionen Schilling an Ausgaben vorgesehen sind. Angesichts der Tatsache, daß dieser Ausgabenposten 1989 74 Millionen Schilling betrug, liegt der Schluß nahe, daß das bestehende System aufrechterhalten und die Kosten somit fortgeschrieben werden sollen. Wo liegt nun das Problem? Meine Mitarbeiterin, Frau Mag. Scherbler, hat in einer sehr ausführlichen Stellungnahme dazu folgendes angemerkt, was ich in gekürzter Form hier vorbringen werde. Was ist so bedenklich an dieser Situation?

Auf diese fiktiven Fragen wird folgendermaßen eingegangen: Problematisch ist, daß so getan wird, als ob sich seit 1989 auf diesem Teilgebiet der Jugendwohlfahrt nichts getan hätte; anscheinend ist es nebensächlich, daß der Bund im Jahre 1989 die Grundsatzbestimmungen zum Bereich Jugendwohlfahrt erlassen hat; ebensowenig wird die Tatsache gewürdigt, daß im Oktober 1990 ein neues Steiermärkisches Jugendwohlfahrtsgesetz als Ausführungsgesetz beschlossen wurde, das eine völlig neue Weichenstellung in diesem höchst sensiblen, gesellschaftlich relevanten Bereich bewirken soll.

Bedenklich ist auch, daß alle Bemühungen, die bestehende Praxis der Fürsorgeerziehung kritisch zu hinterfragen, um in der Folge zeitgemäße neue pädagogische Modelle zu entwickeln, nur am Papier, also im neuen Jugendwohlfahrtsgesetz, einen bescheidenen Erfolg verbuchen können, daß aber in der Praxis die Gefahr besteht und trotz der Scheipl-Krickl-Studie und trotz der Enquete vom 21. November 1990 von einem starren Heimsystem nicht abgegangen werden wird.

Bevor hier eine umfassende und detaillierte Kritik an den bestehenden drei Landesjugendheimen einsetzt, möchte ich die gesellschaftliche Dimension, die diesem Thema anhaftet, näher herausarbeiten. Dies erscheint insbesondere deshalb notwendig, weil viele Menschen fälschlich glauben, daß sozial auffällige oder emotional gestörte Jugendliche – um diese geht es ja hier in

erster Linie –, die in einem Heim untergebracht werden, der tragische Output individueller Mißgeschicke sind. Die Kinder und Jugendlichen, die derzeit in den drei Landesjugendheimen untergebracht sind, werden als sozial schwierig, kontaktgehemmt, emotional verwahrlost, sexuell deviant oder gestört charakterisiert.

Gleichgültig, ob diese Jugendlichen als behindert oder nur verhaltensgestört bezeichnet werden, wichtig ist, daß sie für gewöhnlich dasselbe Außenseiterdasein führen müssen, daß sie an den Normen der nicht immer als sozial einzustufenden Marktwirtschaft oder Leistungsgesellschaft zerbrechen und ins Abseits gedrängt werden.

Die Jugendlichen werden also in eine spezielle Rolle gedrängt, sie werden stigmatisiert, und gegen sie werden soziale Vorurteile aufgebaut.

Im Hinblick auf die ablehnende Haltung, mit der Andersartige konfrontiert werden, spielen soziale Vorurteile eine große Rolle. Diese Vorurteile basieren teilweise noch immer auf abergläubischen Elementen, die im Hexenwahn und Teufelsglauben des Mittelalters ihre Wurzel haben, einer Geisteshaltung, die den Krüppel als Bösewicht, als verschlagenen und heimtückischen Menschen sieht.

In der bürgerlichen Gesellschaft brechen Eltern den Willen ihrer Kinder, indem sie sie zwingen, ihren Gefühlen und Bedürfnissen zu entsagen. Die Folgen dieser elterlichen Gewaltanwendung in der bürgerlichen Gesellschaft sind, daß Kinder unter einem übergroßen Über-Ich leiden und sich selbst entfremdet werden.

Menschen, die so erzogen wurden, haben Angst. Angst, daß ihre Scheinidentität zusammenbricht und sie schutzlos macht. Also müssen sie sich dann absichern, indem sie einerseits die Verantwortung für ihr Tun abgeben an eine Autorität, in den meisten Fällen an die Eltern, an die Heimleitung, an die Staatsmacht, an die öffentliche Meinung und so weiter, andererseits haben natürlich Menschen, die anders sind, die sie an ihre eigenen Ängste und Schwächen erinnern könnten, nichts in ihrer Welt verloren. Zum Abschluß dieser grundsätzlichen Überlegungen möchte ich noch kurz Erich Fromm zitieren, für den destruktives Verhalten eine Möglichkeit des Menschen darstellt, sich über die Zufälligkeit und Ohnmacht seiner Existenz hinwegzusetzen. Ich zitiere: „Das Bedürfnis, eine Wirkung zu erzielen, kommt in den interpersonellen Beziehungen ebenso zum Ausdruck wie in der Beziehung zu Tieren, zur unbelebten Natur und zu Ideen. In der Beziehung zu anderen besteht die grundsätzliche Alternative darin, daß man entweder die Macht in sich fühlt, Liebe hervorzurufen, oder Angst und Leiden zu bewirken. In der Beziehung zu Dingen besteht die Alternative darin, entweder etwas aufzubauen oder es zu zerstören. So entgegengesetzt diese Alternativen sind, sie sind nur verschiedene Reaktionen auf das gleiche existentielle Bedürfnis, etwas zu bewirken.“ Zitat Ende. An dieser Stelle muß auch die gesellschaftliche Funktion der sogenannten Helfer und Helferinnen, Erzieher und Erzieherinnen, Therapeuten und Therapeutinnen kritisch beleuchtet werden. Die Ausbildung der Helfer und Helferinnen konzentriert oder reduziert sich allzu oft darauf, systemerhaltend zu wirken, das heißt, sie bekommen in ihrer Ausbildung ein Bild von Normalität

präsentiert, das den Werten der Mittelschicht entspricht, und daran haben sie ihre pädagogischen Ziele anzusetzen. Vorausgesetzt wird, daß sie vom leistungsfähigen, in der freien Wirtschaft funktionierenden Menschen ausgehen und ihre Zöglinge diesen Kriterien anpassen sollen. Die betreuten Jugendlichen werden im schlimmsten Fall zu Marionetten, zu Objekten, die dem Ehrgeiz und den Werthaltungen der Helfer und Helferinnen ausgeliefert sind. Und es war offenkundig kein Zufall, daß bei der Enquete am 21. November 1990 in erster Linie Beamte, Heimleiter und -leiterinnen, Erzieher und Erzieherinnen sowie Vertreter und Vertreterinnen der politischen Parteien, aber keine die eigenen Interessen vertretenden Jugendlichen anwesend waren. Hier wurden, neben anderen mit der Jugendwohlfahrt befaßten Personen, wie zum Beispiel auch Vertreterinnen sozialer Dienste, die hauptsächlich Betroffenen übergegangen. Ihnen wurde in dieser Enquete der Objektstatus zugewiesen. Und ich bin mir bewußt, daß diese Forderung etwas provokant klingt. Im Sinne von Emanzipation, Herr Landesrat, das Freiwerden von Abhängigkeit bedeutet, wäre es vielleicht ganz gut gewesen, wenn auch solche Jugendliche teilnehmen hätten können. Aber ich gebe zu, mir ist das erst im Laufe des Abends oder des Nachmittags bewußt geworden, und ich habe dann auch nichts mehr Diesbezügliches gefordert. Zurück zu den Jugendlichen. Der vorgezeichnete Weg für ein sozial geschädigtes oder behindertes Kind sieht etwa folgendermaßen aus: Absonderung, Unterbringung in Sonderkindergärten, Sonderschule, geschützte Werkstätten oder als Schlußpunkt im Leben vieler die Unterbringung in einem Heim. Jeder Auffälligkeit wird mit einer Sondermaßnahme begegnet, und damit wird jede Begegnungsmöglichkeit unter Alltagsbedingungen zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen ausgeschlossen. In ihrem Beitrag zum Internationalen Jahr der behinderten Menschen 1981 zitieren die Autoren Berdel und andere einen Artikel einer österreichischen Tageszeitung, und zwar der „Presse“. Da steht zu lesen: „Als sonderbare Wesen werden sie so früh wie möglich von der Menschenwelt abgesondert und in speziellen Einrichtungen auf ihre objekthafte Existenz abgerichtet. Denn die Gesellschaft braucht sie, die Lahmen, die Blinden, die Idioten, um sich an ihnen zu besonderen Festtagen in Menschlichkeit zu üben, um ein Herz für Kinder haben zu können, um allweihnachtlich Licht ins Dunkel zu bringen, um die eigene Normalität bestätigt zu bekommen. In der Arbeitswelt, im Wohngebiet und in der Freizeit haben Behinderte nichts zu suchen. Dort dominieren die Leistungsstarken, die Jungen, die Gesunden, die mannigfaltige Hindernisse ersonnen haben, um ein Eindringen der Gebrechlichen und Unangepaßten zu verhindern.“ Soweit der Zeitungsausschnitt. Zur Kritik der Heimerziehung im besonderen. Was also vermag die Heimerziehung, der im Rahmen des neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes theoretisch eine extrem untergeordnete Rolle zugewiesen werden soll? Im Paragraph 37 heißt es: „Ist die volle Erziehung erforderlich, so haben Pflege und Erziehung in einer Pflegefamilie oder familienähnlichen Einrichtung“ – im Gegensatz zu Heim! – „den Vorrang.“ Was vermag die Heimerziehung an Positivem zu bewirken, was mit andern Instrumenten der Jugendwohlfahrt, jetzt durch die Beratungs- oder Betreuungsdienste, vorbeugende

oder therapeutische Hilfen, die Unterbringungsmöglichkeiten, die Pflegefamilien, nicht bewirkt werden könnte? Es wurde bei dieser Enquete beinahe als Sakrileg empfunden, den Sinn der Heimerziehung zu hinterfragen. Aus diesem Grund bekamen wir auch keine pädagogisch überzeugende Antwort, da offenkundig gut durchdachte, langfristige pädagogische Konzepte fehlen. Wenn wir in diesem Zusammenhang die Heimerziehung grundsätzlich in Frage stellen und zum Schluß kommen, daß wahrscheinlich mittelfristig auf Landesjugendheime vollkommen verzichtet werden soll, so stehen diese Überlegungen engstens mit dem Postulat nach dem Aufbau eines alternativen, dezentral entwickelten, qualitativ hochstehenden Versorgungsnetzes in Verbindung. Auch wenn manche Heimvertreter und -vertreterinnen es nicht wahrhaben wollen, so steht doch eindeutig fest, daß der Heimerziehung ein extrem schlechtes Image anhaftet. Und besteht überhaupt die Möglichkeit derjenigen, die die Zuständigkeit in dieser Frage haben, einschneidende Änderungen vorzunehmen? Sicher, es wurde eine Studie in Auftrag gegeben, und die beauftragten Hochschullehrer bemühten sich redlich, die Auftragsbedingungen zu erfüllen, indem sie im engen Rahmen der vorgegebenen Strukturen nach Reformansätzen suchten und diese, wenn auch nur hauptsächlich auf betriebswirtschaftlichem Sektor, auch fanden. Den zwei dargebotenen Reformvarianten, von denen nur eine wirklich ernsthaft überlegenswert ist, ist wahrlich kein revolutionärer Charakter zuzuordnen. Dennoch gab es von den beamteten Pädagogen und Pädagoginnen und Heimleitern und Heimleiterinnen sofort einen Aufschrei. Offenkundig soll alles beim alten bleiben, und die bereits vollkommen erstarrten Strukturen sollen ad infinitum zementiert werden. Besonders bedauerlich ist, daß wir im Landtag im Oktober 1990 ein völlig neues Jugendwohlfahrtsgesetz beschlossen haben, das Anfang 1991 in Kraft treten soll, und die betroffenen Stellen und Personen nun offenkundig kein wirkliches Vertrauen in die neuen Möglichkeiten und Wege setzen. Wie sonst ist es zu erklären, daß man sofort beflissen erklärt, daß sich an der Heimsituation nichts ändern soll? Warum ist das Vertrauen in alternative Projekte, wie zum Beispiel Jugendzentren mit sozialpädagogischer Ausrichtung, interdisziplinäre Beratungszentren, Kinderschutzzentren, zu denen ich am Schluß noch etwas sagen möchte, Streetworker, mobile Frühförderung, diverse Therapieangebote, sozialpädagogische Familienbetreuung und Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen so unterentwickelt? (Abg. Minder: „Das ist schon vorgesehen!“) Warum ist das so unterentwickelt? Nein! Aber warum ist die Planung für diese anderen Möglichkeiten so unterentwickelt? Ich meine, das Jugendwohlfahrtsgesetz ist zwar seit Herbst erst beschlossen, aber in Beratung ist es ja schon länger. Das hat ja auch etwas mit den Heimen zu tun, daß wir in der Vergangenheit die Heime gehabt haben, und deswegen hat man auf der anderen Seite nichts entwickeln brauchen. Jetzt ist die Frage, Heime – ja oder nein, endlich einmal auf der Tagesordnung. Jetzt muß man das andere natürlich nachziehen.

Ich glaube, daß man diesen Ansätzen noch nicht die richtige Chance gibt. Warum wird dann so getan, als ob dieses Terrain nur für private Träger attraktiv wäre, warum entwickelt der öffentliche Jugendwohlfahrts-

träger nicht – oder nicht hinreichend – von sich aus dezentrale soziale Dienste oder Hilfen zur Erziehung? Das ist die Frage für mich. Ich meine, daß die Privaten jetzt nicht alle sofort wie die Schwammerln aus dem Land wachsen, ist klar. Aber das Land kann ja auch etwas tun. Warum läßt man diese Möglichkeiten nicht ein paar Jahre anlaufen, um nach einem mittelfristigen Zeitraum, also fünf bis sieben Jahre, die Veränderungen auf diesem Gebiet neu zu bewerten und weiter zu verbessern? Und wenn sich dann die Heimerziehung als überflüssig herausstellt, weil alle Kinder in anderen Betreuungsformen qualitativ gleich gut oder besser – und das bei weniger oder gleich großen Kosten – untergebracht sind, dann ist das doch ein Erfolg, wie ich meine. Und hüten wir uns doch auch, die hier in der Jugendwohlfahrt anstehenden sozialen Hintergrund-szenarien zu verklären: Dieses Jugendwohlfahrtsgesetz ist ja nur deshalb so notwendig, weil das gesellschaftliche Gesamtkonzept der Erziehung vollkommen antiquiert ist und einer Institution, die sich im Laufe der letzten Jahrhunderte gravierend geändert hat, nämlich der Familie, zugeordnet wird, die mit den an sie herangetragenen Anforderungen offensichtlich nicht oder nur äußerst mangelhaft zurecht kommt.

Und wie sind nun in diesem Zusammenhang die veranschlagten 77 Millionen Schilling für die drei Landesjugendheime zu sehen?

Für rund 200 milieugeschädigte Jugendliche, sie werden so bezeichnet, die in diesen Heimen oft bis zur Volljährigkeit aufgehoben werden, werden täglich mehr als 1000 Schilling ausgegeben. Wie gestern verhandelt worden ist, bekommt eine Pflegemutter oder Pflegeeltern derzeit monatlich für ein Kind 3100 Schilling und soll auf 3300 Schilling beziehungsweise 3700 Schilling erhöht werden.

Die Höhe der Kosten an sich wäre nicht problematisch, wenn die betroffenen Kinder und Jugendlichen in den Heimen dafür eine adäquate Betreuung erfahren könnten. Dem ist aber nicht so, da einerseits große Summen für den Verwaltungsbereich, für Gebäudeinstandsetzung und so weiter ausgegeben werden, und andererseits auf Grund der Heimstruktur, eben zu große Gruppen bei zu geringen Erziehern und Erzieherinnen, eine wirklich persönliche Betreuung der einzelnen Jugendlichen gar nicht möglich ist.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß diese intramurale, also hinter den Mauern, Lebensform systembedingt zu Hospitalismus und Ghettoisierung mit all ihren psychologisch verheerenden Folgen führt. Wenn über Sinn und Unsinn der Heimerziehung ernsthaft diskutiert werden soll, so müssen auch die Ansprüche an diese Institution neu genau formuliert werden. Das heißt, es müssen insbesondere qualitative Bewertungskriterien gefunden werden, die für die Beurteilung als Erfolg oder Mißerfolg herangezogen werden können.

Dies sind nur einige erörterungsbedürftige Punkte. Im Hinblick auf die derzeit praktizierte Heimerziehung müssen insbesondere Fragen, die antidiskriminierende Anforderungen implizieren, leider oft verneint werden. Aus diesem Grund sollen die sachlich nicht zu rechtfertigenden geschlechtsspezifischen Unterscheidungen vehement kritisiert werden. Wir finden sie bereits bei der Einweisung, bei der Ausbildung und im Lebensall-

tag im Heim. Das haben wir ja bei der Enquete ganz deutlich gehört.

So werden bei Mädchen sexuelle Devianzen ungleich häufiger als bei den Burschen mit Heimeinweisung bestraft. Mädchen, die zu Hause nicht die nötige Zuwendung und Aufmerksamkeit finden und deshalb außer Haus nach Liebe, Zärtlichkeit und Akzeptanz suchen, dort aber auch meist nur sexuelle Ausbeutung erfahren, werden noch immer als sexuell auffällig und herumstreunend angesehen. Es ist geradezu lächerlich, daß vielen Jugendämtern zu diesem Problem nichts anderes als die Heimeinweisung einfällt!

Wen verwundert es jetzt noch, daß das Lehrangebot im Landesjugendheim Blümelhof nicht nur anachronistisch, sondern vollkommen unbrauchbar ist? Welche Frau findet 1990 oder 1991 als Weißnäherin, als Damenkleidmacherin, als Strickerin, Friseurin, Köchin, Küchenhilfe einen Dauerarbeitsplatz, der angemessen bezahlt und als langfristig interessant angesehen wird? Es kann und darf doch nicht die Intention der öffentlichen Hand sein, völlig überkommene frauenfeindliche Denkweisen zu fördern, die Frauen nur zu Dazuverdienerinnen degradieren. Das derzeitige Ausbildungsangebot bildet nicht wirklich zeitgemäß aus, sondern macht die Mädchen höchstens zu mehr oder weniger perfekten Hausfrauen, die früher oder später wieder ihrem männlichen Gegenüber ohnmächtig ausgeliefert sein werden.

Und auch der Lebensalltag der Mädchen im Blümelhof ist völlig anders als der der Burschen: Was bei den Burschen als Überbetreuung bezeichnet wird, läßt sich auf die vollkommene Befreiung von Hausarbeit reduzieren, während die Mädchen nicht nur ihre Zimmer selbst sauberhalten, sondern wöchentlich – und das zusätzlich zu ihrer Lehre – auch noch einen eigenen Putztag absolvieren müssen. Im Gegensatz zu den Burschen übernehmen im Landesjugendheim Blümelhof die Erzieherinnen gemeinsam mit den Mädchen Teilbereiche der Hausarbeit: Wäscheversorgung, Sauberhalten der Gruppe, Einkaufen und Kochen. Daß diese geschlechtsspezifische Handhabung problematisch ist, haben auch die Autoren der Studie erkannt. Sie führen dort an: „Bei Mädchen zeigt sich eher der umgekehrte Fall – wieder auf Grund traditioneller Werthaltungen –, daß sie neben ihrer beruflichen Ausbildung teilweise zu viel Zeit für Hausarbeit investieren müssen. Traditionelle Werthaltungen und Betreuungsgrad sind daher unbedingt zu hinterfragen und auf ihre Berechtigung zu überprüfen.“

Zusammenfassend am Schluß muß ich betonen, daß die unbedingte Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Heimerziehung weder durch die Studie noch durch die Enquete mit den Heimvertreterinnen und Heimvertretern schlüssig nachgewiesen ist und legitimiert werden konnte, weshalb es äußerst fraglich ist, ob diese Budgetansätze in der Höhe von 77 Millionen Schilling wirklich angemessen sind beziehungsweise ob die finanziellen Mittel nicht in anderen Bereichen der Jugendwohlfahrt besser investiert wären.

Ich möchte am Schluß noch aus der Scheipl-Krickl-Studie folgendes Zitat wählen, das zur Nachdenklichkeit anregen müßte: „Denn es ist mindestens durchaus zweifelhaft, ob das Heim Erziehungs- und Sozialisationsaufgaben besser lösen kann, als dies einer sorgfältig

ausgewählten und ausgebildeten Familie oder einer gut geführten Wohngemeinschaft möglich wäre, wenn sie beraten oder fachlich, zum Beispiel durch Supervision, gestützt werden.

Am Schluß noch kurz zu den Kinderschutzzentren, die ja auch im Jugendwohlfahrtsgesetz niedergeschrieben sind. Das Problem ist bei den Kinderschutzzentren – wie uns die verantwortlichen Frauen aus Graz mitgeteilt haben – sie haben 84 Familien betreut. Und davon ist laut ihrer Statistik an erster Stelle der Problembereich sexueller Mißbrauch mit 16 Fällen oder Familien, der zweite Bereich Kindesmißhandlung, der nächste Bereich Scheidungsfolgen und so weiter. Es geht richtig so hinauf. Wenn jetzt über das neue Jugendwohlfahrtsgesetz das Taggeld auf die Person und auf den Fall abgestimmt ist, dann würde das heißen, daß in den Kinderschutzzentren pro Klient, pro Familie abgerechnet werden muß und auch natürlich der Name genannt werden muß, damit ist ja erst die Verrechnungsform möglich. Daß das aber sicher das Problem aufwirft, daß sie dann nicht mehr anonym beraten können, daß die Vertraulichkeit dadurch problematisch wird, weil sie ja die Namen nennen müssen, und daß wir uns in diesem Bereich sicher überlegen müssen, wie das ist mit der Taggeldzahlung oder wie das mit dem Regreß ist. Der Regreß als solches im Jugendwohlfahrtsgesetz ist überhaupt ein Problem, weil wir glauben, daß gerade dort sich das Land unnötigerweise Geld zu holen versucht, obwohl eigentlich vom Aufwand her das wahrscheinlich mit Null ausgehen wird, also das, was man hereinkriegt, ist den ganzen bürokratischen Aufwand wahrscheinlich nicht wert. Danke schön. (11.35 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Schoiswohl das Wort und erinnere nochmals an die Worte des Herrn Präsidenten in bezug auf die Kürze der Beiträge.

Abg. Schoiswohl (11.35 Uhr): Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Nach sehr intensiven Verhandlungsrunden, wo alle hier in diesem Hause vertretenen Parteien mitgewirkt und ihre Vorschläge eingebracht haben, hat der Steiermärkische Landtag in seiner Sitzung am 16. Oktober 1990 einstimmig das Jugendwohlfahrtsgesetz beschlossen. Mit einer sechsmonatigen Verspätung wird es am 1. Jänner 1991 in Kraft treten. Neben der Sicherung der materiellen Grundbedürfnisse der Familien müssen für die Betreuung junger Familien ausreichende Hilfen bereitgestellt werden. Diese Hilfen können vorbeugend als auch nachbetreuend sein. Das Grundanliegen des Gesetzesentwurfes besteht in der Stärkung der Familien und beinhaltet viele Verbesserungen, um milieugeschädigten Kindern und Jugendlichen helfen zu können, wie zum Beispiel, wenn Pflege und Erziehung Minderjähriger aus den verschiedensten Gründen gefährdet sind, wobei der Vorrang der Erziehung durch die Familien voll gewahrt bleibt. Die öffentliche Jugendwohlfahrt greift ein, wenn in der Familie Gewalt angewendet oder körperliches oder seelisches Leid zugefügt wird.

Besonderes Augenmerk im Gesetz ist der Frühförderung gewidmet. Es ist besser, helfend und beratend einzugreifen, bevor der junge Mensch strauchelt und

vom geraden Weg abkommt. So werden verstärkt Servicefunktionen hinsichtlich der Beratung von Minderjährigen und Erziehungsberechtigten angeboten, das heißt, daß gut ausgebildete Fachkräfte direkt zu den betreffenden Familien gehen und versuchen, ihnen bei der Bewältigung der Erziehungsprobleme zu helfen. In den meisten Fällen ist das der sicher bessere und humanere Weg. Denn für schwer Erziehbare war die Einweisung in ein Heim bisher die einzige Lösung. Die Kinder wurden von den Familien getrennt. Das Gesetz ermöglicht auch die so wichtige Frühförderung kleiner Kinder sowie Zuschüsse zu ganz speziellen Therapien. Erstmals ist also ein Rechtsanspruch auf solche Leistungen, wie Frühförderung, Familientherapie, Logopädie und sozialpädagogische Familienhilfen, gegeben. Ein geschulter Familienhelfer betreut die ganze Familie. Weiters wird ein Jugendwohlfahrtsbeirat zur Beratung der Landesregierung eingerichtet, dem auch alle freien Jugendwohlfahrtsvertreter angehören. Somit haben diese die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Ideen einzubringen.

Leider gibt es noch keinen Jugendanwalt. Diese Forderung wurde schon mehrmals gestellt, und ich möchte die Forderung nach einem unabhängigen Anwalt heute hier wiederholen, einen Anwalt einzusetzen, der die Interessen der Kinder mit Vehemenz vertritt.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, nur einige für mich wichtige Veränderungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes aufzuzählen. Das beste Gesetz kann aber nicht wirksam werden, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist. So werden das Land zwei Drittel und die Sozialhilfeverbände ein Drittel der Kosten übernehmen. Und noch ein Beispiel, das den Verantwortlichen im Land Steiermark zum Wohl des Kindes wirklich vorrangig ist: Am 7. November ging eine neue Serviceleistung in Betrieb. Es wurde ein Kindertelefon installiert.

Abschließend möchte ich allen Mitarbeitern der Rechtsabteilung 9 stellvertretend für alle mich bei Frau Hofrat Dr. Dobida für die recht umfangreiche und manchmal auch schwierige Arbeit bedanken. Ich bedanke mich ebenso bei den Mitarbeitern des Büros von Landesrat Tschernitz sowie bei dir, Herr Landesrat, für alle Bemühungen. Denn mit diesem Gesetz helfen wir jenen Familien und Jugendlichen, die am Rande unserer Gesellschaft stehen. Danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 11.40 Uhr.)

Präsident Meyer: Der Herr Abgeordnete Erhart ist am Wort.

Abg. Erhart (11.40 Uhr): Hoher Landtag, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich habe mich im Vorjahr sehr ausführlich mit Seniorenpolitik, Seniorenfragen, besonders in Richtung Pflegeproblematik, Pflegeheime ja oder nein, Bau von Seniorenwohnhäusern und dergleichen befaßt, so daß ich das heuer einfach nicht wiederholen möchte, und ist außerdem nachzulesen im stenographischen Protokoll. Ich will lediglich in aller Kürze, jetzt in Richtung der Konsequenz zu dem im Vorjahr Gesagten, feststellen, daß, wie wir schon wissen, der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten weiterhin ansteigen wird und daß wir im

Jahr 2030 mit fast einem Drittel mit Menschen der Bevölkerung leben werden, die älter als 60 Jahre sind. Diese Entwicklung hat zur Folge, daß wir einen sehr großen Bedarf an entsprechend ausgestatteten Wohnungen, Seniorenwohnhäusern und Seniorenwohnheimen und auch, weil wir diese Einrichtungen in Zukunft nicht missen können, vor allem dort, wo wir eine Pflege rund um die Uhr in stationärer Hinsicht brauchen, Pflegeheimen benötigen werden. Derzeit gibt es aber keine verbindlichen Richtlinien über ein alten-, pflege- und behindertengerechtes Bauen. Es gibt auch keine Einrichtung in der Steiermark, wie vergleichsweise in den nordischen Ländern und auch bereits einigen anderen Bundesländern, die sich bei uns mit dieser Materie befaßt. Vom Sozialreferenten der Steiermärkischen Landesregierung, Herrn Landesrat Tschernitz, wurde daher mit Unterstützung der Abgeordneten der sozialistischen Fraktion die Einrichtung eines eigenen Referates für alten-, pflege- und behindertengerechtes Bauen gefordert. Dieses Referat, so stellen wir uns vor, könnte in der Landesbaudirektion eingerichtet werden und sollte in Zusammenarbeit mit der Sozialabteilung und der Abteilung für Wohnbauförderung die Aufgaben der Forschung, Planung, Beratung und Kontrolle für den Alten- und Pflegeheimbau übernehmen. Es ist zu hoffen, werte Damen und Herren, daß der diesbezügliche Landtagsantrag, der, wie schon gesagt, von den SPÖ-Abgeordneten im September eingebracht worden ist, bald realisiert wird. Die Gemeinden und sonstigen Wohnbauträger brauchen sehr dringend eine entsprechende Unterstützung und Beratung beim Bau von solchen Seniorenwohn- und Pflegeheimen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 11.42 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (11.42 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Eingangs möchte ich kurz zu den Ausführungen von der Frau Abgeordneten Kammlander und vom Kollegen Erhart Stellung nehmen. In beiden Teilen gilt es, die Integration in erster Linie sowohl von Behinderten als auch von alten Menschen zu vertreten. Was bedeutet Integration? Das ist für mich nicht nur die Aufnahme in die Gesellschaft schlechthin, sondern auch die Möglichkeit der Lebensbewältigung für die Betroffenen, für die Behinderten wie die alten Menschen. Ich möchte dazu sagen, daß wir natürlich Integrationsgruppen brauchen, integriertes Wohnen, viele, viele Möglichkeiten, diese Menschen tatsächlich in die Gesellschaft aufzunehmen, aber daß es immer auch Heime geben wird müssen für ganz spezielle Fälle, für ganz speziell schwer betroffene Menschen.

Freilich ist vielleicht der Ansatz von 77 Millionen im Budget zu überdenken. Das ist durchaus möglich. Aber ich meine, und ich möchte hier auch ein kurzes Beispiel aus dem persönlichen Erleben geben. Wir haben jährlich in unserer Schule auch behinderte Schülerinnen. Sie sind eine große Herausforderung an die Lehrer. Sie sind auch an die Klassengemeinschaft eine große Herausforderung. Nur, wenn es gelingt, sie zu tragen, dann kann man Früchte ernten. Das ist manchmal besser und manchmal ganz schwer möglich. Ich glaube aber auch, daß Integration im normalen

Leben bedeutet, daß man, wenn man mit Behinderten in einem Wohnhaus zusammenlebt, in einem Wohnblock, daß man beispielsweise daran denkt, daß ein Türschließer für einen Multiple-Sklerose-Patienten unter Umständen die Sache so macht, daß der unbeweglich wird; wenn sein Karello in der Waschküche steht, der Türschließer zufällt, kommt der Mensch, der mit zwei Krücken gehen muß, nicht mehr an sein Fahrzeug heran. Da, meine ich, müßten wir ansetzen und Integration verstehen.

Mein eigentliches Thema ist unmittelbar mit der Jugendwohlfahrt, aber auch mit dem alten Menschen im Zusammenhang zu sehen. Der Zusammenhang und das Zentrum bildet die Familie. Der Familienbericht des Bundesministeriums gibt an, daß drei Viertel aller Österreicher ein Ideal haben, und ein Drittel davon zerbricht wieder sehr rasch, nämlich das österreichische Familienleben ist davon gekennzeichnet, daß explodierende Scheidungsraten und sinkende Geburtenzahlen unsere Gesellschaft kennzeichnen. Nebenbei werden von der Familie Glück, Geborgenheit und hohe emotionale Zuwendung erwartet. Das sind Anforderungen, die eine Belastung und eine Überforderung des Partners hervorrufen. Es wird gesagt, daß nicht das sogenannte siebente verflixte Ehejahr das Ehejahr ist, das am meisten Scheidungen hervorbringt, sondern bereits das dritte. Wir können auch statistisch feststellen, daß jährlich 16.000 Kinder von der Trennung ihrer Eltern betroffen sind. Für die Kinder bedeutet das sehr häufig, sie sind mit beiden Elternteilen emotional verhaftet und verbunden. Sie wissen nicht, wo sie sich hinwenden können. Überdies stellen Forscher fest, daß für die kindliche Entwicklung, die ersten zehn Lebensjahre, die Familie die wichtigste Lebenswelt darstellt, um die späteren Lebenschancen entsprechend für die Kinder ermöglichen zu können. Trennungserlebnisse führen nun zu Verhaltensstörungen. Und ich weise auf die gestrige Aussage des Landesschulratspräsidenten Schilcher hin, der gesagt hat, daß in einer Klasse von 20 Kindern zehn bereits verhaltensauffällig und gestört sind.

Meine Damen und Herren, daher muß es uns gelingen, präventiv Vorsorge für die Familie zu treffen. Und ich bin sehr froh, daß Frau Ridi Steibl, die Referentin, im Jänner eine Schulung startet für Leute, die Familienhilfe und Stütze geben möchten, die emotional in der Kommunikation, aber auch in der Konfliktlösung den Familien beistehen werden. Hier müssen wir sehr vieles investieren, und hier müssen wir in Zukunft intensiver ansetzen. Kinderreiche Familien, meine Damen und Herren, sind nicht im Trend, auch das Steuersystem berücksichtigt nicht, wie viele Personen von einem Einkommen leben müssen.

Dazu einige Zahlen: Bei einem monatlichen Einkommen, das ist ein mittleres Einkommen von 16.436 Schilling, kommt einer Alleinverdienerfamilie mit zwei Kindern ein Prokopfeinkommen von 5922 Schilling zu. Am 1. Juli 1990 wurde nun die Armutsgrenze mit 6310 Schilling festgelegt. Das heißt, diese Familie mit den zwei Kindern lebt bereits unter der offiziellen Armutsgrenze. Nun, Kinder haben heißt eben teilen. Aber die Forderung, die wir an das österreichische Steuersystem stellen müßten, ist, daß wir eine Staffelung der Familienbeihilfe bedingt an der Zahl der Kinder haben möchten. Der an Stelle der Staffelung geschaffene

Zuschlag der Familienbeihilfe um 200 Schilling kann in keiner Weise einer Verarmung der Familie entgegenwirken. Außerdem haben die Alleinverdienerfamilien im unteren und im mittleren Einkommensbereich eine überdurchschnittlich hohe steuerliche Belastung zu tragen. Beispielsweise zahlt die Familie, die ich vorher genannt habe, für ihre zwei Kinder jährlich von dem schon unter der Armutsgrenze liegenden Einkommen pro Kind noch immer 2305 Schilling. Ich glaube, das sind Zahlen, die für sich sprechen. Dem gegenüber stehen zum Beispiel, daß ledige Mitbürger erst ab einer Einkommensgrenze von 8.262 Schilling Steuer bezahlen. Eine offensichtliche Minderbewertung der Familie. Auch sind Familien insofern sehr stark überfordert, und dazu habe ich schon mehrfach in diesem Hause Stellung genommen, daß die gesellschaftlichen Bereiche ohne Rücksicht an die Familie eine unbegrenzte Anpassungsforderung stellen, nämlich die Arbeitswelt, auch die Freizeit, die Schule. Für die Freizeit und für die Bewältigung der Freizeit wird das Land Steiermark im kommenden Jahr den Familienpaß herausgeben. Was ist beinhaltet? Die Eintritte der ersten zwei Kinder einer Familie werden um 50 Prozent für kulturelle und sportliche Bereiche vermindert, ab dem dritten Kind soll es einen freien Eintritt geben. Außerdem soll die Mutter oder der Vater oder eben der, der daheim ist, kein eigenes Einkommen hat und die Familie betreut, eine Unfallversicherung zugestanden bekommen. Die kindlichen Bedürfnisse müssen sich der Realität und der Leistung unserer technisierten Gesellschaft voll unterordnen. Ich möchte mich hier meiner Vorrednerin, der Frau Abgeordneten Schoiswohl, voll anschließen, gerade in dem Punkt ist es auch notwendig, daß wir einen Kinderanwalt haben, der die Dinge, die mit den Kindern und der Gesellschaft zusammenhängen, sehr genau untersucht und auch Stellung dazu bezieht. Ich denke im konkreten an Verkehrsplaner, an Wohnhausplaner oder auch an Städte- und Dorfplaner, wo weder die jüngsten noch die ältesten Mitbewohner von uns berücksichtigt werden.

Abschließend glaube ich sagen zu müssen, daß der schleichende Abschied der Familie aus unserer Gesellschaft uns noch sehr wehtun wird. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 11.51 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kanape.

Abg. Kanape (11.51 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Auch ich möchte zum Thema Landesjugendheime einige Gedanken festhalten: Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen in Heimen war stets umstritten und – wie Sie wissen – hat bereits vor zehn Jahren eine große Diskussion im Rahmen der steirischen Jugendwohlfahrtsenquete stattgefunden. Diese hat sowohl außerhalb der Heime zum Beispiel mit der Gründung des Pflegeelternvereines oder der Einrichtung der sozialpädagogischen Wohngemeinschaft Erneuerungen gebracht. Sie hat aber auch zahlreiche Verbesserungen in den drei Landesjugendheimen, wie zum Beispiel die Verkleinerung der Gruppen oder eine Verbesserung der Möglichkeiten der Lehrausbildung, gebracht. Allerdings haben sich die Rahmenbedingun-

gen für die Heimerziehung grundlegend geändert, weshalb sich die Notwendigkeit für umfassende Umstrukturierungen dringend ergibt. Auf der einen Seite bringt der Geburtenrückgang ein Absinken der absoluten Zahlen an Kindern und Jugendlichen, auf der anderen Seite weisen jedoch Fachleute darauf hin, daß die Probleme der Kinder und Jugendlichen in Familie und Beruf stark zunehmen. Es werden daher vielleicht zahlenmäßig weniger Kinder und Jugendliche in den Heimen zu betreuen sein. Diese werden aber mit ziemlicher Sicherheit immer schwieriger werden. Die Qualität der Betreuung muß daher gesteigert werden. Ich hoffe, daß es in Zusammenarbeit mit den Bezirken möglichst rasch gelingen wird, im neuen Jugendwohlfahrtsgesetz vorgesehene zusätzliche Betreuungsangebote einzurichten. Leider muß man ja sagen, daß die Bezirke bisher ihren Verpflichtungen nur sehr mangelhaft nachgekommen sind, die sie nach dem bis Jahresende noch gültigen Jugendwohlfahrtsgesetz haben. Die Landesregierung war nämlich bisher nur Aufsichtsbehörde und Kostenträger für die Fürsorgeerziehung. Alle anderen Betreuungsformen, insbesondere auch die sozialen Dienste, hätten von den Bezirken aufgebaut werden müssen. In Zukunft wird das Land die Zuständigkeit für den Aufbau der sozialen Dienste haben, und wir hoffen mit Landesrat Tschernitz, daß in Zusammenarbeit mit den privaten Trägern den Tendenzen des steirischen Sozialplanes entsprechend der Hauptteil der Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen vor Ort, also in der Gemeinde oder auf Bezirksebene, stattfinden wird. Allerdings wird es immer wieder Jugendliche geben, die aus den verschiedensten Gründen von privaten Einrichtungen – wie sozialpädagogischen Wohngemeinschaften – nicht aufgenommen werden. Für diese muß die öffentliche Jugendwohlfahrt entsprechend sorgen.

Landesrat Tschernitz hat anlässlich einer Diskussion über die Umstrukturierungen der steirischen Landesjugendheime ein klares Bekenntnis für die Landesjugendheime abgegeben, die zweifellos nach der Umstrukturierung auch in Zukunft im breiten Netz der Jugendwohlfahrt ihren Platz haben werden, wobei sicherlich ein radikales Abspecken notwendig sein wird. Ein generelles Zusperrern, ohne entsprechenden Ersatz, darf jedoch nicht geschehen. Die Tendenz zur starken Verkleinerung der Heime wird durch die Bestimmungen des neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes ohnehin klar festgelegt. Nachdem die Sozialhilfverbände für jede Heimunterbringung in Zukunft ein Drittel der Kosten bezahlen werden müssen, werden es sich die Bezirke in Zukunft öfters überlegen, ob eine Unterbringung in Heimen tatsächlich notwendig ist. Diese Bestimmung unterstreicht deutlich, daß eine Reduktion der Betreuungsplätze, unserer Heime, angestrebt wird. Die Jugendwohlfahrt, meine Damen und Herren, hat leider in der Gesellschaft, aber auch innerhalb der Landesverwaltung noch nicht den Stellenwert, der ihr eigentlich zukommen müßte. Es gelang Landesrat Tschernitz als Sozialreferenten des Landes innerhalb von zwei Jahren, unter Beiziehung von Experten und freien Jugendwohlfahrtsträgern relativ rasch, das Jugendwohlfahrtsgesetz zu novellieren. Hinsichtlich der Heime wurde intensiv seit über einem Jahr in Arbeitskreisen über Möglichkeiten der Umstrukturierung beraten. Um auch wissenschaftliche

Impulse für die Änderungen zu bekommen, hat Landesrat Tschernitz den Auftrag zur Vergabe einer Studie erteilt, die Ende September fertiggestellt wurde. Dem Vorschlag dieser Studie, die bisherigen Heime für Burschen am Rosenhof und für Mädchen am Blümelhof aus Ersparnisgründen auf dem Gelände des Blümelhofes zusammenzuziehen, kann ich nichts abgewinnen, weil man die Verantwortung für ein solches Experiment kaum übernehmen kann. Es würde ein zusätzliches Konfliktpotential entstehen, darüber hinaus hätten wir wieder ein Großheim mehr, wie wir es unbedingt abschaffen wollen. Es wurde somit in letzter Zeit intensiv daran gearbeitet, Entscheidungsgrundlagen für eine Weichenstellung in die Zukunft vorzunehmen. Ein Grobkonzept für die Umstrukturierung mit einem Zeitplan werden Landesrat Tschernitz und die Rechtsabteilung 9 bis Ende des Jahres vorlegen. Der Detailplan wird Mitte nächsten Jahres hier sein. Wir werden bei der Erarbeitung dieses Konzeptes eines sicher nicht vergessen: Es geht um das Schicksal von Kindern und Jugendlichen, die unserer Hilfe bedürfen, und darüber hinaus geht es um 137 Bedienstete, die in den Heimen beschäftigt sind. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 11.59 Uhr.)

Präsident Meyer: Es hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger zu Wort gemeldet.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger (11.59 Uhr): Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es wird festgestellt, daß in Österreich mehr als 1,5 Millionen von einer Behinderung oder von einer chronischen Erkrankung betroffen sind, wovon fast 400.000 in ihrer Mobilität stark beschränkt sind. Zum materiellen Wunschkatalog dieser Zivilinvaliden kommt jetzt die wesentliche Bitte, mehr seelisches Verständnis für diese Mitmenschen aufzubringen. Das reicht oft von unverständlicher Distanz bis zu falschem Bemuttern. Und ich glaube, es ist deshalb ganz besonders wichtig, daß die Integration bereits beim Kindergarten anfangen muß und dann in allen Lebensbereichen fortzusetzen ist.

Ich war in Amerika und habe dort festgestellt, daß dort das Verhältnis zu Behinderten wesentlich unkrampfeter ist als hier bei uns. Materiell haben die Zivilinvaliden den Wunsch, daß nach langjährigen Kämpfen ein Bundespflegegesetz verabschiedet wird und eine Vereinheitlichung der verschiedenartigen Pensionsrechte im Invaliditätsfall erfolgt. Wie ich jetzt vor einer halben Stunde erfahren habe, soll im derzeitigen Verhandlungsstadium in Wien bereits feststehen, daß mit 1. Jänner 1992 die Einführung vorgesehen ist, wobei noch Verhandlungen zwischen Bund und Land stattfinden werden. Gefordert wird weiters von den Zivilinvaliden, und das ist zu unterstützen, die Abschaffung der Ruhensbestimmungen und der Abbau der Behindertenarbeitslosigkeit. Hier kann ich verweisen, daß beim Land Steiermark großes Verständnis herrscht, denn insgesamt gibt es hier 234 geschützte Arbeitsplätze, und im Jahr 1990 wurden 16 Behinderte neu eingestellt.

Ich darf auch verweisen auf die Gebietskrankenkasse in Salzburg, wo man sechs Schwerbehinderte eingestellt hat. Es muß leider immer wieder darauf

verwiesen werden, daß bei den öffentlichen Stellen hier noch zuwenig getan wird. Weiters kommt die große Bitte nach einer Ausweitung der Fahrpreisermäßigungen. Das trifft besonders Zivilinvalide, die auf dem Land leben, Bahn und Bus benützen müssen, und wo der Zustand momentan so ist, daß nur 70 Prozent Geschädigte bei den ÖBB diesen Ausweis, der die Ermäßigung gibt, erhalten. Noch dazu muß festgestellt werden, daß diese Behinderten meistens einer Gruppe von Menschen angehören, deren Einkommen sehr gering ist. Ein weiterer Wunsch dieser Mitbürger besteht darin, die Pensionszeitenanrechnung für behinderte Arbeitnehmer auch einmal einer genaueren Überprüfung zu unterziehen. Abschließend möchte ich noch erwähnen, daß es leider auch noch immer architektonische Barrieren gibt, wo bei gutem Willen noch vieles geändert werden kann. Ich bitte um die Unterstützung dieser Anliegen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 12.02 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich danke dem Herrn Abgeordneten, der versprochen hat, heute sehr kurz zu sein. Er hat sich genau danach gehalten.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rainer.

Abg. Rainer (12.02 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde mich bemühen, ebenfalls kurz zu sein (Abg. Grillitsch: „Bravo!“), aber diese Gruppe kann einfach nicht abgehandelt werden, ohne ein sehr aktuelles Thema anzusprechen, nämlich das Thema der Pensionen. Der jüngste Bericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales weist hier eine Entwicklung auf, die aufzeigt, welche Brisanz diese Fragen, die unmittelbar vor einer Entscheidung stehen, tatsächlich haben. Wenn man also die Pensionen insgesamt betrachtet, so zeigt sich und stellt sich heraus, daß etwa 70 Prozent aller Pensionen nach dem ASVG, nach dem der Sozialversicherung der Bauern, der Selbständigen und so weiter, 70 Prozent der Pensionen ausmachen, 30 Prozent sind von den Gebietskörperschaften. Wenn man die Einnahmen dazu in Beziehung setzt, gewinnt man auch sehr interessante Erkenntnisse. 72,4 Prozent kommen wieder aus diesen Pensionsversicherungsträgern der Selbständigen und der Unselbständigen und 16,2 Prozent aus den Gebietskörperschaften. Das allein zeigt die Dimension der Zahlung der Pensionen, das Aufkommen der Beiträge. Das Wachstum der Pensionen ist ständig steigend. Wenn man jetzt nur den Bereich ASVG nimmt, ist gegenüber 1988/89 eine Steigerung um zusätzliche 18.000 Pensionen festzustellen. Und es ist höchst interessant, dabei festzustellen, daß 64 Prozent davon Frauen sind, die Pensionsbezieher sind. Wenn man die Schichtung, die Aufteilung der Pensionen nimmt, so sind es um 47 Prozent Alterspensionen, 22 Prozent Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspensionen und 31 Prozent Hinterbliebenenpensionen. In diesem Zusammenhang sollte auch dargestellt werden, daß rund 200.000 Mehrfachpensionsbezieher existieren. Die Höhe der Pensionen, ein sehr aktuelles Thema, die Durchschnittspensionen insgesamt berechnet, über die Pensionsträger ohne die Gebietskörperschaften, 7100 Schilling, die Alterspension 8684 Schil-

ling, eine Steigerung übrigens um 3,4 Prozent gegenüber 1988, bei den Berufsunfähigkeitspensionen immer noch im ASVG 7154 Schilling, eine Steigerung von 3,7 Prozent, und bei den Witwenpensionen 5033 Schilling wieder eine Steigerung um 3,4 Prozent. Bei den Selbständigen ist die durchschnittliche Pension heute, also 1989, 31. Dezember, 5643 Schilling und eine Steigerung von 3,9 Prozent, also günstiger als im ASVG. Bei der Alterspension 7039, auch eine bessere Steigerung, 4,1 Prozent, bei den Berufsunfähigkeitspensionen 4988 Schilling und bei den Witwenpensionen 4469 Schilling.

Wenn man also die Pensionen hinsichtlich des Anfalles untersucht, stellt man fest, daß rund 77 Prozent aller Pensionen vorzeitige Pensionen sind. Davon ist bei den Zugängen etwa folgendes auszuweisen: Hinterbliebenenpensionen 32.000 Schilling, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen 30.000 Schilling, vorzeitige Alterspensionen 27.000 Schilling und Alterspensionen 15.000 Schilling.

Ich habe ganz bewußt diese Fülle von Zahlen dargestellt, weil man damit einen Überblick bekommt über die Unterschiedlichkeit der Pensionen und natürlich automatisch über die Unterschiedlichkeit der anfallenden Kosten. Die Kostenverteilung, wenn man also das Beitragsaufkommen noch einmal in Beziehung setzt, ist auch eine sehr interessante. Während nun zusammengefaßt jetzt bei den unselbständig Erwerbstätigen die Zuzahlung rund 20 Prozent ausmacht, ist es bei den selbständig erwerbstätigen Bauerngewerbetreibenden genau umgekehrt, genau seitenverkehrt. Hier wird etwa ein Fünftel etwa an Zuzahlung gefordert. Das sollte man wissen, wenn man sich mit der aktuellen Situation, wenn man so will, mit der zur Stunde beschäftigt. Es wird nämlich heute entschieden werden oder zumindest im Grundsatz festgelegt werden, ob die Ruhensbestimmungen aufgehoben werden. Wir wissen, daß zufolge eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes die Ruhensbestimmungen bei den Beamten aufgehoben wurden, und wir müßten normalerweise und wir sollten davon ausgehen, daß auch diese Ruhensbestimmungen aufgehoben werden bei den unselbständig Erwerbstätigen. Und wir wissen, daß damit beträchtliche Kosten verbunden sein werden. Aber wenn man eine gerechte Verteilung der Lasten oder umgekehrt dargestellt, ein gerechtes System in der Pensionsversicherung tatsächlich herbeiführen will, dann muß man akzeptieren, daß auch in diesem Bereich eine Entscheidung durch das Höchstgericht wahrscheinlich ergehen wird und daß diese Entscheidung anzuerkennen wäre. Noch gravierender ist es, wenn man diese Frage verbindet mit der Unterschiedlichkeit beim Pensionsanfallsalter. Wir wissen, daß hier ein Unterschied zwischen Frauen und Männern von fünf Jahren für die vorzeitige und für die Alterspension gegeben ist. Und hier würde man, wenn man auch dieses Erkenntnis bereits vorwegnimmt, eine sehr unterschiedliche Kostensituation vorfinden. Geht man davon aus, daß wir uns dazu bekennen – und das sollten wir –, daß die Unterschiedlichkeit dieses Pensionsanfallsalters aufrecht bleibt, weil wir davon auszugehen haben, daß die Belastungen einer Frau einfach hier eine Abgeltung zu finden haben, dann werden zusätzliche Kosten errechnet in der Größenordnung von 11 Milliarden Schilling. Umgekehrt

dargestellt, würde man eine Anpassung an das Pensionsalter der Männer vornehmen, dann würde ein Ersparnis im ASVG von 20 Milliarden Schilling vorliegen. Man sieht also die gewaltige Dimension, und dennoch meine ich und möchte es darstellen, und daher auch meine Wortmeldung, wir sollten uns dazu bekennen, daß diese Fragen so geklärt werden müssen, daß bei den Ruhensbestimmungen eine Angleichung an die Pensionen der Beamten erfolgt und daß beim Pensionsalter diese Unterschiedlichkeit auch weiterhin aufrecht bleibt. Und es gibt ja eine aktuelle Diskussion, die auch im Zusammenhang steht mit den Regierungsverhandlungen zwischen den beiden großen Parteien, die eine Koalition bilden. Und auch hier sollten wir einbringen und müssen wir einbringen, daß schrittweise vom Staat her vorzusorgen ist, daß diese Unterschiedlichkeit der Pensionssysteme, aller Pensionssysteme, aufgehoben werden soll. Wir stellen uns das so vor, daß nicht jetzt eine Anpassung der Beamten oder der Pensionisten der Gebietskörperschaften hin zum ASVG erfolgt, sondern umgekehrt, daß bei allen Pensionsversicherungssystemen, die außerhalb der Gebietskörperschaften liegen, eine Anpassung hin zu diesem System erfolgt, wenn uns auch bewußt ist, daß das nur langfristig überhaupt möglich sein wird. Die ersten Schritte dazu sollten sein, daß bei der Durchrechnung, bei der Berechnung der Pensionsversicherung ein Durchrechnungszeitraum der 15 besten Jahre genommen werden soll und damit ein erster, ganz beträchtlicher Schritt dazu bereits gesetzt werden könnte und daß darüber hinaus auch nach bereits 35 Dienstjahren, vergleichbar bei den Beamten, die maximale Pension, heute nach dem ASVG 79,5 Prozent, erreicht werden müßte. Ich weiß, was ich sage. Ich weiß um die Dimension der Kosten, aber ich glaube, daß die Diskussion in unserem Staate eben so zu führen ist, daß diese Unterschiedlichkeit nicht mehr akzeptiert werden kann.

Vielleicht ein weiteres Beispiel: (Abg. Grillitsch: „Auch die Selbständigen!“) Kollege Grillitsch, ich sagte, alle außerhalb der Gebietskörperschaften, das heißt, außerhalb der Pensionen, das ist natürlich nach dem ASVG, nach dem Sozialversicherungsrecht der Bauern, der gewerblich Selbständigen und, und, und. Und ich weiß um die Kostendimension.

Aber auch die Unterschiedlichkeit noch von einer anderen Seite her betrachtet: Wir werden also eine überdurchschnittliche Anpassung mit 1. Jänner 1991 von 5 Prozent haben, also über das Pensionsanpassungsgesetz 1966 nach dem ASVG hinaus. Dennoch aber wird es wieder bei den Pensionisten der Gebietskörperschaften, also Bund, Länder und Gemeinden, eine Pensionserhöhung von 5,9 Prozent geben, weil die immer an die Aktiveinkommen gebunden sind. Auch hier wird schrittweise eine Veränderung erfolgen müssen, daß diese unterschiedliche dynamische Weiterentwicklung der Pensionen tatsächlich ausgeschaltet wird, daß es zu einer gleichmäßigen Behandlung aller Pensionisten in unserem Staate kommt, und man kann – das möchte ich zum Schluß festhalten –, meine Damen und Herren, nur unterstreichen, was auch der Präsident unseres Hohen Hauses gefordert hat, daß auch die Mindestpensionen angehoben werden müssen auf einen vernünftigen Wert einer Pensionshöhe mit einer Pension, mit der man dann auch leben kann, die umgesetzt werden muß.

Ich weiß, daß diese Forderungen, die hier gestellt und erhoben werden, Forderungen sind, die gigantische Kosten erfordern. Wir glauben aber, daß der Staat dazu verhalten sein muß, diese Mittel für die Pensionisten aufzubringen. Und wir gehen zumindest für den Bereich der unselbständig Erwerbstätigen davon aus, daß jene Voraussetzungen, die ursprünglich beim Entstehen des Pensionsversicherungsrechtes vereinbart wurden, nämlich ein Drittel Zuzahlung des Staates zumindest bis zum heutigen Tage, noch immer nicht erfüllt wurden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – Abg. Grillitsch: „Du hast heute wie ein ÖVP-Abgeordneter geredet!“ – 12.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schrammel das Wort.

Abg. Schrammel (12.14 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gleich anknüpfend an die Wortmeldung des Kollegen Rainer möchte ich um eines bitten: Es wäre sicher der schlechteste Dienst, den wir unseren Pensionisten und überhaupt den Menschen in Österreich erweisen, wenn wir die Verunsicherung schüren, ob das Halbwahrheiten oder gut gemeinte Vorschläge sind. Ich bekenne mich ganz und gar auch zur Forderung der Mindestpension. Und wenn unser Vizekanzler Riegler die 7500 Schilling als Mindestpension verlangt hat, müßte das zuerst einmal klargestellt werden, und hier dürfte jetzt nicht, wie das bei den Koalitionsverhandlungen leider passiert ist, schon wieder den Pensionisten vorgerechnet werden, wie viele Milliarden das pro Jahr kostet, sondern selbstverständlich wird das etwas kosten für Menschen, die ihr Leben lang gedient und gearbeitet und diese Zweite Republik aufgebaut haben. Und das ist jene Generation, die nach dem Krieg die Zweite Republik aus dem Trümmerhaufen aufgebaut hat. Hier dürfte man sicher nicht differenzieren. Und Kollege Rainer, ich habe aus deiner Wortmeldung die Kritik herausgehört, daß es Berufsgruppen gibt, die weniger Beiträge bezahlen und vom Staat einen weit höheren Anteil an Zuschüssen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen erhalten. (Abg. Rainer: „Das war eine sachliche Feststellung, völlig unkritisch dargestellt!“) Eben, weil es eine sachliche Feststellung ist und weil ich diese Feststellung bei der Veranstaltung in Fürstenfeld, wo du auch zugegen warst, auch von einem Gewerkschaftssekretär hören mußte und hier noch genauer und deutlicher das ausgesprochen wurde, möchte ich das zum Anlaß nehmen, daß ich das entschieden zurückweise, daß beispielsweise den Bauern und Gewerbetreibenden vorgeworfen wird, daß sie zuwenig an Beiträgen bezahlen und ihre Pensionsleistungen von seiten des Bundes zu hoch bemessen sind. Das werden sich diese Berufsgruppen nicht gefallen lassen, und das werden sich diese Pensionisten aus diesen selbständig erwerbstätigen Berufsgruppen auch nicht bieten lassen, und zwar deshalb nicht, weil das auch gesetzlich geregelt ist. Das hat auch seine Gründe. Wenn in der gewerblichen Wirtschaft, wenn in der Landwirtschaft der Anteil der Pensionisten schon größer ist wie der Anteil der Beitragszahler, dann hat das auch seine Begründung in der Beitragsleistung. Und daher muß das auch verstanden werden. Kinder, die aus der

Landwirtschaft in die unselbständig erwerbstätigen Berufe abwandern, zahlen ja in diese Bereiche der Sozialversicherung ihre Beiträge. Ich möchte daher bitten, daß wir sehr sorgsam hier gerade mit den gut gemeinten oder auch verstärkt gemeinten Reformvorschlägen zu den Pensionen umgehen, denn es betrifft viele unserer Menschen.

Wir haben sozialrechtliche Sicherstellungen auf Bundesebene und auf Landesebene. Wir bekennen uns zum Sozialstaat. Wir sind sehr froh, daß wir über die vielen Novellen so manche Verbesserungen erreichen konnten. Die Menschen haben diese Verbesserungen in Anspruch nehmen können. Sie haben damit viel erreicht. Sie haben aber meiner Meinung nach auch so manches verloren, was sie früher mit einer Selbstverständlichkeit hatten, nämlich die Mitmenschlichkeit, die Geborgenheit, die überschaubaren Lebensverhältnisse, eine echte Nachbarschaftshilfe und so manches dergleichen, was noch aufgezählt werden müßte. All diese Dinge erfordern daher, daß über Sozialgesetze des Bundes und über die Sozialhilfe des Landes dann wieder ausgeglichen werden muß. Und ich danke allen, die mitgeholfen haben, bis zum Steuerzahler, daß diese Besserstellungen gesetzlich durchgesetzt werden konnten und dann auch finanziert werden konnten. Etwas Besonderes: Es gibt für den Beruf der Bäuerin noch immer keine eigene Bäuerinnenpension. Dazu zähle ich auch die Mütter, die nicht berufstätig sind, Hausfrauen, die mit einer Selbstverständlichkeit natürlich auch eine Arbeit verrichten. Es muß daher unser gemeinsames Ziel sein, daß über die Anrechnung der Kindererziehung für die Mütter und Hausfrauen, und dazu zähle ich auch die Bäuerinnen und die Frauen der gewerblichen Wirtschaft, ein eigenes Pensionsrecht aufgebaut werden kann. Ein Zweites ist noch, und hier speziell für den bäuerlichen Bereich, die Aufhebung des 20prozentigen Selbstbehaltes bei Krankenhausaufenthalten. Es ist höchst ungerecht, wenn meinetwegen ein gut verdienender Landes- oder Bundesbeamter oder einer aus anderen Berufen bei einem Spitalsaufenthalt natürlich nichts bezahlt. Außer seine Beiträge, die er über seine Krankenversicherung entrichtet. Während in der Landwirtschaft der Bauer für die ersten 28 Tage einen Selbstbehalt von nicht weniger als 20 Prozent zu entrichten hat, und das ist in vielen Fällen beim Bauernpensionisten fast oder ohnedies die ganze Bauernpension, die er im Monat zugesprochen bekommt.

Ein Zweites noch, eine Verbesserung bei der Ausgedingsanrechnung in der Landwirtschaft. Ich halte das für äußerst ungerecht, daß beispielsweise dadurch den Bauern die Pension gekürzt wird, daß das Ausgedinge, die freie Station, von der Pension und von der Pensionsbemessungsgrundlage mit 35 Prozent abgerechnet wird und damit seine Pension um diesen Prozentsatz gekürzt wird. Und einen Bereich noch, den ich zum Schluß herausgreifen möchte, der die Sozialhilfe im Land Steiermark betrifft, die Hauskrankenpflege und die Altenpflege. Herr Landesrat Tschernitz als Zuständiger für die Altenhilfe und Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth als zuständiger Referent für die Hauskrankenpflege: Wir bemühen uns in den ländlichen Bereichen, die Familien soweit noch intakt zu halten, daß der alte Mensch mit einer Selbstverständlichkeit, der Vater und die Mutter im Haushalt

verbleiben können. Es gibt hier natürlich auch hin und wieder Schwierigkeiten, auch finanzielle Schwierigkeiten. Es soll aber hingenommen werden, daß, wenn eben nicht jeder in das Altenheim gehen kann oder nicht in das Altenheim gehen will, daß Leistungen der Hauskrankenpflege und der Altenpflege auch abgegolten werden sollen. Ich freue mich, daß wir als Einrichtungen, die mehr oder weniger freiwillig tätig sind, Sozial- und Krankenstationen in der Steiermark tätig haben, die vorbildlich sind. Und der Herr Landesrat Tschernitz war auch bei einer Veranstaltung in Fürstenfeld, wo die zuständige Gesundheits- und Sozialstation bei einer Benefizveranstaltung versucht hat – und das ist auch gelungen –, einen finanziellen Beitrag hereinzuwirtschaften. Wenn dort Männer und Frauen, vor allem Frauen, völlig uneigennützig fast zur Gänze bis auf die zwei Diplomkrankenschwestern und einige andere Hilfskräfte uneigennützig, ohne jegliche Entschädigung tätig sind, soll auch bei einer Landtagsdebatte diesen Damen und Herren, die in diesen Sozialstationen in der Steiermark tätig sind, der Dank ausgesprochen werden. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 12.25 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schrittwieser das Wort.

Abg. Schrittwieser (12.25 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich glaube, eine Sozialdebatte kann heute nicht geführt werden, wenn wir nicht zu der sehr wichtigen Frage der Flüchtlinge Stellung beziehen. Ich möchte auch vorweg eine Bemerkung machen, daß ich nichts davon halte, wenn Landeshauptleute in der Öffentlichkeit bei einer so sensiblen Frage gleich zu Beginn einer Zuwanderungs- oder Flüchtlingsbewegung – und ich meine den Herrn Landeshauptmann Häider – Fremdenhaß schüren. Ich glaube auch, daß in der Vergangenheit eine Diskussion geführt wurde darüber in der breiten Öffentlichkeit, daß die Berliner Mauer fallen soll, daß der Stacheldraht abgerissen werden soll, und daß es von diesem Personenkreis heute wieder viele gibt, die jetzt mit dem Ergebnis dieses Wunsches nichts anfangen können und heute dagegen auftreten, daß diese Flüchtlinge oder Zuwanderer nach Österreich kommen. Und so hat es in den letzten Wochen und Monaten in den politischen Parteien in Österreich, aber auch in der breiten Öffentlichkeit, große Diskussionen gegeben. Im Jahr 1989 haben 16.230 und 1990 von Jänner bis Oktober 20.084, davon 11.512 Rumänen, um Asyl in Österreich ange-sucht. Von den 20.084 Flüchtlingen wurden 3112 Flüchtlinge, das sind 17,25 Prozent, aufgeteilt auf 84 Orte, in der Steiermark untergebracht. Von den Asylwerbern stammen 1990 14.018, das sind rund 70 Prozent, aus den osteuropäischen Staaten und rund 6000, das sind 30 Prozent, aus der Dritten Welt. Nach Abschluß des Feststellungsverfahrens wurden in den Monaten Jänner bis Oktober 1990 747 Personen, das sind knapp 7 Prozent der in diesem Zeitraum abgeschlossenen Feststellungsverfahren, als Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention anerkannt. Österreich ist ein traditionelles Asylland für politische Flüchtlinge und muß es auch bleiben. Für die Steiermark ist zu

sagen, daß wir unseren Flüchtlingsanteil im Vergleich zu anderen Bundesländern erfüllt haben. Es ist allerdings zu kritisieren, daß die Asylanten in sehr entlegenen Orten untergebracht werden, wo sie weder eine Chance auf einen Arbeitsplatz noch auf eine Wohnung haben, und die sprachlichen Schwierigkeiten, Kollege Dr. Lopatka, machen es für die Betroffenen noch viel schlimmer.

Ich möchte zwischendurch eine Bemerkung machen: Kollege Dr. Lopatka, du wärest gut beraten, diese so sensible Frage nicht zu einer politischen Frage zu machen, weil ich glaube, daß wir dieses Problem nicht lösen können, indem wir uns gegenseitig Vorhaltungen machen, sondern ich glaube, wir müssen gemeinsam dieses Problem angehen, und ich werde noch besonders darauf eingehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Löschnak hätte schon längst etwas tun können!“) Horchen Sie mir zu, meine Damen und Herren, ich werde Ihnen meine Gedanken dazu darbieten. Wenn du mich unterbrichst, kann ich meine Zeit nicht einhalten!

Seitens des Landes Steiermark ist daran gedacht, einvernehmlich mit den Bezirkshauptmannschaften einen landesinternen Verteilerschlüssel auszuarbeiten, nach dem die Asylwerber für alle Bezirke gleichmäßig aufgeteilt werden. Dieser Schlüssel wird nach Bevölkerungszahl, Arbeitsplatzangebot, vorgemerkten Stellensuchenden und anderen Bedürfnissen erstellt werden. Um eine Koordinierung der bereits bestehenden und künftig einzurichtenden Tätigkeiten der Behörden und privaten Organisationen zu ermöglichen, wurde von Herrn Landesrat Tschernitz eine Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlingsbetreuung mit der Geschäftsstelle bei der Rechtsabteilung 9 installiert. Eine optimale und flexible Betreuung der Asylwerber ist jedoch nur möglich, wenn private Träger gebeten werden, mitzutun. Es wurde daher die Caritas, die über langjährige Erfahrung in Flüchtlingsfragen verfügt, als Koordinierungs- und Kontaktstelle für alle anderen privaten Organisationen eingerichtet. Dadurch besteht die Möglichkeit, über die steirischen Pfarren ein lückenloses Informations- und Verteilungsnetz aufzubauen.

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Flüchtlingssituation in der Steiermark sagen: Ich möchte vorerst festhalten, daß Österreich, um in Zukunft die Flüchtlingssituation überhaupt bewältigen zu können, vor unseren Grenzen – das heißt, Hilfe im Herkunftsland gewähren muß, um damit die Zahl der Flüchtlinge beziehungsweise der Zuwanderer zu verringern. Wir müssen trotzdem davon ausgehen, daß sich in den nächsten Jahren die Zahl der nach Österreich kommenden Flüchtlinge und ausländischen Staatsbürger erhöhen wird. Gründe dafür sind die politische Entwicklung in den osteuropäischen Staaten, die zunehmende politische und gesellschaftliche Integration Europas und der Umstand, daß der Ausländeranteil in Österreich niedriger ist als in vergleichbaren Ländern. Bei dieser Entwicklung handelt es sich nicht nur um Flüchtlingsströme, sondern um eine für unser Jahrzehnt typische Wanderungsbewegung. In einer Zeit, in der Informationen, Kapital, Investitionen, Güter und Dienstleistungen in Europa alle Grenzen überschreiten, ist es nur konsequent, daß Menschen auf der Suche nach besseren Arbeitsplätzen und Lebensancen in andere Staaten gehen. Die Völkerwanderung,

der wir uns derzeit gegenübersehen, ist auch kein neues Phänomen in der Geschichte unseres Landes. Hier kann nicht nur auf die Zuwanderung aus dem osteuropäischen Raum in den letzten Jahrzehnten der Monarchie, sondern auch darauf hingewiesen werden, daß Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg 2 Millionen Flüchtlinge aufgenommen hat, von denen immerhin 600.000 im Land geblieben sind. In den nächsten Jahren ist sicher mit einer weiteren Zuwanderung aus den osteuropäischen Ländern zu rechnen.

Nach der derzeit starken Welle der Auswanderung aus Rumänien muß sich eine vorausschauende Planung auf eine ähnliche Entwicklung in der Sowjetunion einstellen. Der Einwanderungsdruck aus den Staaten der Dritten Welt wird weiterhin so wie in den letzten Jahren anhalten, wobei bei diesem Personenkreis der Anteil der Konventionsflüchtlinge überdurchschnittlich hoch ist und die Probleme der Integration besonders groß sind. Wir müssen daher gemeinsame Lösungen suchen. Die Bewältigung der Wanderungsbewegung ist nicht nur ein Problem des Staates. Auch die Länder müssen mithelfen. Und ich darf Ihnen nur die Anzahl der Asylanten in den einzelnen Bundesländern vor Augen führen: Tirol hat 67 Asylanten, Kärnten 241, Salzburg 340, Oberösterreich 4320, Burgenland 1102, Niederösterreich 8935, Wien 974, Steiermark habe ich schon erwähnt und bei Vorarlberg liegen keine Daten vor. Die Bewältigung kann nur gelingen, wenn die gesamte Gesellschaft die Bemühungen trägt und mithilft. In diesem Zusammenhang kommt den Massenmedien, meine Damen und Herren, bei der Entwicklung der öffentlichen Meinung, den konfessionell, weltanschaulich und humanitär motivierten Hilfsorganisationen bei der Betreuung, den örtlichen Gemeinschaften und den politischen Organisationen bei der sozialen Integration und den Sozialpartnern bei der beruflichen Integration eine entscheidende Rolle zu. Die staatlichen Stellen sollen auf der Basis gleichberechtigter Partnerschaft mit ihnen die Politik formulieren, die Lasten und die Verantwortung tragen. Vor allem den Massenmedien kommt hier eine besondere Verantwortung zu: Sie dürfen ihre Macht nicht dazu mißbrauchen, Angst zu erzeugen, mit übertriebenen Berichten Fremdenfeindlichkeit zu schüren oder Konflikte im Zusammenhang mit Unterbringung und Integration zu eskalieren. Sie sollten andererseits aber auch nicht übertriebene Hoffnungen in die Integrationskapazitäten unseres Landes erwecken, zu deren Erfüllung sie selbst nichts beitragen können. Wir müssen eine nationale Integrationsstrategie entwickeln, in die neben dem Innen- und dem Sozialressort auch das Unterrichts-, das Wirtschafts- und das Außenministerium, die Länder und die großen gesellschaftlichen Organisationen eingebunden werden müssen. Angesichts der internationalen Dimensionen des Problems sind auch nationale Lösungen nur ein Stückwerk. Wir werden uns daher um Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit, vor allem mit der Bundesrepublik, der Schweiz, Ungarn und Jugoslawien, und um eine europäische Initiative bemühen müssen. Bei allen Maßnahmen geht es auch darum, die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik nicht zum Gegenstand von parteipolitischen Auseinandersetzungen, Kollege Dr. Lopatka, werden zu lassen, sondern auf einem nationalen Konsens aufzubauen. (Abg. Dr. Lopatka: „Sollen wir zuschauen, wenn der zustän-

dige Minister nichts macht?“) Dabei muß aber auch klar sein, daß das gesellschaftliche Bewußtsein in der Frage der Ausländerpolitik von einem einzelnen Ressortminister weder geprägt noch gesteuert werden soll und kann. Es ist Resultat der Informationspolitik der Massenmedien, der gesellschaftlichen Organisationen und aller Träger politischen Willens, die hier zusammenwirken müssen, um ausländerfeindlichen Emotionen gemeinsam entgegenzutreten. Die Flüchtlingspolitik muß im Rahmen eines breiten politischen Konzeptes erfolgen. Österreich hat sich Flüchtlingen gegenüber immer aufgeschlossen gezeigt und im Rahmen seiner Möglichkeiten immer wieder die helfende Hand ausgestreckt. Auch die derzeitige Situation gibt keinen Grund, meine Damen und Herren, davon abzugehen. Zu einer Politik, die sich als offene Asylpolitik versteht, gehört auch, Zuflucht und Durchreise zu ermöglichen. Die österreichische Bevölkerung hat in der Vergangenheit wiederholt bewiesen, zu welch großen Leistungen sie auf diesem Gebiet fähig ist. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sich diese Hilfsbereitschaft grundsätzlich ändert. Es liegt an den Verantwortlichen, die Flüchtlingspolitik verständlich zu machen, da der Ungeist des Fremdenhasses noch immer vorhanden ist. Dies ist auch eine wichtige Aufgabe im Zuge der europäischen Integration und eines Europa der offenen Grenzen. Wir müssen uns der Herausforderung stellen, daß Österreich auch weiterhin als Tor zur Freiheit weltweite Achtung und Anerkennung findet. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 12.39 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile noch dem Herrn Abgeordneten Prutsch Günther das Wort vor der Mittagspause.

Abg. Günther Prutsch (12.39 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren!

Natürlich als letzter Redner vor der Mittagspause, aber auch aus innerer Überzeugung, werde ich mich kurz fassen.

Einleitend möchte ich betonen, daß für mich in der Ausländerfrage humanitäre Inhalte vorrangige Bedeutung haben, und dazu ein Wort von Christian Broda, zu dem ich mich bekenne: „Am demokratischen System erkennt man, welchen Stellenwert ein Ausländer oder Asylant in der Gesellschaft hat“. Bei der Betrachtung des Problems der Ausländerbeschäftigung muß man meiner Meinung nach drei Gruppen unterscheiden:

Erstens Einwanderer, Menschen, die nach Österreich kommen wollen und hier verbleiben möchten; zweitens Asylwerber, die bereits im Lande sind, und drittens Gastarbeiter, die laufend neu in das Land geholt werden.

Alle Integrationsbemühungen hängen letztlich von der Bereitschaft der österreichischen Bevölkerung ab, Ausländer als gleichberechtigte Partner in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu akzeptieren. Und hier möchte ich Sozialminister Gepfert zitieren: „Eine sozialverantwortliche Ausländerbeschäftigungspolitik muß vermeintliche und natürlich auch tatsächliche Konkurrenzsituationen, vor allem in bezug auf Arbeitsplätze, vermindern.“ Vorgänge am Arbeitsmarkt, wie wir sie in den letzten Wochen und Monaten vorfinden, können nicht weiter in dieser Form

hingenommen werden. Niemand von uns kann, wenn er eine verantwortungsvolle Politik machen möchte, die Arbeitskräfterotation, den Ersatz älterer und damit natürlich auch kostenintensiverer Arbeitnehmer durch neu hereingeholte billige Gastarbeiter, länger hinnehmen. Ich verweise auf die Arbeitsmarktdaten Steiermark Ende Oktober 1990 im Vergleich zum Oktober 1989. Die Zunahme der Zahl der Beschäftigten betrug in diesem Zeitraum 2,2 Prozent, darunter Ausländerzunahme um 92,9 Prozent. Aber die Zahl der arbeitslosen Ausländer hat im selben Zeitraum um sage und schreibe 274,5 Prozent zugenommen. (Abg. Ing. Stoisser: „Wo sind die absoluten Zahlen?“) Meine Damen und Herren, dieser Verdrängungsprozeß trifft nicht nur Ausländer, sondern auch Inländer und führt damit zu Spannungen, die große Gefahren einer Radikalisierung mit sich bringen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Das zeigt die Unfähigkeit der Arbeitsmarktverwaltung auf!“) Herr Kollege, Sie können sich diese Äußerungen sparen, weil der Krampustag ist bereits vorüber. Auch diese Aspekte müssen wir schon in die Gesamtbetrachtung miteinbeziehen. Und ich warne nochmals davor, daß durch diese Radikalisierung die jetzt schon vorhandenen guten humanitären Ansätze zerstört werden und dann letztlich nichts mehr geht. Verehrte Damen und Herren, die Integration der bereits im Lande befindlichen Ausländer muß Vorrang haben. Natürlich auch unter Bedachtnahme der regionalen Arbeitsmarktsituation. Mir ist klar, daß es dabei große Probleme mit der Qualifikation der Menschen und vor allem mit den mangelnden Sprachkenntnissen gibt. Diese Probleme sind mit gemeinsamen Anstrengungen sicher zu lösen. Gelöst muß aber auch die regionale Aufteilung der Asylanten werden. Und zum Schluß muß ich betonen: Eines darf nicht geschehen, daß nämlich humanitäre regionalpolitische, staatspolitische, arbeitsmarktpolitische und lohnpolitische Aspekte betrieblichen Einzelinteressen unterworfen werden. Das wäre nämlich für alle die schlechteste Lösung. (Beifall bei der SPÖ. – 12.45 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich unterbreche die Sitzung bis 13.45 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 12.45 Uhr. – Wiederaufnahme um 13.50 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Wir setzen mit der Debatte fort. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

Abg. Dr. Hirschmann (13.50 Uhr): Verehrte Frau Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Ich muß mich im vorhinein entschuldigen. Ich werde etwas länger sprechen, aber nur einmal in diesen drei Tagen. Wir führen drei Tage heftige Debatten über die Zukunft unseres Landes, über Chancen, Gefährdungen, Sorgen und Hoffnungen. Bei allen drängenden eigenen Herausforderungen dürfen wir den Blick über die Grenzen nicht vergessen, das Augenmaß nicht verlieren im Hinblick auf die Relativität der Sorgen unserer fast heilen Welt, gemessen an der Wucht der Not rings um uns, im Osten unseres Kontinents oder gar im Süden unserer Erdkugel. Wir Steirer, wir Österreicher gehören heute, 45 Jahre nach den grauenhaften Ereignissen des Zweiten Weltkrieges, zu den absolut reichsten Ländern der Welt.

Das letzte Jahrzehnt des zur Neige gehenden Jahrhunderts wird von uns Österreichern, Mittel- und Westeuropäern mehr denn je nicht nur unsere internationale umweltpolitische, sondern auch unsere internationale soziale Verantwortung einmahnen. Nun ist der Menschheit im Jahre 1989, also vor einem Jahr, ein Wunder geschenkt worden, plötzlich fallen unmenschliche Mauern und brutale Regime, es wurde gestern angesprochen von Reinhold Purr, die als unüberwindbar galten. Jahrzehntelang hat fast die ganze Welt wertvollste geistige und materielle Ressourcen in eine wahnsinnige Rüstungsmaschinerie verpulvert, um sich gegenseitig im wahrsten Sinne des Wortes Schach matt zu halten. Rund 1000 Milliarden Dollar waren es zuletzt jährlich, mit einem Bruchteil davon könnten weltweit Hunger und bitterste existenzielle Not beseitigt werden und so eine großangelegte und die so notwendige Umweltreparatur in die Wege geleitet werden. Ich frage uns alle, erkennen wir eigentlich die Chance der Stunde nicht, können wir echte Opfer wirklich nur für Kriege, für Raketen, Bomben und nach Katastrophen bringen, sind wir alle unfähig, in den sozialen Frieden, zur Beseitigung von Unrecht, Not und Elend und damit in eine friedvolle Welt gleichwohl zu investieren?

Europa 1989 war ein Kontinent in einem Freudentaumel, gerührte Herzen, glänzende Augen, wir alle waren fassungslos. Ein Jahr später herrscht weithin – sieht man von der historischen und von Helmut Kohl entschieden ergriffenen Glücksstunde bei unseren deutschen Nachbarn ab – bei uns wie in vielen anderen Ländern des reichen Westens Bestürzung, Sorge und Angst darüber, daß die nicht endlich bleiben, wo sie waren. Es haben – glaube ich – heute einige Kollegen dazu schon Stellung genommen.

Meine verehrten Damen und Herren! Zum Europa der Völker, zu der einen Welt des Friedens ist offenbar noch ein weiter Weg. Was ist aber in der Zwischenzeit passiert? Nein, wir Österreicher sind ein Land hilfsbereiter Menschen, wir haben ein bestimmt nicht nur im Wienerlied besungenes goldenes oder gutes Herz. Gerade in unserer Steiermark hat vor einem Jahr eine Welle von Hilfsbereitschaft viele Tausende mitgerissen. Unser Landeshauptmann konnte sich mit dem Landesrat Dr. Dieter Strenitz vor einigen Tagen bei einem tief beeindruckenden Besuch in Rumänien vor Ort überzeugen, wie viele unserer Landsleute meistens – muß man dazusagen – im stillen und ohne öffentliches Rampenlicht zu geben bereit waren. Über die Koordinierungsstelle des Landes Steiermark für die Rumänienhilfe waren bis heute 145 Organisationen mit über 3000 Mitarbeitern im Rahmen dieser Hilfsaktion tätig. Bis dato wurden 13.000 Tonnen an Hilfsgütern im Gesamtwert von mehr als 100 Millionen Schilling nach Rumänien gebracht. Ich und wir alle wollen besonders danken in diesem Rahmen der Caritas, dem Alpenländischen Kulturverband Südmark, dem Roten Kreuz, der freiwilligen Feuerwehr, der Volkshilfe, dem Kameradschaftsbund, dem Josef-Krainer-Haus und auch unserem hier anwesenden Kollegen Dr. Reinhold Lopatka, vielen Gemeinden, Pfarrgruppen sowie anderen ungenannten und vielen öffentlich unbekanntenen Personen. Auch das Land Steiermark hat über Antrag von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer im Jänner dieses Jahres eine Spende für Rumänien in der Höhe von 2 Millionen Schilling beschlossen.

Nun, meine Damen und Herren, wer sich umhört im Lande, diese Hilfsbereitschaft steht scheinbar in einem krassen Widerspruch zur öffentlichen Stimmung der letzten Monate und des staatlichen Handelns in der Flüchtlingsfrage. Es ist schon klar, daß Österreich nicht allein das Flüchtlingsproblem Europas lösen kann und daß wir nicht allein den Osten retten können, aber ein spürbarer, ich sage, ein spürbarer Beitrag wird uns doch abzurufen sein. Es geht zunächst nicht um unser Image im Ausland – die anderen haben die gleichen Probleme –, sondern eher darum, daß wir uns in eine unwürdige Stimmung manövrieren lassen, die uns einfach nicht gerecht wird. Ich glaube nämlich, daß die Mehrheit dieses Landes anders denkt. Diese Stimmung wurde erzeugt durch ein – ich sage das ganz offen, es trifft uns auch selber in unterschiedlichem Maße – breites Versagen von Politik, auch von den österreichischen Medien. Und ich möchte mit Respekt einige Ausnahmen hervorheben, wie die „Kleine Zeitung“ dieses Landes und auch die „Neue Zeit“. Sie waren einige wenige unter den österreichischen Medien, die sich hier anders benommen haben, wie auch Versagen von erzieherischen Instanzen, wer immer sich davon angesprochen fühlen mag.

Sagen wir es ganz offen, wir sind einer ziemlichen oder völligen Konzeptlosigkeit und Hilflosigkeit in dieser Frage anheimgefallen. Ich sage auch dazu, es wäre zu billig, die Fehler nur bei Minister Löschnak zu suchen, der freilich auch ein Opfer seiner Parteigenossen Cap und Marizzi wurde, es wäre zu billig. Denn außer, wenn ich das richtig verfolgt habe, von den Landeshauptleuten von Steiermark, Niederösterreich, Oberösterreich und Burgenland hat Minister Löschnak wenig, viel zu wenig hilfreiche Unterstützung erfahren. Ich meine, jetzt ist es vordringlich notwendig, zunächst der geschürten Hysterie entgegenzutreten, richtige Fragen zu stellen und auch zu versuchen, diese Fragen zu beantworten. Ich möchte nicht nur eines Gags halber, sondern ernsthaft drei Fragen auch an den Zentralsekretär Dr. Cap stellen, der hier für viele auch parteiübergreifend steht. Wäre Dr. Kreisky noch am Leben, würde er dem Dr. Cap wahrscheinlich raten, zunächst einmal Geschichte zu lernen. Denn gerade unser Land, liebe Freunde und verehrte Damen und Herren, war doch lange Zeit der Schmelztiegel Europas, und das ist ihm nicht schlecht bekommen. Wien zum Beispiel war um die Jahrhundertwende die europäische Metropole, weil es sich zu einem Zentrum von Künstlern, Händlern und Intellektuellen verschiedenster Herkunft entwickelt hatte. Und ich habe mir das herausgeschrieben. Ich habe das auch nicht gewußt. Aber es ist wichtig, glaube ich, für unsere momentane Situation. Ich weiß, daß es gerade in der Wiener SPÖ hier wohlthuende andere Ansichten gibt. Die Einwohnerzahl in Wien stieg in einem Zeitraum von nur 30 Jahren von 726.000 im vorigen Jahrhundert auf über zwei Millionen. 325.000 Zuwanderer kamen aus Böhmen und Mähren, 150.000 aus Ungarn, 50.000, lieber Franz, aus Galizien. Der Wiener Bezirk Favoriten war zeitweise, wie wir wissen, zweitgrößte tschechische Stadt der Monarchie, genauso wie auch heute noch umgekehrt Chicago bekanntlich die größte burgenländische Stadt ist. Die Zahlen haben schon etwas für sich. Den Dr. Cap müssen wir fragen, ob nicht die Vranitzkys, Caps, Marizzis, Buseks, Lendvais, Kohuts, Kolleritschs, wie immer sie heißen mögen, nicht doch

allesamt heute gute Österreicher sind, deren wir uns wahrlich nicht zu schämen brauchen. Wenn ich lese, daß Dr. Cap vor einigen Tagen meinte anlässlich einer Diskussion bei einer Zukunftswerkstätte im Hinblick auf die wahlpolitischen Einbrüche des Dr. Haider in einigen Wiener Bezirken, irgendwie müßte er ja auch Wahlen gewinnen, so ist zu fragen, geht seine Politik nur unter dem Motto irgendwie? Wenn ja, dann wäre die Frage zu stellen – verstehen Sie mich nicht falsch, das Problem könnte sich stellen, morgen, in Monaten, in ein, zwei Jahren –, ab wann plädiert er eigentlich für den Schießbefehl an unseren Grenzen, wenn wieder einige hundert oder tausend Flüchtlinge demnächst an der Grenze anklopfen sollten? (Abg. Kohlhammer: „Das ist nicht sehr seriös!“) Lieber Walter Kohlhammer! Die Frage kann man auch an andere stellen, das ist richtig. Ich sage es nur. Ich nehme an, daß sich wenige in der Republik Österreich darüber letztlich die Antwort gestellt haben, und ich sage noch dazu, lieber Walter, das ist kein Problem von Österreich allein. Das ist ein europäisches Problem. Nur, wenn das unsere Antwort heute ist, daß wir sagen, das Bundesheer steht an der Grenze und verstärkt den Grenzschutz, was machen wir dann bitte morgen, übermorgen, wenn andere kommen? Und wir sind in der dritten, vierten oder fünften, ich weiß das nicht zu beantworten, Völkerwanderung. Und das ist eine Armutswanderung, wie wir wissen. Ich möchte nur, daß wir nachdenken über das Problem und uns gemeinsam jene, und ich habe nicht überhört, was der Franz Trampusch gestern gesagt hat im Hinblick auf die große Koalition, jene, die diese Republik ernstnehmen, eine Antwort auf diese Frage, die eine europäische Frage ist und die eine Frage der Anständigkeit dieses sogenannten Kontinents, wo sonst immer das Heilige Abendland beschworen wird, daß wir gemeinsam eine Antwort auf diese Fragen suchen.

Freilich, meine verehrten Damen und Herren, Dr. Cap scheint für mich das Opfer eines noch viel begabteren Demagogen geworden zu sein. Und ich sage auch ganz offen was: Niemand kann den Dr. Haider einfach locker einen Nationalsozialisten nennen, das wäre viel zu einfach, als Meister der Vereinfachung und des täglichen Stichwortes weiß er genau, welche Taste er nur anzutippen braucht, und die Melodie kommt von selbst. Er muß nicht das aussprechen, was sich seine Fans von ihm erwarten. Und sehenden Auges, meine Freunde, mit relativ einfachen Parolen – es sind ein paar ältere da als wir – läßt sich ein gewaltiges Potential an Ausländerfeindlichkeit entfesseln, ein Gemisch aus Angst, Ressentiment und Aggressivität, ein Klima der Abwehr, in dem es tatsächlich schwer werden könnte für uns, klaren Kopf zu bewahren. Eines der Lieblingsbilder des FPÖ-Führers – Sie denken da anders – ist es, wie er die sogenannten Altparteien vor sich herreibt. Ich meine, wir alle – nicht alle, aber die meisten – wünschen uns doch ein Europa der Völker, ein Europa der Regionen, und ich halte es hier mit dem bedeutenden Historiker Golo Mann, der unlängst in einem Interview mit einer österreichischen Zeitung gemeint hat, es müßten sich im neuen Europa viele neue Formen der Zusammenarbeit entwickeln. Die nationalstaatlichen Grenzen verlieren dadurch an Bedeutung, hat er gemeint, und ich zitiere ihn wörtlich: „Wovon ich spreche, wovor ich mich fürchte, das ist der Nationalismus, der sich gegen

andere richtet.“ Wohin also will Dr. Haider die Altparteien treiben? Zurück vielleicht in den alten Nationalismus der zwanziger und dreißiger Jahre, in denen auch der Antiklerikalismus wurzelt, den Haider zuletzt auch noch für sich instrumentalisieren wollte? Ich weiß schon, nichts ist ihm heilig. Und da tut man ihm nicht einmal weh, das gehört zu seiner Masche. Warum sollte ihm ausgerechnet die Kirche heilig sein? Wir wissen auch, Tatsachentreue ist nicht seine Stärke, das kommt ihm in den Weg. Ich frage nur – und es hat erfreulicherweise auch einige Äußerungen gegeben, lieber Franz, das hast du gestern verschwiegen, es hat schon Äußerungen in der ÖVP gegeben und darüber hinaus – ist es ihm ganz entgangen, daß gerade kirchliche Einrichtungen, viele andere auch, ich habe es vorhin schon genannt, seit Jahren beispielhaft bei der Integration von Asylwerbern und Einwanderern wirkten? Jene kirchlichen Organisationen und die vielen anderen, die ich angesprochen habe, die tatsächlich Wohnungen und Arbeitsplätze für Asylanten und Einwanderer suchen. Die wissen doch selbst am besten, daß die Aufnahmekapazität unseres kleinen Landes begrenzt ist. Das wissen wir, dafür brauchen wir den Dr. Haider nicht. Und diese brauchen bestimmt keine Belehrungen von ihm. Doch es ist schon zu fragen, wie soll das Möglichste, und ich sage bewußt das Möglichste, getan werden, wenn ein Herr Haider in seinem Machtbereich nicht einmal minimalste Anstrengungen unternimmt, vereinbarte Flüchtlingsquoten einzuhalten? Ich möchte jetzt nicht auf Details eingehen. Sie kennen die Zahlen und Ziffern. Es ist beschämend genug. Und schließlich ist Dr. Haider zu fragen, das meine ich ganz ernst, für wie dumm er eigentlich auf Dauer die Österreicher hält. So frage ich über die Pack. Ich weiß, er ist nicht anwesend. Er mißbraucht doch die Ausländerproblematik, wie vieles andere auch, aber die Ausländerproblematik, um tatsächlich arbeitssuchenden, auch wohnungsuchenden Österreichern vorzutauschen, daß diese in ihm jetzt den ersten Fürsprecher gefunden hätten. Und ich frage: Hat er nicht gestern, und tut er das nicht heute und erst recht morgen, wenn es ihm paßt, nämlich dieselbe Gruppe von Österreichern als üble Sozialchmarotzer heruntergemacht? Ich frage das nur. Ich möchte das wissen. Ich frage das ganz unpolemisch. Ich habe den Eindruck, es wird von ein und derselben Gruppe gesprochen. Mir ist jedenfalls sein Maßnahmenkatalog für diese in der Tat unserer aller vordringlichen Sorge bedürftige Bevölkerungsschicht ganz entgangen.

Verehrte Damen und Herren, was können wir tun? Ich weiß schon, es gibt viele Ratschläge. Ich möchte nicht aus Besserwisserei oder einem leeren moralischen Rigorismus heraus, sondern aus der Sorge – und ich gehöre auch nicht zu jenen, die im Laufe der letzten Jahre an der Wand irgendwelche Bilder gesehen haben, die nicht stimmen für die Mehrheit unserer Republik. Wir sind ein weniger präfaschistoides Land als vielleicht einige andere westeuropäische Staaten.

Liebe Frau Abgeordnete, möglicherweise, es wäre eine sinnvolle Diskussion darüber zu führen, ich sage weniger, ich glaube, daß wir aus der Geschichte vieles gelernt haben und daß wir uns nicht leichtfertig in eine Stimmung hineintheatern sollen, die uns nicht gerecht wird, wie ich anfangs schon gesagt habe. Ich möchte

nur auch – und da treffen wir uns vielleicht – aus der Sorge, daß wir alle wieder einmal der demagogischen Verführung – und die liegt dann wieder nicht nur beim Dr. Haider alleine, aber doch auch – erliegen und nicht rechtzeitig Widerstand leisten könnten, deswegen meine ich, sollten wir uns gemeinsam einige Fragen stellen, nämlich: Erstens: Können wir uns – und es gilt nicht nur für Österreich, ich wiederhole es – eine friedliche neue Weltordnung vorstellen, in der die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Verschwendung einerseits und bitterer Not andererseits gigantisch ist und täglich wächst? Können wir uns das vorstellen? Zweitens: Drängen uns, liebe Freunde und verehrte Damen und Herren aller Fraktionen, tatsächlich zwölfhundert Rumänen an den Rand unseres heutigen österreichischen Wohlstands? Ich frage mich das. Was ist denn wirklich, wenn morgen oder übermorgen breite soziale Not auf Grund welcher Ursachen auch immer uns heimsuchen sollte?

Zur Erinnerung – ich bitte um Entschuldigung, daß es etwas länger dauert, aber ich halte das für wichtig – Österreich hat seit 1945 2,6 Millionen Menschen aus Osteuropa und Asien vornehmlich als Erstaufnahmeland gedient. 550.000 waren Durchwanderer, 1,4 Millionen sind nach einer gewissen Zeit weitergewandert. Aber, liebe Freunde und verehrte Damen und Herren, 650.000 Flüchtlinge und Aussiedler wurden auf Dauer in diesem Österreich ansässig. Ich kann mich nicht erinnern, aber viele der hier Anwesenden! 1956 – wenn ich das richtig nachgelesen habe, erzählt bekommen habe – ergoß sich eine Welle der Hilfsbereitschaft über 180.000 Ungarn, 180.000 Ungarn, die zu uns gekommen sind. Heute betrachten wir 1200 Rumänen als eine unverkraftbare Zumutung. Liebe Freunde, ich weiß schon, daß die Angst geschürt wird, erinnern wir uns. Ein Wiener Boulevardblatt – vor einigen Monaten – hat gesagt, an der Grenze stehen 40.000, die „Neue Arbeiterzeitung“ hat berichtet, 100.000 Rumänen, die nach Österreich wollen – es waren 2500 – (Abg. Erhart: „Da sieht man, wie die Zeitungen übertreiben!“), – die Angst geht um, aber wo hat sie ihr reales Fundament? Wir glauben allen Ernstes, unter der Last zusammenzubrechen. Wir fühlen uns von aller Welt allein gelassen, unverstanden und bedroht. Und bitte, nur um einige Relationen zurechtzurücken:

Die meisten Flüchtlinge dieser Erde leben in Asien mit 6,7 Millionen, gefolgt von Afrika mit 4,8 Millionen, Nordamerika mit 1,3 Millionen, Lateinamerika mit 1,2 Millionen, dann kommt Europa mit 700.000 Flüchtlingen. Jetzt weiß ich, kann man herumrätseln und sagen, so und so, so groß sind die Kontinente, und das verteilt sich so. Aber bitte beachten wir folgendes: In Somalia, einem der ärmsten Länder der Erde, leben heute mehr Flüchtlinge als in ganz Europa, nämlich 834.000 an der Zahl. Und ich sage, es sollte uns zu denken geben. Noch etwas: Ungarn, unser Nachbarland, beherbergt derzeit etwa 30.000 Rumänen. Jetzt kann man wieder sagen, ist schon klar, dort leben, was weiß ich, für Millionen. Aber immerhin, in Österreich haben seit 1985 26.000 Rumänen um Asyl angesucht. Bitte zur Relativierung: Es wurden bisher von diesen 26.000 Ansuchen 8235 Ansuchen bearbeitet und davon die Hälfte abgelehnt. Ich möchte das nur sagen, damit wir uns nicht hineintheatern.

Verehrte Damen und Herren, welch reizende Aufgabe, der Vorschlag ist nicht neu, er kommt aus verschiedenen Lagern, und ich meine, wenn wir heute, gestern und morgen zusammen sind, sollte uns das ein gemeinsames Anliegen sein, denen, denen das ein Anliegen ist, ich meine, Österreich könnte, sollte mit aller Vehemenz versuchen, zu jenem Treffpunkt zu werden, an dem diese Probleme für Europa – so weit, so gut, und hoffentlich so gut als möglich – gelöst werden sollen. Der Vorschlag ist nicht neu, durch internationale Konferenzen, selbstverständlich durch internationale Zusammenarbeit. Ich glaube, wir könnten uns die Achtung vieler Länder in diesem Europa und auf dieser Welt in einem besonderen Maße erringen. Ich sage auch, das wird nicht unser Durchsetzungsvermögen sein. Ich sage nur im Rückblick auf das, was ich eingangs gesagt habe, zu den vorrangigen internationalen Aufgaben, und da sollen sich auch kleine Länder wie Österreich hineinknien, gehört sicherlich eine Umlenkung der eingangs erwähnten gigantischen Rüstungsausgaben, 1000 Milliarden Dollar jährlich, liebe Freunde. Ich habe schon gesagt, mit einem Bruchteil davon könnte man Hunger und Umweltprobleme zumindest auf Sicht hin beseitigen. Für Österreich selbst ist es – glaube ich – an der Zeit, daß unter dem Vorsitz des Herrn Bundeskanzlers und aller betroffenen, angesprochenen, denkbaren, bereiten, hilfsbereiten Organisationen und Einzelpersonen die Frage von Einwanderungsquoten geklärt werden muß, endgültig. Ich weiß vom Stadtrat Swoboda, neben anderen gibt es diesbezüglich mutige, ist ja nicht lustig, kann man keine Stimmen erreichen, ist ja nichts für Wahlkämpfe, mutige, menschliche, aber nicht nur menschliche, auch im Eigeninteresse gemachte Vorschläge. Ich glaube, der Frage ist nachzugehen, die der Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz vor einigen Tagen aufgeworfen hat, der gesagt hat – ich habe das nicht gehört, aber ich habe es in den Zeitungen nachgelesen –, daß Österreich langfristig jährlich etwa bis zu 25.000 Zuwanderer braucht, um seine Bevölkerungszahl halten zu können. Ich weiß das nicht, aber ausreden muß man das einmal, offen, ohne Aggressionen. Ich meine, darüber müßte man sich Klarheit verschaffen und erforderliche Maßnahmen treffen. Und eines müssen wir auch sagen, beides wird nicht gehen, und das gilt für unser kleines, schönes, lebenswürdiges Österreich, wie für alle westeuropäischen Staaten. Die Deutschen haben hier einen Sonderweg beschritten – hohe Achtung, Anerkennung, Respekt. Die Grenzen sperren und die Hilfe verweigern, das wäre nicht nur inhuman, sondern auch dumm, außerordentlich dumm! So wie nach dem Krieg die reichen Amerikaner uns mit Dollarmilliarden bekanntlich des Marshallplanes auf die Beine geholfen haben, weil sie Europa auch im Eigeninteresse der Amerikaner nicht untergehen lassen wollten, so müssen wir heute einen Teil unseres Reichtums in unsere Nachbarn investieren, einen Teil unseres Reichtums. Das wird menschlichen, politischen und ökonomischen Ertrag bringen. Ich sage das ganz emotionslos. In diesem Zusammenhang wäre, ich sage das jetzt, auch durchaus zu überlegen, eine befristete Sonderabgabe, sagen wir einmal bei den reichsten 20 bis 25 Prozent der Österreicher durchzusetzen. Eine befristete Sonderabgabe, weil ich einem entkommen möchte, daß man der Demagogie anheimfällt und sagt, die armen Kleinen,

was ich vorher gesagt habe, die keine Wohnung haben, die keine Arbeit haben, sollen zahlen für die im Osten. Eine befristete Sonderabgabe der reichsten 20 bis 25 Prozent Österreichs. Ich weiß, das ist alles schwierig. Der Finanzminister wird sagen, das ist nicht administrierbar, dumm, und was weiß ich, und jetzt sind wir gerade bei der Steuersenkung. (Abg. Erhart: „Wirtschaftsbund!“) Ja, lieber Luis, alle werden das sagen, weil sie betroffen sind, das ist gar keine Frage. Auch andere, weit hinweg, lieber Luisi. (Abg. Erhart: „Sie nicht, aber Mitglieder davon!“) Und ich weiß auch, lieber Alois, daß das kein zielführender Vorschlag ist. Aber ich sage nur, überlegen müssen wir uns das schon. Und es wäre übrigens ein segensreicher Vorschlag an die ganze westliche Welt, aber ich weiß nicht, was der Herr Gonzales in Spanien, der Herr Mitterand in Frankreich, der Herr Kohl, die Engländer machen. Die haben ihre eigenen Probleme. Ich sage nur, wenn wir über eine neue soziale Gerechtigkeit bei uns im Westen und weltweit reden – eine Überlegung. Denn es ist weiters auch an der Zeit, den Kassasturz, und ich habe gehört, es hat gestern oder vorgestern eine Meldung des Herrn Wirtschaftsforschers Kramer gegeben, in unseren Ostgeschäften zu machen und die uneinbringlichen Kredite an den Osten abzuschreiben. Das ist auch leicht gesagt. Ich weiß, was das für Probleme bringt. Und deswegen habe ich das vorher gesagt. Das sollen nicht unsere kleinen armen Mindesteinkommensbezieher und Pensionsbezieher bezahlen müssen. Denn machen wir das nicht, liebe Freunde, müsse sich doch weltweit und in Europa der Eindruck verfestigen, daß wir, aber auch alle anderen westlichen Länder, doch nur den kommunistischen Diktatoren helfen wollten. Und das scheint mir oder schiene mir doch als ein fataler Eindruck, der im Raume und nicht nur im Raume der Zeit bestehen bliebe.

Ein Drittes, liebe Freunde, darüber hinaus, ich weiß, daß viele steirische Gemeinden, rot, schwarz, blau, grün, weiß, was weiß ich, außerordentlich viel geholfen haben im Zuge der vorher angesprochenen Aktionen, und ich möchte alle bitten, weiter in direkten Partnerschaften Hilfeleistungen zu erbringen. Und wir in der Steiermark haben immer signalisiert, daß wir die internationale Verantwortung ernst nehmen, zumindest von der Überschrift her kennen, lieber Stefan, ich habe vorher gesagt, es tut mir leid, ich rede nur einmal, deswegen aber etwas länger, und ich komme aber schon zum Schluß. Wir haben als erstes Bundesland ein eigenes Entwicklungshilfereferat eingerichtet und fördern mit 1,5 Millionen Schilling Partnerschaftsprojekte in der Dritten Welt. Wir haben einen neuen Budgetposten aufgenommen, der die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit mit 50.000 Schilling unterstützt. Und wir sind stolz auf das Afro-Asiatische Institut, damit die Rede von der Internationalisierung der Universitäten nicht zum bloßen Gerede verkommt. Wir wissen alle gemeinsam hier, daß diese Beträge nicht einmal ein Tropfen auf dem berühmten heißen Stein sind, aber uns ist daran gelegen, uns allen, nehme ich an, die politische Wertigkeit dieser Thematik auch zu dokumentieren. Und ich möchte dem Landeshauptmann und allen danken, mit dem Landeshauptmann aber an der Spitze, der in den letzten Jahren im besonderen durch seine offensive und offene Nachbarschaftspolitik viel für ein positives, offenes Klima in

unserem Lande gegenüber unseren Nachbarn und Ausländern geleistet hat. Darüber hinaus gibt es im Land Steiermark gerade in Flüchtlingsfragen, ich habe das eingangs schon angesprochen, dankenswerterweise hervorragende Kooperationen tätiger Hilfe zwischen verschiedenen Organisationen und engagierten Personen, auch Einzelpersonen. Es ist all jenen besonders zu danken, die sich um eine offene, freundliche, verständniswerbende Atmosphäre bemüht und auch den Mut zu einem öffentlichen Auftreten gefunden haben. Und bitte sind Sie mir nicht böse, ich möchte einige Personen nennen. Sie sind alle miteinander nicht da, aber es sind Personen, die sich, wie in allen heiklen Fragen, das leichter machen hätten können und die Mut bewiesen haben. Auch vor der öffentlichen Demagogie. Ich nenne persönlich den Chefredakteur Fritz Csoklich, den Chefredakteur Josef Riedler, der einen berührenden Brief geschrieben hat. Sie kennen ihn, an einen Parteigenossen, den ich heute bewußt, verzeihen Sie mir das, im Rahmen des möglichen in Schutz genommen habe. Ich möchte nennen den Bürgermeister der Stadt Graz Alfred Stingl, den Vizebürgermeister Erich Edegger, im besonderen unseren Bischof Johann Weber, den Franz Küberl als Generalsekretär der Katholischen Aktion und dann viele engagierte Dritte-Welt-Gruppen und im besagten Afro-Asiatischen Institut und viele Freunde, deren Namen wir nicht kennen, die aber nicht dem Biertischgejohle anheimgefallen sind. Besonders danken möchte ich auch einem Herrn, der hinter mir sitzt, dem Hermann Schaller, der vor zehn Jahren mit Freunden begonnen hat, eine Polen-Hilfsaktion auf die Beine zu stellen und inzwischen durch eine Mittel- und Südamerika-Initiative sich diesem Gesamtproblemfeld internationaler Verantwortung mit vielen Freunden besonders gewidmet hat. Und wir alle, wir haben es gestern besprochen, Kurt Hammer hat sich auch erfreulicherweise zu Wort gemeldet, werden gerne die vom Landeshauptmann und von steirischen Aktionen angekündigte Weihnachtshilfsaktion unterstützen. Und wir haben heute schon darüber gesprochen, auch mit dem Freund Trampusch, ob wir nicht auch gemeinsam über die Klubs und persönlich ein kleines Zeichen setzen könnten, uns an dieser oder an einer Hilfsaktion für Rußland zu beteiligen. Das werden wir in den Klubs morgen noch besprechen. Ich bin mir sicher, daß wir hier einen breiten Konsens finden können. Ich meine aber, liebe Freunde und verehrte Damen und Herren, darüber hinaus geht es um das Zurückweisen des Schürens von Angst, und ich habe vorher gesagt, es kann morgen was Schlimmeres passieren als 1200 Rumänen. Es geht um das Zurückweisen des Schürens von Angst, Vorurteilen und Aggressionen. Und ich möchte hier an dieser Stelle bewußt die vor einigen Tagen verstorbene große österreichische jüdische Schriftstellerin Hilde Spiel zitieren, die in einem von Josef Krainer, Wolfgang Mantl, Manfred Prisching und Michael Steiner herausgegebenen Buch „Nachdenken über Politik – jenseits des Alltags und diesseits der Utopie“ in einem Beitrag folgendes geschrieben hat. Ich zitiere wörtlich: „Wir wissen es alle, die Aufklärung ist in Gefahr. Sie, die Illumination des Geistes, die Austreiberin der schädlichen Mythen, des Aberglaubens und irrationalen Vorurteils, die allein uns retten kann vor dem Lemming-Sturz, wird neuerdings wieder angezweifelt und bekämpft.“ Ende des Zitates, und sie

schreibt einige Zeilen später folgendes: „Die Begriffe links und rechts gibt es für mich nicht mehr“ (Hilde Spiel). „Für mich gibt es nur noch Anständigkeit in der Weltanschauung und in der Lebenshaltung.“ Liebe Freunde, Ende des Zitates. Ein großes Wort. Und ich getraue mir das fast nicht zu sagen. Aber es ist so. Oder, um es mit dem deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu sagen, der am 3. Oktober in Berlin am Tag der Deutschen Wiedervereinigung gesagt hat: „Vereinen heißt teilen lernen.“ Letzter Satz. Wenn wir dieses Europa, diese Welt, vereinen wollen, dann müssen wir teilen lernen. Und lassen Sie mich eines hinzufügen: Ich bitte um Entschuldigung, meine Kollegen, daß das länger geworden ist, als ich wollte. Das wird von uns allen viel mehr erfordern als das, was wir im Moment zu geben instande sind, zu geben bereit sind. Aber ich wiederhole das, was ich eingangs gesagt habe, es wäre zumindest rational gescheit, wenn wir nicht nur für Panzer, Raketen, Bomben und nach Katastrophen Opfer bringen könnten, sondern auch im vorhinein, wenn wir wissen, was ist. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und VGÖ/AL. – 14.29 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (14.29 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich befinde mich in seltener Einigkeit mit meinem Vorredner und mit den Vorrednern vor der Mittagspause. Wenn der Herr Klubobmann Dr. Hirschmann meint, daß die Klubs sich zusammensetzen wollen morgen, dann würde ich mich als dritte oder vierte im Bunde gerne anschließen, obwohl ich keinem Klub mehr angehöre. Ich hoffe, Sie akzeptieren meine Anwesenheit in dieser Frage oder in dieser Konstellation auch. Ich beziehe mich auch auf den Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz. In seiner Sendung vom 1. Dezember, die ich selbst gehört habe, „Im Journal zu Gast“, hat er darauf hingewiesen, daß seit 1945 nicht deutschsprachige Personen, 650.000, in Österreich integriert worden sind, das bedeutet, daß 10 Prozent unserer Bevölkerung aus dem Ausland kommen. Die Behauptung, Österreich sei kein Einwanderungsland, stimmt also nur theoretisch, praktisch sind über eine halbe Million Menschen eingewandert. Sie leben, sie arbeiten bei uns. Und die eigentliche Frage muß jetzt wirklich lauten: Brauchen wir für die Zukunft für bestimmte Bedürfnisse und für bestimmte Nachfragerücken zusätzliche Menschen, zusätzliche Lehrlinge, Krankenschwestern, zusätzliche Arbeiterinnen und Arbeiter, Fachleute für unsere Wirtschaft und für unsere soziale Absicherung oder können wir uns sowie jetzt mit sogenannten Ex- und Hopp-Arbeitskräften, also heute gebraucht und morgen weggeschickt, kurzfristig aushelfen lassen? In der heute so heftig diskutierten Ausländerfrage und der Abschiebung von Flüchtlingen haben sich ja einzelne Politiker und Parteien von ihrer schlechtesten Seite gezeigt. Und wenn der Herr Liechtenstein im Zusammenhang mit einem Theaterstück von Obszönitäten spricht, dann, glaube ich, liegt er falsch. Für mich war das schlicht und einfach obszön, als ich im Fernsehen gesehen habe, wie österreichische Politiker den rumänischen Politikern unsere „Kobra“-Sicherheitseinrichtungen

mit Schlagstöcken und Schildern vorgeführt haben. Das war schlicht und einfach obszön, unanständig. Wider besseres Wissen, wider ideologischen Grundsätzen wurde im ersten Halbjahr heuer, im Blickpunkt der Nationalratswahl, eine seelische und soziale Klimaverschmutzung verursacht. Und eine Klimaverschmutzung, die ihresgleichen in den letzten 40 Jahren sucht. Einem unfähigen Innenminister und – wie er heute schon genannt worden ist außerhalb dieses Raumes – Deportationsminister ist es nicht gelungen, die Zustände in Traiskirchen auf sinnvolle Weise zu lösen. Seine Asylpolitik darf als stümperhaft qualifiziert werden. Die Grün-Alternativen haben bereits im September 1989, also vor mehr als einem Jahr, im Zusammenhang mit dem Problem der Flüchtlinge ein paar Forderungen aufgestellt und Vorschläge gemacht, die ich hier kurz anführen möchte. Zur Beseitigung bürokratischer Hindernisse ist es notwendig, daß bei der Einreise die Betreuung durch speziell geschulte Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen erfolgt, daß kein Empfang durch rein uniformierte Beamte passiert, daß die Bereitstellung von ausreichend vielen Dolmetschern möglich ist, eine objektive Aufklärung über Rechte und Pflichten, daß auch Formulare in der Heimatsprache der Flüchtlinge zur Verfügung stehen und daß es keine Abschiebung direkt an der Grenze durch reine Polizeiorgane gibt. Zur Reform der Bundesbetreuung ist es notwendig, daß uns die Reduktion der Lagerzuweisung gelingt, ein Ausbau und die Förderung privater Flüchtlingsbetreuungsinitiativen und deren finanzielle Unterstützung, die es auch in der Steiermark gibt und die auch Unterstützung bekommen, wie ich meine, noch zu wenig. Das heißt, wir müssen uns überlegen, daß diese dörflichen Flüchtlingsghettos eine Überforderung sind der dortigen Infrastruktur und gleichzeitig auch einen illegalen Arbeitsmarkt schaffen, wenn das zu sehr geballt in kleinen Gemeinden passiert.

Wir müssen die Förderungsmaßnahmen für die Unterbringung in Kleinstrukturen besser organisieren, und wir brauchen in jedem Fall auch bei der Bundesbetreuung die Dolmetscher für Behördenwege und Niederschriften und Formulare in der Heimatsprache. Das gibt es inzwischen – glaube ich – auch noch nicht. Das waren unsere Forderungen von 1989. Die Gewerkschaften sind ja auch eingeengt in ihr eher traditionelles Konzept und haben bis jetzt als Sozialpartner zugeschaut, bis der Problemtopf wirklich explodiert ist. Wir haben die christlichen Organisationen, die haben sehr viel für das Umschwenken in der öffentlichen Meinung beigetragen, und auch der steirische Bischof Weber war hier eine sehr wohltuende Ausnahme. Ich meine, jetzt wird es notwendig sein, die Arbeitsverhältnisse aus dem Bereich der Illegalität einmal herauszuholen. Wir brauchen Kollektivverträge auch für Ausländer und für Frauen von Ausländern. Diese müssen ausgehandelt werden. Besonders für das Gastgewerbe ist das notwendig. Die Frage der Arbeitsbewilligung und Aufenthaltsbewilligung ist auch neu zu regeln, und wir müßten uns auch dazu bekennen – und da bin ich auch mit meinem Vorredner einer Meinung –, nicht nur vorübergehend Flüchtlinge aufzunehmen, sondern die ökonomische und auch die ökologische Not anerkennen – wir dürfen nicht vergessen, daß sehr viele Flüchtlinge auch deswegen nach Österreich kommen, weil auch die Umweltbedingungen in ihren

Heimatländern derart trist sind, daß sie und ihre Kinder nicht mehr dort leben wollen. Daß sie es unter diesen desolaten Lebensbedingungen auch nicht mehr aushalten. Einerseits die Armutswanderung, wie der Herr Dr. Hirschmann gemeint hat, und andererseits auch die ökologische Abwanderung auf Grund der Bedingungen. Wir brauchen eine Integrationspolitik, in der der Aufenthalt legalisiert wird und auch die Grenzen für eine bestimmte Anzahl von Einwanderern offenstehen. Das heißt, wir müssen garantieren für eine bestimmte Anzahl Menschen, daß sie bei uns Arbeit, Wohnung und Lebensraum haben. Es geht nicht nur um die Anerkennung von politischen Flüchtlingen, rein nur diese Asylanträge, das ist viel zuwenig. Wir haben gehört, daß wir 25.000 Menschen bei uns ohne weiteres unterbringen können. Dann dürfen wir sie nicht nur reduzieren auf die Frage, ist er berechtigt, um politisches Asyl anzusuchen, oder nicht? Die Frage der Wirtschaftsflüchtlinge wird damit eher sekundär. Mit klar definierten Quoten könnten die sozialen und wirtschaftlichen Konflikte gelöst und auch unsere Reputation gegenüber dem Ausland bedeutend verbessert werden. Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 14.38 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Sponer das Wort.

Abg. Sponer (14.38 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Als einer, der heuer das 20. Mal die Budgetdebatte mitgestaltet und miterlebt, habe ich die Möglichkeit, Vergleiche zu ziehen. Und wenn ich mich zurückerinnere an die Zeit vor 20, vor 15 Jahren, um was es also in dieser Gruppe gegangen ist, Kollege Dr. Eichtinger, du kannst dich auch erinnern, wir haben hier oft Gefechte ausgestanden, von denen heute überhaupt keine Rede mehr ist. Und das, meine Damen und Herren, zeigt, welch ein Wandel in unserer Gesellschaft, aber auch darüber hinaus, und wir haben es ja gerade früher gehört, auch über unsere Grenzen, vor sich gegangen ist. Und es ist erfreulich, meine Damen und Herren, daß es gerade in dieser Gruppe zum Thema Soziales eigentlich in den letzten Jahren keine Streitpunkte mehr gegeben hat, daß eigentlich dort, wo es um die Sache gegangen ist, fast überall Einigkeit herrschte, wenn es darum ging, die Probleme in unserem Lande zu lösen. Und wenn ich die heutigen Wortmeldungen mir in Erinnerung rufe, so kann ich eigentlich feststellen, daß es natürlich richtig und auch das Recht jedes Abgeordneten dieses Hauses ist, seine persönlichen Vorstellungen vorzutragen, Forderungen zu stellen und natürlich auch Wünsche zu äußern. Es soll nur nicht so weit gehen, daß Dinge dargestellt werden, die oft nicht immer den Tatsachen entsprechen. Aber ich nehme an, daß das in der Hektik und in der Eile passiert. Und natürlich ist keiner davor gefeit, daß ihm so etwas auch nicht passiert. Aber, meine Damen und Herren, ich möchte es fast als ein gutes Klima in dieser Gruppe bezeichnen, das wir in der Vergangenheit hatten, und ich hoffe, auch in Zukunft haben werden. Das ist, wenn ich nur zwei Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit herausgreife, einerseits das Jugendwohlfahrtsgesetz, das wir vor einigen Wochen beschlossen haben, wo es zuerst ausgeschaut hat, als kämen wir nicht zusammen in der Sache, und letztend-

lich war es dann aber so, und dazu darf ich sagen, ich war schon bei vielen Parteienverhandlungen mit dabei, aber bei diesen Parteienverhandlungen zum Jugendwohlfahrtsgesetz muß ich sagen, das war für mich die beste, die sachlich geführteste. Es waren ja mehrere Verhandlungen, und daher war es auch möglich, es noch zeitgerecht zu verabschieden, daß dieses Gesetz mit 1. Jänner in Kraft tritt.

Und ein zweites Beispiel möchte ich sagen und damit begründen, daß es nicht von ungefähr kommt, daß es in diesem Ressort und in dieser Gruppe ein relativ gutes Klima gibt und erfolgreiche Arbeit geleistet wird. Im Zuge der Verhandlungen über das Jugendwohlfahrtsgesetz wurden natürlich auch die Jugendheime mitbehandelt am Rande, und es wurden auch Forderungen gestellt. Dazu darf ich sagen, und darum meine ich, es kommt nichts von ungefähr. Es hat also auch hier Landesrat Tschernitz raschest reagiert, und es ist eigentlich alles im Fluß in der Diskussion in der Verhandlung. Jeder weiß, daß man diese Probleme von heute auf morgen nicht lösen kann, daß das alles seine Zeit braucht. Aber ich darf noch einmal sagen, Landesrat Tschernitz ist nicht nur gesprächsbereit, sondern auch handlungsbereit, und das ist auch irgendwo der Grund, daß wir diese gute Situation haben.

Aber nun, meine Damen und Herren, wieder zu einem Problem, das uns natürlich auch in Österreich und im speziellen in der Steiermark betrifft. Einmal die Feststellung, daß die Zahl der Pflegefälle in Österreich und natürlich auch in der Steiermark immer stärker zunimmt. Es liegt also sicherlich daran, meine Damen und Herren, daß auf Grund unserer guten Betreuung und Vorsorge im Gesundheitswesen die Menschen immer älter werden. Aber damit entstehen auch neue Probleme, wie eben erhöhte Pflegebedürftigkeit, und zum anderen, wer soll das bezahlen. Die Sicherstellung der Pflege für alte, gebrechliche und behinderte Menschen wird in den nächsten Jahren eine Herausforderung für uns alle sein. Und, meine Damen und Herren, sehr, sehr viele Mitbürger haben körperliches Leid und menschliches Leid zu tragen. An der Lösung dieses Problems wird die Gesellschaft, werden wir gemessen werden. Derzeit ist die Situation in Österreich und in der Steiermark uneinheitlich und nicht zufriedenstellend. Die Vorfälle im Krankenhaus Lainz haben die Öffentlichkeit auf das Problem der Altenpflege im besonderen sensibilisiert. Weiters nimmt auch der Anteil an jüngeren behinderten Menschen durch Unfälle oder Geburtsschäden zu. Wofür aber leider oft eine adäquate gesetzliche Versorgung fehlt. Derzeit, meine Damen und Herren, gibt es in Österreich rund 20.000 Pflegebetten. 9000 Pflegebetten würden sofort belegt werden können, das heißt, derzeit warten mindestens 9000 Menschen in Österreich auf ein Pflegebett. Aber nachdem keine vorhanden sind, können sie diese leider nicht benutzen. Das ist ein Problem, dem wir nicht entrinnen können, das auf uns zukommt, unweigerlich, meine Damen und Herren. Dazu muß man aber sagen, daß wir trotzdem – und da besteht wieder eine einheitliche Meinung und Auffassung in diesem Hause – nicht dafür sind, weitere Großheime zu schaffen, sondern andere Alternativen zu finden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Ich werde einige dann nennen. Meine Damen und Herren, das bedeutet aber wieder, daß ein beträchtlicher zusätzlicher Bedarf

an sozialen Diensten notwendig sein wird. Wir brauchen daher ein umfassendes Gesundheitssystem, welches auf enger Zusammenarbeit von Ärzten, Krankenhäusern, mobilen Schwestern, Hauskrankenpflege, mobile Pflege und Nachbarschaftshilfe aufgebaut sein muß. Die Pflegedienste, meine Damen und Herren, sind nichts Neues. Ich wiederhole es nur der Ordnung halber. Das Ziel ist, daß die Pflegedienste bei uns flächendeckend ausgebaut werden sollen. Das ist aber nicht nur ein Wollen und ein Ziel von uns Steirern, sondern das ist ein Wollen eigentlich in allen Bundesländern, das heißt, in ganz Österreich. Meine Damen und Herren, Hauskrankenpflege und Heimhilfe sollen durch eine umfassende Pflegeversicherung ermöglicht werden. Aber das wiederum ist nur dann sinnvoll, wenn alle Leistungen in einem solchen Gesetz Pflegeleistungen werden. Das war an und für sich auch der Grund, daß alle Abgeordneten der sozialistischen Fraktion am 27. November einen Antrag eingebracht haben, wo wir die Bundesregierung auffordern, so rasch als möglich aus den bekannten Gründen ein Pflegeversicherungsgesetz im Nationalrat zu beschließen und zu verabschieden. Ein neues Netz von Sozial- und Gesundheitssprengeln, meine Damen und Herren, muß also geknüpft werden. Das bestehende Netz ist lückenhaft und bedarf daher beträchtlicher zusätzlicher sozialer Dienste.

Und jetzt, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir eine Rightstellung auf Grund der Ausführungen des Kollegen Dr. Lopatka, der heute gemeint hat und auch einiges schuldig hat werden lassen, wie zum Beispiel die Gebietskrankenkasse, sie würde zum Unterschied zu anderen Kassen für Hauskrankenpflege nichts leisten. Ich darf der Ordnung halber feststellen, Kollege Dr. Lopatka, daß im ASVG für fast alle Wechselfälle des Lebens etwas vorgesehen ist. Die großen Bereiche sind also Krankheit, Unfall, Alter und sogar Tod, aber leider ist für die Pflege im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz nichts vorgesehen. Das bedeutet, daß für alles, was die Pflege betrifft, es vom Gesetz her keine Möglichkeit gibt, daß ein Krankenversicherungsträger Leistungen erbringt. Sehr wohl kann er – und so steht es auch im Gesetz, es ist aber keine Pflichtleistung, sondern eine Kannleistung – für den medizinischen Bereich der Hauskrankenpflege etwas leisten. Und das dürftest du vielleicht nicht wissen. (Abg. Dr. Lopatka: „Nein, das weiß ich schon!“) Kollege Dr. Lopatka, ich weiß es aus der Praxis, weil ich fast täglich damit konfrontiert bin, die Steiermärkische Gebietskrankenkasse leistet auch für die Hauskrankenpflege! Das nimm bitte zur Kenntnis! (Abg. Dr. Lopatka: „Eine Erinnerungspost im Vorschlag!“) Das ist möglich! Ich darf dir ebenfalls zur Aufklärung sagen, aus Mitteln des Unterstützungsfonds ist es möglich, Vergütungen beziehungsweise Beihilfen zu bekommen. Und so wird es auch praktiziert. (Abg. Dr. Lopatka: „Und in welcher Höhe waren die Beihilfen?“) Das ist sehr unterschiedlich. (Abg. Dr. Lopatka: „Ja, das merkt man – sehr wenig, nicht unterschiedlich!“) Das ist sicher unterschiedlich! Wie halt bei allen anderen Förderungsmitteln auch. Aber nur, wenn du also sagst, es wird nichts geleistet, so muß ich dich aufklären, es wird geleistet. Ich weiß es aus der Praxis. (Abg. Kröll: „Wir haben nichts bekommen, wirklich nicht!“) Ist möglich! Es gibt ja auch andere Institutionen, wo man ansucht, und man wird

abgewiesen, wenn gewisse Voraussetzungen fehlen. Ich weiß nicht, was der Grund war, aber, Kollege Kröll, wir könnten ja dann darüber gerne sprechen. Ich wollte das nur grundsätzlich gesagt haben, damit hier nicht ein Irrtum im Raume stehen bleibt. (Abg. Dr. Lopatka: „Kein Irrtum!“) Oh ja!

Meine Damen und Herren! Zwei Gründe, um noch einmal auf die Lücken in unserem Sicherheitsnetz in der Steiermark zurückzukommen, bestehen also darin: Zum Ersten, es fehlen leider noch finanzielle Mittel, das ist das eine Problem, und das andere Problem ist, daß auch organisatorische Gründe hier mit eine Rolle spielen.

Zum ersten, meine Damen und Herren, zu den fehlenden finanziellen Mitteln möchte ich hier nur grundsätzlich etwas feststellen: Und zwar bei der Einbegleitungsrede des Herrn Landesfinanzreferenten vor 14 Tagen wurde auch an uns Abgeordnete der Appell gerichtet, bei unseren Anträgen und Forderungen, die wir einbringen, möglichst sparsam und überlegt umzugehen. Ich möchte wirklich nur grundsätzlich feststellen: Wir Abgeordneten im Steiermärkischen Landtag beschließen zwar das Budget. Gleich ist es aber in den Gemeinden, in den anderen Bundesländern und auch im Nationalrat. Aber außer daß wir in diesem Haus Anträge stellen, haben wir eigentlich keine Möglichkeit, an der Gestaltung des Budgets mitzuwirken. Das wissen wir, und es ist wahrscheinlich auch gar nicht anders möglich. Das Gestalten beziehungsweise das Verteilen des Kuchens wird also innerhalb der Regierungsmitglieder der Landesregierung vorgenommen. Das möchte ich also als Feststellung gesagt haben.

Als zweite Feststellung möchte ich zu diesem Kapitel gesagt haben, daß meiner Auffassung nach – ich bin überzeugt, ich bin hier nicht allein mit dieser Meinung – gerade für den sozialen Zweck im Landesbudget für 1991 trotzdem zu wenig Mittel vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, und nun zum Zweiten, was das Organisatorische betrifft. Nach dem Sozialhilfegesetz wäre es meiner Meinung nach Aufgabe, daß Sozialhilfverbände Sozial- und Gesundheitsprengel aufbauen und die Behindertenhilfe und die Pflegehilfe organisieren. Da die meisten Sozialhilfverbände in der Steiermark dieser Verpflichtung aber nicht nachkommen, nehmen Privatinitiatoren und caritative Organisationen diese Aufgabe wahr. (Abg. Kröll: „Macht nichts!“) Macht nichts, aber es zeigt, obwohl das Bemühen vorhanden ist, würden die Sozialhilfverbände und deren Vorsitzende das schon wahrgenommen haben – vielleicht nehmen sie es in Zukunft wahr. Ich bin überzeugt, es wäre, was die Organisation betrifft, sicherlich leichter, schneller und besser. Das habe ich damit gemeint. Nachdem das nicht der Fall ist, nehmen sich eben Privatinitiatoren und caritative Organisationen dieser Dinge an. Weil ich gerade caritative Organisationen, Privatinitiatoren genannt habe, damit meine ich auch die freien Wohlfahrtsvereine. Einige Sätze nur dazu.

Zum Ersten, meine Damen und Herren, seit Jahren, und es stimmt, das wissen wir, sind wir froh, diese freien Wohlfahrtseinrichtungen zu haben. Und zwar sind wir deshalb froh, weil wir genau wissen, wenn die Aufgaben, die diese Organisationen durchführen und erfüllen, von der öffentlichen Hand durchgeführt wer-

den müßten, wäre es zum einen oft gar nicht möglich, zum anderen käme es wesentlich teurer, als die Aufwände bei diesen Organisationen sind. Das ist das Erfreuliche. Was mich weniger erfreut, meine Damen und Herren, und das sind auch Erfahrungswerte, die ich leider in den letzten Jahren gewonnen habe und entgegennehmen mußte: Ich finde es beschämend für jene ehrenamtlichen Funktionäre, welche aus Idealismus helfen, welche ihre Freizeit opfern, welche freiwillig Verantwortung übernehmen, daß sie oft persönlich für die Finanzgebarung in dieser Organisation haften und trotz all dieser Erscheinungen leider des öfteren als Bittsteller bei manchen Ämtern und Behörden auftreten müssen, um die Mittel zu erhalten, die notwendig sind, damit die freiwillig übernommenen Pflichten erfüllt werden können. Das ist der Wermutstropfen bei der Sache, und es ist mir ein Bedürfnis, das heute hier gesagt zu haben. Daher, meine Damen und Herren, brauchen wir dringendst eine Lösung, welche die finanzielle Absicherung garantiert und die Hilfebedürftigen einen Rechtsanspruch auf Geld- und Sachleistungen haben. Es ist mir auch ein Bedürfnis, danke zu sagen dem zuständigen Landesrat, Herrn Erich Tschernitz, für seine positive Einstellung, für seine schnellen Reaktionen, die er bewiesen hat. Ich bedanke mich aber auch bei allen Mitarbeitern und Verantwortlichen der Rechtsabteilung 9. Denn sie haben uns gerade im heurigen Jahr bewiesen, daß sie trotz Personalmangels – Kollege Lopatka, da sind wir auch nicht einer Meinung – oft Wunder vollbracht haben, wenn es notwendig war, gewisse Vorlagen rechtzeitig vorzulegen. Letztendlich gebührt mein Dank allen Mitarbeitern und Verantwortlichen in unseren steirischen freien Wohlfahrtsvereinen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 14.58 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (14.58 Uhr): Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich hatte die Ansicht, heute, nicht zuletzt auch auf Grund des Appells des Präsidenten heute morgen, überhaupt nicht das Wort zu ergreifen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war ein guter Gedanke!“) Allerdings hat eine sehr beachtliche Wortmeldung des Herrn Klubobmannes Dr. Hirschmann mich dazu gebracht, auch ein paar Gedanken dazu zu sagen. Vorweg sage ich, ich bin froh, daß – wie mir scheint – doch einhellig dieses kleine Signal und kleine Opfer der Mitglieder dieses Hauses zustande kommt, damit wir ein Signal geben, daß es nicht nur darum geht, öffentliche Mittel so oder so zu verteilen, sondern auch selbst mitzutun. Ich bin in sehr vielen Dingen zu nahezu 100 Prozent in den Anschauungen mit dem Kollegen Hirschmann ident, und ich wäre froh gewesen, wenn es gelungen wäre, diesen parteipolitischen Reflex, den wir wahrscheinlich alle haben, in dieser Rede zu unterdrücken. Mich hat ein bißchen gestört – auch wenn ich das meiste von dem unterschreibe, was er sagt –, daß er sich – und das ist anscheinend der Reflex, der uns angeboren ist, wenn wir lange genug in diesen Dingen sind, die bösen Reaktionen bei den anderen suchen und eher die guten bei sich –, um den negativen Teil abzudecken, zwei ausgesucht hat, die nicht in seinem Bereich sind, nämlich den Cap und

den Jörg Haider, wobei ich sogar noch weiter gehe als er: Ich bin nicht der Meinung, daß die faschistische Grundtendenz in Österreich geringer ist als anderswo. Ich glaube, daß sie in ganz Europa genau gleich ist. Nur sollte man bitte die Bösen nicht nur bei den anderen suchen und sagen: „Bei uns sind alles Gute“. Und ich bitte, daß Sie es nicht mißverstehen, wenn ich das sage: Es ist zwar in Österreich üblich geworden, den Jörg Haider mit allem in Verbindung zu bringen, was nur irgendwo den Anschein hat, faschistoid zu sein, aber das klingt halt nicht gut – und ich glaube dem Kollegen Dr. Hirschmann durchaus, daß er das vollkommen so meint, wie er es sagt –, wenn man halt den Balken im eigenen Auge nicht sieht. Und wir haben alle unsere Probleme mit diesen Dingen – auch Sie. Und es schaut halt ungut aus, wenn Sie das hier genau erzählen, während zum selben Zeitpunkt – und ich will das wirklich nicht hochspielen, aber ich sag's – der Pertl Buchberger in der ersten Reihe im Zuschauerraum sitzt und Reflexionen darüber anstellt, ob tatsächlich so viel Juden umgekommen sind wie immer behauptet wird. Das ist halt die Problematik. Das gibt's – nein, ich will das wirklich nicht hochspielen – (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war ein Untergriff allerhöchsten Ausmaßes!“) überall. Das war leider Gottes der Fall. (Abg. Dr. Cortolezis: „Genauso übel wie Haider!“) Ausgerechnet zum Zeitpunkt, wo der Kollege Hirschmann das sagt. (Abg. Dr. Maitz: „Entschuldige dich dafür. Es ist höchste Zeit. Dieser Ausrutscher ist deiner nicht mehr würdig!“) Nein, der Ausrutscher, lieber Herr Kollege, ist da hinten passiert. (Abg. Dr. Maitz: „Dein Ausrutscher!“) Ein Ausrutscher, den wir alle gemeinsam bedauern sollten. Leider! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Entschuldigen mußt du dich!“) Nämlich ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, wo der Kollege Hirschmann diese wirklich beachtliche Rede hier hält, wo er in den verschiedensten Bereichen recht hat. Er hat auch völlig recht in dem Bereich, wo er sagt, man sollte hier der Kirche nicht aus populistischen Gründen zu viele Vorwürfe machen. Keine Frage! Ich glaube nur, daß sie besser in der Argumentation da gewesen wäre, wenn die Maßnahmen, die jetzt zum Schluß sehr deutlich zutage gekommen sind, ein paar Wochen früher gewesen wären. (Abg. Pörtl: „Wo ist deine Wortmeldung?“) Und ich glaube, daß man noch ein Weiteres aktivieren sollte – das war erst kürzlich in einer Diskussion, an der freundlicherweise auch der Kollege Prof. DDr. Steiner teilgenommen hat, die wir gehabt haben. Man sollte wirklich den Versuch unternehmen, die unerhörte Internationalität, die die Kirche hat, dazu zu benutzen, um auf der einen Seite im Osten den Einfluß geltend zu machen, damit die Kirche dort den Versuch unternimmt mitzuhelfen, die Menschen im eigenen Land zu halten. (Abg. Pörtl: „Schulmeister!“) Ich bin überzeugt, daß das auch passiert, so weit das geht, aber vielleicht sollte man das noch einmal verstärken, und ich würde mir erhoffen – und vielleicht sollte man das auch gemeinsam anregen –, daß die Kirche ihren Einfluß im Westen viel deutlicher macht, um zur Solidarität aufzurufen – auch in den anderen Staaten. (Abg. Pörtl: „Hast du einen Leserbrief gegen Haider geschrieben?“) Es ist unerträglich, wie die österreichischen Spitzenpolitiker – (Abg. Pörtl: „Haider – Pressekonferenz!“) Ich habe ausreichend öffentliche Äußerungen gemacht, daß ich von meiner eigenen Partei bestraft werde; da brauchst

du dich nicht fürchten in diesen Dingen. – (Abg. Dr. Lopatka: „Aber nicht deswegen. Deine Partei ist mit dir gestraft – da hast du recht!“) quasi im Westen, wie erst unlängst der Bundeskanzler in Paris, betteln müssen, in den anderen europäischen Staaten doch solidarischer zu sein, doch Flüchtlinge aufzunehmen und Österreich nicht mit dem ganzen Problem hängen-zulassen, und daß diese Appelle wirklich beim einen Ohr hineingehen und beim anderen Ohr hinausgehen.

Es ist unerträglich! Und ich würde mir wünschen – und ich meine das wirklich ohne jeden Zynismus, wie der Herr Landeshauptmann immer zu sagen pflegt –, daß dieser Einfluß, den die Kirche da hat, auch im Westen stärker auch in diesem Bereich in Gang gesetzt wird, hier ein mahnendes Wort gesetzt wird. Es sind ja schließlich alles Regierungen, die durchaus, wenn es ein deutliches, mahnendes Wort gibt, auf diese Dinge auch tatsächlich eingehen und vielleicht Rücksicht nehmen. Und der Kollege Dr. Hirschmann hat auch völlig recht, daß ich zugegebenermaßen – und ich habe das auch gestern in meiner Generalrede mehrmals gesagt – in verschiedenen Dingen anders denke als eine leider Gottes sehr große und breite Schicht durch alle politischen Bewegungen. Das ist ja kein parteipolitisches Problem, und das wollte ich auch anmerken: Die Frage, ob man nicht doch gescheiter abschotten sollte, ist ja kein parteipolitisches Problem – überhaupt nicht –, sondern das zieht sich quer durch und ist möglicherweise auch von vielen, die diese Meinung vertreten, durchaus aus sehr positiven Gründen so gemeint, weil sie sich eben sagen: Ist es denn wirklich menschlicher, die Leute hereinzulassen und ihnen hier nicht helfen zu können? Und ich sage noch einmal – das habe ich gestern in der Generalrede schon gesagt –: Ich finde es auch unerträglich, daß hier nicht stärkere Versuche unternommen werden, die Leute tatsächlich hier bei uns arbeiten zu lassen, wobei ich jetzt die Arbeitnehmervertreter verstehe. Als Interessensvertreter der österreichischen Staatsbürger, die Arbeit suchen, können sie kein Interesse haben zuzulassen, daß nichtösterreichische Staatsbürger hier auf Arbeitsplätze zugewiesen werden, wo möglicherweise österreichische Arbeitskräfte hingehen könnten. Das verstehe ich bis zu einem gewissen Grad. Aber wir sind ja – und ich hoffe, daß die Rede des Kollegen Dr. Hirschmann darauf hinweisen hat können – in einer Ausnahmesituation. Oder sagen wir es noch deutlicher: Wir sind am Anfang einer Ausnahmesituation, denn dieser Flüchtlingsstrom, der sich in Bewegung setzt, wird ja nicht durch das Militär, das wir an der Grenze aufstellen, aufgehalten werden können. Das ist ja bitte nur ein Traum – ein kurzfristiger Traum. Dieser Flüchtlingsstrom wird auch nicht so kurzfristig durch Hilfsmaßnahmen aufgehalten werden können, die wir machen, so schnell sie auch immer sein mögen. Da drüben sind ja Jahrzehnte versäumt worden, und Jahrzehnte kann ich ja nicht in drei Monaten wieder auffangen, noch dazu, wo natürlich jeder Schilling, der ausgegeben wird, auf Kritik stößt, und zwar bitte auch quer durch alle Parteien, weil man sagt: „Schon für unser jetziges Sozialsystem haben wir nicht genug Geld.“ Ich habe das gestern so formuliert, daß ich gesagt habe: Diejenigen, die sich ernsthaft mit den Dingen beschäftigt haben, haben in den letzten 40 Jahren zwar immer gewußt, daß die Befreiung der Völker im Osten im

Endeffekt durch uns bezahlt werden muß – zum einen oder zum anderen –, waren aber gleichzeitig in ihren Sonntagsreden, wo sie von der Befreiung geredet haben, wahnsinnig damit beschäftigt, Zuckerl zu verteilen, daß dieses System heute ja schon bei uns nicht mehr finanzierbar ist. Und jetzt sind wir in der Situation, wo wir eigentlich die finanziellen Mittel, die wir bei uns schon nicht mehr haben, drüben einsetzen müßten, um etwas aufzufangen. Das ist der eine Bereich.

Der zweite Bereich ist: Ich persönlich würde mich, ob jetzt Opposition oder nicht Opposition – zu Beginn einer solchen Sondersituation, in der wir uns befinden, durchaus persönlich bereiterklären können, einen Gedanken mitzutragen, der lautet: Setzen wir uns doch alle zusammen und zahlen wir alle mit! Der Kollege Dr. Hirschmann hat das eine Sonderabgabe oder so etwas ähnliches genannt. Ich persönlich könnte mir vorstellen, das selbstverständlich mitzutragen, weil es ja anders nicht gehen wird. Es kann ganz einfach nicht anders gehen! Und ich würde auch das unterstreichen, was im Zusammenhang mit den Flüchtlingen so dort und da gesagt worden ist: Ist es nicht vielleicht so, daß der eine oder der andere, der dieser Einladung, die in den letzten 40 Jahren leider halt nur in Sonntagsreden erfolgt ist, jetzt gefolgt ist, in einer Situation, wo es in Österreich üblich geworden ist, jeden für einen Idioten zu bezeichnen, der das österreichische Sozialsystem nicht voll ausschöpft – und wer aus diesem Staat nicht alles herausholt, was herauszuholen ist, muß irgendwie blöd sein; das ist ja der Grund, warum dieses Sozialsystem nicht mehr finanzierbar ist –, und könnte es nicht unter Umständen sein – und hier plädiere ich dafür, die Menschen ganz einfach individuell zu betrachten und nicht kollektivistisch –, daß der eine oder der andere, der Österreich als seine neue Heimat aussuchen möchte oder ausgesucht hat, eine viel, viel engere Identifikation mit dieser Republik eingeht, als es der eine oder andere tut, der schon die längste Zeit hier bei uns lebt? Auch das sollen wir beachten! Daher würde ich meinen, hören wir auf, jetzt die Problematik in parteipolitische Kategorien einzuteilen: Ihr seid die Bösen, wir sind die Guten. Die bösen und die guten Gedanken gehen querfeldein durch alle politischen Bewegungen; und hören wir auch auf, die Menschen zu unterteilen in solche, die bei uns waren, und solche, die plötzlich hereindrängen, weil mir kommt das so vor, als wenn du auf der Straße einen zehnmal triffst und sagst: du mußt unbedingt bei mir vorbeikommen, und wenn er an der Tür läutet, sagt er: um Gottes Willen, so ernst habe ich das nicht gemeint.

Ich werde daher wirklich bereit sein und auch vorschlagen, daß in diesen Dingen von der Demagogie und der Emotion abgerüstet wird, überall. Wenn es Österreich gelänge, wenn es den westeuropäischen Ländern gelänge, eine stillschweigende Übereinkunft aller politisch verantwortlich denkenden Menschen zu finden, diese Themen nicht zu demagogischen Zwecken zu benutzen, dann wäre wahrscheinlich der westlichen Demokratie ein viel besserer Reifeprozess zu adjustieren, als es so manchmal den Anschein hat. (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 15.10 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (15.10 Uhr): Kollege Mag. Rader hat in seiner gerade zu Ende gegangenen Wortmeldung gesagt, daß er doch irgendwie befangen ist durch das politische Engagement. Ich beanspruche für mich, da ich erst seit kurzem hier in diesem Haus und daher – so glaube ich – weniger beeinflußt bin. Deshalb möchte ich den ersten Teil seiner Wortmeldung überhört haben, weil es mir zutiefst widerlich ist. Zum Zweiten möchte ich ein Schicksal, das sich hier abspielt hat, kurz erläutern. Ein Ostflüchtling mußte auf Grund der Schwierigkeiten seine Familie verlassen, ist nach Österreich gekommen und über Traiskirchen in die Steiermark. Ist hier fast zwei Jahre als U-Boot unterwegs gewesen, als Gelegenheitsarbeiter, wurde benutzt von Privaten und von Firmen, um dort als billige Arbeitskraft zu dienen. Dann ist er von einem Handwerksmeister auf einer Baustelle getroffen und ersucht worden, in ein reguläres Dienstverhältnis zu gehen. Es war vor einem Jahr – ein Spießrutenlaufen zwischen Bezirkshauptmannschaft, Arbeitsamt, Genehmigung und so weiter. Wenn der Kollege Mag. Rader jetzt gesagt hat, daß sich die Österreicher schützen wegen ihrer Arbeitsplätze, dann verstehe ich das schon, aber auf der anderen Seite haben wir eine Regelung, daß ein bei uns beschäftigter Ausländer zu den gleichen Kriterien entlohnt werden muß wie ein Inländer. Wenn ein Ausländer zu uns kommt und noch dazu das Sprachhemmnis hat, dann ist er aus betriebswirtschaftlichen Gründen von einem österreichischen Unternehmen nur dann als kostendeckend zu bezeichnen, wenn er wirklich einen Einsatzwillen bringt. Das heißt, der österreichische Arbeitnehmer wäre nur gefährdet, wenn ihm der Ausländer um vieles überlegen ist. Das wäre die Wettbewerbssituation. Ich kann auch erzählen von diesem Ausländer, der dann in einer Werkstätte gearbeitet hat, wo ein Lehrling ein Werkzeug angespuckt und in die Ecke der Werkstätte geworfen hat und zum Ausländer gesagt hat: „Mach schön apport, bring her“. Unter Zeugen, Tatsache. Jetzt sage ich, da steckt ein Geist dahinter, das ist kein Zufall. Deswegen bin ich so allergisch gegen Wortmeldungen und gegen Dinge, wie ich sie früher gehört habe. Dann sind die Verwandten dieses Mannes nachgekommen, zum Glück auch seine Frau und seine Kinder, und sind nach Graz, das erste Mal in die Herrengasse gekommen und haben die vollen Auslagen gesehen. Das war ein Schockerlebnis für sie, weil sie sich so etwas gar nicht haben vorstellen können. Als sie dann von Graz wieder zu ihrem Wohnort zurückgefahren sind, da waren sie bedrückt und deprimiert, denn sie haben erst begreifen können, in welchem Wohlstand wir leben und wie es ihnen und ihren Mitbürgern bisher gegangen ist. Wenn ich jetzt lese, daß die Ausländer zu uns kommen und die Kriminalität fördern, dann denke ich wohl an diesen Schock, den diese Menschen erleben, wenn sie zu uns kommen und den Überfluß sehen. Wir haben vor Jahren schon von einer Dekriminalisierung gesprochen bei der inländischen Kriminalität, und wenn nun ein Ausländer unter einem solchen Schockerlebnis seine Fassung verliert und irgendwo zugreift, so möchte ich das nicht beschönigen, aber ich kann es verstehen. Ich würde bitten, wenn wir gegenüber den Ausländern auch jenes Verständnis aufbringen würden, wie unseren eigenen Leuten gegenüber. So möchte ich die Sache gesehen haben. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.14 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (15.14 Uhr): Ich möchte nur ganz kurz auf zwei Debattenbeiträge eingehen. Das erste, was mich wirklich sehr geärgert hat vom Abgeordneten Mag. Rader, daß er meint, die Partei strafe ihn, weil er in der Flüchtlingsfrage eine liberale Position hätte. Typisch, wieder die Flüchtlinge als Sündenbock für den Herrn Rader. Turek sagt es sehr deutlich, warum er seinen Kollegen Rader nicht sehr schätzt. Durch sein zweijähriges Wirken hat die Partei abgewirtschaftet, und daher erklärt ihn Turek zu Recht als „Ludwig Schuldenberg“, und nicht, weil er in der Flüchtlingsfrage so liberal ist. (Abg. Weilharter: „In der ‚Tagespost‘?“) In der „Kleinen Zeitung“ vom 4. Dezember, wenn Sie wollen, so zitiere ich es: „Ludwig Rader hat angekündigt, daß die FPÖ-Abgeordneten dem Landesbudget 1991 die Zustimmung versagen werden. So weit, so gut. Mich überrascht nur, wie forsch er mit Worten wie: grauslicher Schuldenberg, schuldig an der Pleite, großer finanzieller Crash und so weiter, und so weiter um sich wirft. Das ausgerechnet zu einer Zeit, da Abbruchmaschinen auffahren, um die jahrzehntelange Heimstätte der FPÖ Steiermark, das Karl-Hartleb-Haus in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße dem Erdboden gleichzumachen. Es ist dies eine der Folgen von Raders durch obige Formulierungen zu beschreibendes zweijähriges Wirken als Obmann der FPÖ Steiermark. Ing. Klaus Turek, Graz.“ Sein Parteiobmann. (Abg. Trampusch: „Zum Budget – hast du gestern immer gesagt, Herr Kollege!“) Jetzt zum Budget. Der Kollege Weilharter wollte es, und ich bin ein freundlicher Mensch. Es stimmt, Kollege Sponer, daß die Steiermärkische Gebietskrankenkasse die einzige in Österreich war, die bei der Hauskrankenpflege nur eine Erinnerungspost hatte, aber kein Geld zur Verfügung gestellt hat, und es stimmt auch, und es war ihr Offenbarungseid, daß aus dem Unterstützungsfonds jenen Personen, die den Betroffenen bei der GKK-Bürokratie zu Gesicht gestanden sind, etwas gegeben worden ist. In anderen Bundesländern gab es Geld in Millionenhöhe. Es reichen nicht einige tausend Schilling aus, um Strukturen aufzubauen, und hier hat die Steiermärkische Gebietskrankenkasse keinen Groschen hergegeben. (Abg. Sponer: „Stimmt nicht!“) Hingegen zum Beispiel die Bauernkrankenkasse. Mir geht es darum, und das wollte ich zum Ausdruck bringen, daß in der Steiermark leider – Sie können die Rechnungsabschlüsse aller Gebietskrankenkassen österreichweit ansehen – kein Geld hergegeben wurde. In den anderen Bundesländern in Millionenhöhe. Daher sind wir auch im Bereich der ambulanten Dienste, bei der Hauskrankenpflege, hinten nach, und das ist schade. Hier hat die GKK am falschen Platz gespart, denn Spitalsbetten sind um ein Zsigfaches teurer als die Hauskrankenpflege. Das wissen wir, aber der Aufbau der Hauskrankenpflege wurde so in der Steiermark um Jahre verzögert. Das wollte ich sagen. (Beifall bei der ÖVP. – 15.17 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Tschernitz.

Landesrat Tschernitz (15.17 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsident!

18 Damen und Herren dieses Hohen Hauses haben sich nun mit den Fragen der Sozialpolitik dieses Landes auseinandergesetzt. Ich glaube, die letzten Diskussionen haben gezeigt, wie vielfältig die Meinungen in den Fragen des Flüchtlingswesens sind, und ich glaube, daß gerade die Steiermark eigentlich immer bemüht war, im Rahmen ihrer Möglichkeiten hier jene Voraussetzungen zu erfüllen, die erforderlich waren. Wir haben auch keine Quotenregelung gebraucht, sondern sind weit darüber hinaus mit der Anzahl von Asylanten und Flüchtlingen in unserem Lande gewesen. Wir haben derzeit rund 17 Prozent jener in Österreich weilenden Asylanten und Flüchtlinge, also jene 18.000, die jetzt genannt werden, und wir haben zur Zeit 40 Kurse in gemeinsamer Arbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung, mit der Caritas, im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung 9 laufen, um eine sprachliche Integration von Asylanten voranzutreiben beziehungsweise ihnen behilflich zu sein. Was wir gerade in dieser Frage dringend brauchen würden – und ich weiß schon, daß die Steiermark dieses Problem nicht lösen kann –, ist eben eine bessere Koordination zwischen dem Flüchtlingsbeauftragten der Rechtsabteilung 9, Herrn Hofrat Knapp, und dem Bund. Es gibt immer wieder Probleme und Fragen, wie sie auch von Frau Abgeordneter Kammlander angeführt wurden, mit der Unterbringung oft in sehr kleinen Räumen und unzureichend ausgestatteten Beherbergungsbetrieben. Ich meine also, daß hier natürlicherweise eine große Solidarität notwendig ist und daß man in Gesprächen und Verhandlungen jene Wege ebnen soll, die in der Flüchtlingsfrage notwendig sind.

Auch wenn man die Sozialpolitik mit anderen Bundesländern vergleicht, meine Damen und Herren, ist es sehr schwierig, weil es viele Länder gibt, die einfach keine Sozialhilfverbände haben, sich natürlich wesentlich flexibler ihre Sozialpolitik gestalten können und dadurch andere Ausgangspositionen haben als wir, die wir sehr stark auf die Sozialhilfverbände angewiesen sind, die autonom sind, die also selbst bestimmen, welchen Weg sie gehen.

Auch bei den Jugendheimen, die angesprochen wurden, meine Damen und Herren: Viele Bundesländer haben sich damit gerühmt, keine Jugendheime zu haben, aber sehr wohl – und auch jetzt noch – die Bitte an das Land Steiermark gerichtet, ihre so dringend notwendigen Fälle in der Steiermark zu lösen. Aber hier wird es ja zu Veränderungen kommen. Und wir möchten schon gar nicht eine Verantwortung – das darf ich einleitend sagen – unter Umständen an die Gemeinden abschieben, sondern im Gegenteil, wir würden uns freuen, wenn wir in diesem Bereich mehr Verantwortung hätten, weil wir in vielen sich uns anbietenden Möglichkeiten flexibler sein könnten, wenn wir jene Entscheidungsbefugnisse hätten, die an Hand der Geschäftsordnung in vielen dieser Bereiche nicht gegeben sind.

Aber ich glaube, daß das Land Steiermark das sehr richtig erkannt hat und daher vor zwei Jahren, im November 1988, der Hohe Landtag den steirischen Sozialplan mit den Grundsätzen für Planungen und Maßnahmen im Sozialbereich des Landes beschlossen hat. Alle Maßnahmen sollen demnach so ausgerichtet

sein, daß natürlicherweise der Mensch auch dann, wenn er Hilfe, Beratung, Betreuung oder Pflege braucht, in seinem gewohnten Lebensbereich, seiner Wohnung, seiner Familie, seiner Gemeinde, zumindest in seinem Bezirk verbleiben kann. Und es müssen folgende Grundsätze gelten, und die müssen wir voranstellen: mobil vor stationär, dezentral vor zentral, kleine Einheiten und gemeindenah. Das müssen die Grundsätze in dieser Sozialpolitik sein. Das Land soll sich demnach so weit als möglich auf die Planung, Vorgabe von Richtlinien und Kontrolle beschränken und natürlich keine zusätzlichen eigenen Einrichtungen betreiben. Zur Entlastung der stationären Einrichtungen muß dringend der flächendeckende Ausbau jener mobilen Altenbetreuung angestrebt werden. Die Voraussetzungen dafür, meine Damen und Herren, sind: die Regelung der Finanzierung, der Aufbau einer Organisationsstruktur in unserem Lande, die Regelung der Aus- und Fortbildung für die mobilen Betreuungsdienste, wie Altenhelfer, Pflegehelfer und natürlicherweise auch Heimhilfen.

Als beste Lösung der Finanzierung wird allgemein die Einrichtung einer Pflegeversicherung – sie ist ja von einigen Damen und Herren Abgeordneten genannt worden – auf Bundesebene anerkannt und auch dringend gefordert. Auch die Landessozialreferenten haben sich vor kurzem mit dieser Frage auseinandergesetzt und werden mit Bundesminister Geppert darüber bereits am 18. Dezember weitere Gespräche in dieser Richtung führen. Und wir wollen, weil wir glauben, daß es richtig ist, ein bundeseinheitliches Pflegevorsorgegesetz in diesem Sinne zu beschließen. Nur wenn es nicht möglich sein sollte, daß sich eine Regelung auf Bundesebene abzeichnet, müssen wir, meine Damen und Herren, auf Landesebene eine Übergangsregelung schaffen. Eine solche ist im Rahmen einer Novelle des Sozialhilfgesetzes sicherlich am raschesten durchführbar und auch am raschesten möglich. Es ist nämlich nicht mehr zu verantworten, den Ausbau der mobilen Altenbetreuung und Altenpflege weiter hinauszuschieben. Wir spüren es in allen Bereichen, wie dringend notwendig gerade diese Frage uns in der letzten Zeit immer wieder betrifft. Die Organisationsstruktur für diese mobilen Pflege- und Betreuungsdienste muß durch die Einrichtung von Sozialsprengeln in den Bezirken erfolgen. Einige Sozialhilfverbände, wie zum Beispiel – wenn ich sie nur kurz nennen darf – Leibnitz, Mürzzuschlag und Liezen, sind schon dabei, diese Einrichtungen zu schaffen, die Gemeinden ihres Bereiches in Sozialsprengel zusammenzufassen, und ich kann auch hier mit Gewißheit sagen, daß bis spätestens März 1991 ich dem Steiermärkischen Landtag auch den Altenplan vorlegen werde können, in dem dann der regionale Bedarf an mobilen und stationären Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen festgelegt sein wird.

Ein Arbeitsschwerpunkt für das kommende Jahr wird auch die Regelung der Aus- und Fortbildung für Betreuungspersonal in der Altenhilfe, Behindertenhilfe und auch in der Jugendwohlfahrt sein. Die Vorbereitungsarbeiten, meine Damen und Herren, dazu sind bereits in Zusammenarbeit mit den privaten Wohlfahrtsträgern angelaufen. Auch dann, wenn wir die mobile Altenbetreuung und Altenpflege flächendeckend ausgebaut haben, werden wir weitere

Pflegeeinrichtungen in der Steiermark brauchen, und ich meine damit immer, daß die bestehenden Heime einfach nicht abgeschafft werden können, aber sie müssen dem neuen Standard angepaßt werden, und sie müssen in ihrem Bereich verbessert werden. Das Land wird keine weiteren – und das ist heute auch schon hier gesagt worden – zentralen Landesaltenpflegeheime mehr errichten. Das ist sicher ein richtiger Entschluß, der dem Sozialplan des Steiermärkischen Landtages entspricht. Das Land darf sich aber durch diesen Entschluß nicht seiner Verpflichtung entziehen und muß die Gemeinden und vor allen Dingen auch die Sozialhilfeverbände bei der Errichtung von Pflegeheimen entsprechend fördern und unterstützen.

Die im Budget 1991 vorgesehenen Mittel in einer Höhe von 7 Millionen Schilling werden dafür in den nächsten Jahren sicherlich nicht ausreichen. Meine Damen und Herren, das ist uns sicherlich allen gemeinsam bewußt. Die notwendige gesetzliche Regelung für die Errichtung, den Betrieb und die Ausstattung von Pflegeheimen wird vom Bund erfolgen müssen. Ein diesbezüglicher Entwurf eines Pflegeheimgesetzes, das so dringend benötigt wird, liegt bereits vor. Die Länder werden im kommenden Jahr die Verhandlungen mit dem Bund darüber aufnehmen. Die steigende Nachfrage nach Beratung für die Errichtung und Ausstattung von Pflegeheimen erfordert auch in unserem Bundesland die Einrichtung eines Referates für behinderten- und pflegegerechtes Bauen. Auch das, meine Damen und Herren, ist bereits von Abgeordneten dieses Hohen Hauses heute schon gesagt worden. Und ich freue mich daher, daß meine Forderungen auf Einrichtung eines derartigen Referates in der Landesbaudirektion mit einem Resolutionsantrag zu diesem Budget auch unterstützt wird.

In der Behindertenhilfe war im vergangenen Jahr der weitere Ausbau der mobilen Frühförderung und der mobilen Therapie in Zusammenarbeit gerade mit den privaten Wohlfahrtsträgern möglich. Wir verfügen auch über das erste – auf das, glaube ich, können wir auch in der Steiermark stolz sein – Ausbildungsinstitut für Frühförderer in Österreich und haben damit die Möglichkeit, jährlich eine entsprechende Anzahl von Frühförderern auszubilden, die wir in den nächsten Jahren auch sehr, sehr dringend im Bereich der Jugendwohlfahrt benötigen. Derzeit betreuen 42 Frühförderer 216 Kinder in unserem Bundesland. Für eine flächendeckende Betreuung werden wir voraussichtlich 160 bis 200 Frühförderer brauchen. Hier ist auch eine entscheidende Frage der Kindergartenbereich, der durch ein gutes Konzept für die heilpädagogischen Kindergärten eigentlich geregelt ist. Es gilt nur, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Eingliederung von behinderten Kindern in Regelkindergärten, wann immer diese möglich ist, auch erfolgt. Die schulische Integration – die Steiermark hat hier wichtige Pionierleistungen erbracht – kommt leider über das Schulversuchsstadium nicht hinaus. Der Schulbereich braucht endlich ein Gesamtkonzept für die Integration behinderter Kinder, das auf die dezentrale Organisationsstruktur der Behindertenhilfe in den Bezirken Bedacht nimmt. Es ist hoch an der Zeit, daß der Bund in diesem Bereich endlich tätig wird. Auch das müssen wir mit aller Klarheit zum Ausdruck bringen. Der Schwerpunkt in der Behindertenhilfe liegt derzeit im weiteren Ausbau

der Wohnversorgung für Behinderte. Im vergangenen Jahr konnten mehrere Wohn- und Tageswerkstättenprojekte begonnen werden. Unser Ziel ist es, dezentral und gemeindenah jene Wohnformen über die privaten Behindertenorganisationen anbieten zu können, in denen der Behinderte seiner Fähigkeit entsprechend wohnen kann. Es werden das kleine Wohnheime mit laufender Betreuung und Wohngemeinschaften und Wohnungen mit stundenweiser Betreuung sein. Der Aufbau der mobilen Betreuungs- und Pflegedienste ist auch für diesen Bereich von ganz großer Wichtigkeit. Wir verfügen in der Steiermark über 850 Wohnplätze für behinderte Menschen. In den nächsten Jahren werden wir mindestens weitere 700 Wohnplätze in unterschiedlichen Wohnformen schaffen müssen.

Das Konzept über den regionalen Bedarf und den Standard der Wohnformen für Behinderte wird derzeit in einem Arbeitskreis erstellt, in dem Vertreter des Behindertenreferates der Landesregierung und aller privaten Behindertenorganisationen mitarbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme nun zum dritten Bereich meines Ressorts neben der Sozial- und der Behindertenhilfe, nämlich zur Jugendwohlfahrt. Das Budget 1991 weist eine Steigerung gegenüber dem heurigen Jahr um 57 Millionen Schilling auf, neben der üblichen jährlichen Steigerung bringt das neue Jugendwohlfahrtsgesetz zusätzliche Ausgaben von rund 47 Millionen Schilling.

Ich bin der Meinung, daß dieses Geld sehr gut angelegt ist, es kommt gefährdeten Kindern und Jugendlichen und deren Familien zugute. Wenn man Entwicklungen im Ausland betrachtet, ich verweise hier auf die Proteste von Schülern und Jugendlichen in England, in Berlin oder in Frankreich, so sieht man, daß hier ein ganz großes Gefährdungspotential gegeben ist. Kinder und Jugendliche müssen daher dort, wo Verhaltensauffälligkeiten und Probleme auftreten, möglichst rasch betreut werden. Dafür sieht das neue Jugendwohlfahrtsgesetz einen Rechtsanspruch auf Kostenzuschüsse für Frühförderung, Therapien und die sogenannte sozialpädagogische Familienbetreuung vor.

Wenn Kinder fremd untergebracht werden müssen, werden in Zukunft noch besser geschulte Pflegeeltern und Tagesmütter zur Verfügung stehen, auch das Angebot an Plätzen in Heimen oder heimähnlichen Einrichtungen, wie Wohngemeinschaften, wird verbessert werden.

Die Situation unserer drei Landesjugendheime wurde auch angesprochen. Ich darf hier noch einmal darauf hinweisen, daß bereits seit über einem Jahr intensiv an einer Umstrukturierung gearbeitet wird. Ich werde demnächst das erste Grundkonzept über die zukünftige Ausgestaltung der Heime vorlegen, das ein kräftiges Abspecken vorsieht, was die Zahl der Betreuungsplätze, Personal und die räumliche Situation der Heime anlangt. Weitere Verbesserungen im Bereich der Betreuung von Problemfamilien erwarte ich mir von der geplanten Einrichtung einer Ambulanz in der heilpädagogischen Station, vom Ausbau der Erziehungsberatung und von der Installierung des Kindersorgentelefon, das Anfang November in Betrieb gegangen ist. Wie Sie, sehr geehrte Damen und Herren, anhand dieser Beispiele sehen, gibt es im Bereich der Jugendwohlfahrt sehr viele und, wie ich meine,

zukunftsweisende Aktivitäten. Die Sozialpolitik ist in der Steiermark traditionell auf die Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Wohlfahrtsträgern ausgerichtet. Diese Zusammenarbeit hat sich bestens bewährt, und ich bin im Interesse einer weiterhin guten Entwicklung im Sozialbereich bestrebt, verstärkt mit allen privaten Wohlfahrtsträgern und Sozialinitiativen zusammenzuarbeiten. Wir werden sicherlich mehr Mittel im Rahmen der Jugendwohlfahrt brauchen, zur besseren Integration und Betreuung von Flüchtlingen, für den Wohnbau und die neuen Wohnformen für Behinderte und für die mobile Betreuung von Behinderten und älteren Menschen. Ich persönlich glaube, es hat sich vieles verändert, und es muß sich noch vieles in der Sozialpolitik dieses Landes verändern.

Ich möchte aber wirklich herzlich danken allen, die sich gerade in diesem Jahr so intensiv bemüht haben, diese Veränderungen herbeizuführen, vor allen Dingen den Mitarbeitern der Rechtsabteilung 9, Herrn Hofrat Dr. Knapp, vor allen Dingen auch Frau Hofrat Dobida, die sich besonders im Bereich der Jugendwohlfahrt engagiert hat. Ich möchte danken den Herren Bürgermeistern, den Mitarbeitern in den Bezirkshauptmannschaften, allen privaten Wohlfahrtsträgern und ihren Mitarbeitern, vor allen Dingen auch jenen Familien, die diese so schwierige Last auf sich nehmen und innerhalb der Familie die Betreuungsformen aufrechterhalten oder die sogenannte Nachbarschaftshilfe immer noch ausüben. Ihnen gebührt ein besonderes Dankeschön. Ich darf aber auch den Mitarbeitern in meinem Büro danken. Sie, meine Damen und Herren, möchte ich ersuchen, daß Sie mithelfen, die großen Aufgaben in der Sozialpolitik, die zu bewältigen sein werden, den Menschen unseres Landes näherzubringen. Denn wir werden diese Aufgaben nicht bewältigen können, wenn nicht die finanziellen Anforderungen bewältigt werden, und das wird nicht möglich sein, wenn nicht die große Gemeinschaft dieses Landes unter Umständen auch einen kleinen Beitrag dazu leistet. Das ist meine Bitte an Sie, verbunden mit einem herzlichen Dank für die große Anzahl an Debatten und Diskussionsrednern. Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und VGÖ/AL. – 15.37 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Meine Damen und Herren, wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart.

Abg. Erhart (15.38 Uhr): Sehr verehrte Damen und Herren, Hoher Landtag!

„Wohnungsnot – Geld ist da, aber der Bau verzögert sich“ oder „Wohnungsnot, aber Geld wird nicht verbaut“, so lauteten einige Überschriften in den steirischen Tageszeitungen Mitte November, und im Fettgedruckten kann man dann gleich in einem Artikel einer der meistgelesenen Zeitungen lesen, daß eigentlich nur einer schuld daran ist, nämlich die gemeinnützigen Bauvereinigungen. Heißt es hier doch – ich zitiere wörtlich –: „Neuer Schock beim Dauerbrenner Wohnbau: Die sogenannten gemeinnützigen Bauvereinigungen besitzen Rücklagen von 2,5 Milliarden Schilling – aber in Graz fehlen Tausende Wohnungen! Mit diesem

Faktum wartete Wohnbaulandesrat Hermann Schaller auf, der unter anderem zugab, daß auf Grund einer statistischen Erhebung die Grüne Mark hinter Vorarlberg an der zweiten Stelle bei der Baupreishöhe liegt“, steht dann weiter hier im Fettgedruckten zu lesen.

Sehr verehrte Damen und Herren, daß der Schreiber dieser Zeilen sich diese Aussagen nicht bloß aus den Fingern gesogen hat, beweist allerdings ein vom Herrn Landesrat aufgelegtes und zugesandtes Pressepapier, wo eine Schuldzuweisung in der vorher genannten Form zwar nicht stattfindet – ich betone das –, aber dafür unter dem Titel „Wohnbaukosten einbremsen“ eine Reihe von Maßnahmen gefordert beziehungsweise angekündigt wird, die hauptsächlich an die Adresse der gemeinnützigen Bauträger geht.

Diese haben auch darauf reagiert – das ist natürlich dann bei der Presse nicht mehr ganz in dieser Stärke gekommen –, und die gemeinnützigen Bauträger stellen in ihrer Reaktion fest, daß grundsätzlich außer Streit stehe, daß die Baukosten in der Steiermark überdurchschnittlich hoch gestiegen sind, dafür aber nicht die Bauvereinigungen verantwortlich gemacht werden können, weil diese ja schließlich österreichweit gesetzlich gleich geregelt werden.

Das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz oder entsprechende Verordnungen, zum Beispiel Entgelttrichtlinienverordnung, sind nämlich tatsächlich von Wien bis Vorarlberg oder von Salzburg bis ins Burgenland für alle Wohnbauträger gleich.

Die Ursachen können also nicht in den Bereichen liegen, die bundesweit einheitlich geregelt sind, sondern müssen wohl dort gesucht werden, wo sich die Steiermark von den anderen Bundesländern unterscheidet, sagen die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen. Und das klingt auch an und für sich sehr, sehr logisch.

Doch nun zu den einzelnen Vorschlägen, die die Wohnbaukosten einbremsen sollen: So will Landesrat Dipl.-Ing. Schaller in allernächster Zeit der Landesregierung einen Antrag zur Beschlußfassung vorlegen, der die Vergabe der Förderungen an gemeinnützige Bauvereinigungen an folgende Bedingungen bindet:

Während der Bauzeit müssen die zur Finanzierung erforderlichen Baudarlehen durch Eigenmittel der Bauvereinigungen vorfinanziert werden.

Die Zinsendifferenz beträgt derzeit 4,5 Prozent – die zulässige Bankverzinsung ist derzeit 9,25 Prozent, zulässige Eigenmittelverzinsung 4,75 Prozent; daher ergibt sich diese Zinsendifferenz.

Zu diesem Vorschlag, Herr Landesrat, ist zu sagen – und das sagt auch die Landesgruppe der steirischen Gemeinnützigen –, daß das ja bei den meisten Wohnbauträgern längst geschieht. Bei vielen geschieht dies also schon lange, und so werden Eigenmittel eingesetzt, die während der Bauzeit weitestgehend eine Vermeidung teurer Baukreditkosten mit sich bringen. Ich finde persönlich diese vorgeschlagene Maßnahme für jene richtig, die vielleicht noch bis heute, entgegen der Darstellung der Landesgruppe, noch mit teuren Baukreditzinsen zwischenfinanzieren. Aber nachdem glaubhaft erscheint – und ich kann das aus meinem Nahbereich sagen –, daß die meisten, wie schon gesagt, ohnehin zwischenfinanzieren, wird mit dieser

Maßnahme nicht viel zu holen sein. Und ich hätte da, Herr Landesrat, einen ganz anderen Vorschlag:

Könnte das Land nicht Regelungen treffen, die auch diese 4,75 Prozent Zinsen unnötig machen, indem vom Land Zwischen- und Teilabrechnungen sofort erledigt und prompt abgerechnet werden? Oder ist so etwas bei unserer Steiermärkischen Landesregierung nicht denkbar, daß man hier Wege findet und dieses Ziel anpeilt? Manchmal wird spaßhalber von in der Wohnbaubranche tätigen Menschen der Vorwurf gemacht, daß die Landesregierung in diesen Fragen oft keine Steiermärkische Landesregierung, sondern eher eine Steiermärkische „Langsam“-Regierung sei.

Ist das also möglich oder nicht? Ich persönlich glaube, daß so etwas bei gutem Willen möglich sein müßte. Und ich könnte mir ein Modell vorstellen, nachdem das Land ohnehin zwei Drittel dieser Gesamtbaukosten letztlich als Objektförderung zur Verfügung stellt, daß das zu Beginn, nach Genehmigung eines Objektes, eigentlich schon an die Genossenschaft gehen könnte oder zumindest – was weiß ich – so ähnlich wie ein Kontokorrentkredit an irgendeine Bezirksbank und daß dort die Genossenschaft die Möglichkeit hätte, bei Einlangen von Teilrechnungen diese zu bezahlen. Es ist ja ganz klar: Ein Baumeister, der zum Beispiel einen Keller fertiggestellt hat oder den nächsten Bauabschnitt, der will ja abgerechnet bekommen. Und wir wollen ja die Skonti – und zu diesem Punkt komme ich noch – haben; sie sollen ja dem jeweiligen Objekt zugeführt werden. Da muß die Genossenschaft in der Lage sein, sofort zu bezahlen. Wenn das Geld eigentlich schon dafür da ist, das ja ohnehin dann später aufgebracht werden muß, und zwar nicht viel später, dann könnte man nämlich tatsächlich diese 4,75 Prozent Eigenmittelkosten auch noch einsparen. Das heißt, wir würden hier zu null Prozent kommen, und das wäre, glaube ich, eine wirkliche, echte Maßnahme zur Verbilligung der teuren Wohnbaukosten. Das wäre meiner Meinung nach ein Weg. Natürlich müßte man das ausfeilen, aber Kontrollmöglichkeiten gibt es genug, letztlich bis zum Landesrechnungshof, der ja überall hineinschauen kann. Es hat die Rechtsabteilung 14 die Möglichkeit in der ganzen Abwicklung. Es ginge also nur darum, daß nicht das Land durch diese etwas langsame Abwicklung praktisch die Genossenschaften zum Zwischenfinanzieren mehr oder weniger zwingt, sondern daß sofort finanziert werden kann, mit all den Kontrollmechanismen dabei, und auf diese Weise könnten die Wohnbaukosten drastisch heruntergebracht werden. Denn ich sehe keinen Sinn für das Land zu appellieren und bei den Genossenschaften zum Beispiel die Lösung zu suchen, und gleichzeitig sitzt man eigentlich auf den eigenen Mitteln. Wenn man die früher reaktiviert, dann können wir hier viel ersparen. Das ist mein Vorschlag, sehr verehrte Damen und Herren und lieber Herr Landesrat, zu dieser Frage. Ich weiß schon, daß der Teufel, wie überall, im Detail steckt, aber man könnte, wenn man den guten Willen hat, hier sicherlich einen Weg finden und eine Veränderung herbeiführen und könnte hier viel Geld sparen.

Zu den anderen Punkten, bitte schön: Im zweiten Punkt hier, die Baugenossenschaften betreffend, heißt es, daß auf die sogenannte Eigenkapitalkomponente bei Erreichung bestimmter Rücklagen ganz oder teil-

weise verzichtet werden muß. Ich stimme dem grundsätzlich auch zu, doch möchte ich dazu sagen, daß diese 2 Prozent durch eine Bundesverordnung eben im Sinne der Herstellungskosten – bei Eigentumswohnungen allerdings nur – zur ordnungsgemäßen Wirtschaftsleistung und Wirtschaftsführung gedacht sind, daß diese 2 Prozent letzten Endes natürlich insofern ein heikles Thema sind, als wir auch wissen, daß Genossenschaften wohl wirtschaftlich erhalten bleiben und ihre Kraft erhalten müssen.

Ich nehme gleich den dritten Punkt dazu, betreffend die Skonti. Es ist auch hier so, so sagt es die Wohnbaugruppe aus, und ich kenne das von meiner Genossenschaft, daß diese Skonti schon längst den jeweiligen Objekten zugeführt werden, obwohl – das ist österreichweit ein bißchen anders – auf Grund einer OGH-Entscheidung eigentlich diese Skonti den Bauvereinigungen gehören würden. Auch hier eine Forderung, eine Auflage, die zum größten Teil erfüllt wird und daher nicht viel bringen kann.

Verehrte Damen und Herren! Ich möchte mich hier im speziellen weniger zu sehr zu dieser Eigenkapitalkomponente äußern, mir ist nur aufgefallen, daß in einem Entwurf der Rechtsabteilung 14 es fast so ausschaut wie eine lex ÖWG, weil wir hier eine Variante haben, die besagt, daß nur die verzichten müssen auf die Eigenkapitalkomponente oder in einer zweiten Variante ist eine Staffelung so, daß es wieder nicht die meisten trifft, sondern nur die ganz Großen oder eigentlich fast nur einen ganz Großen in Graz, und alle anderen würden da hinausfallen. Wenn ich nur an meine Genossenschaft zu Hause denke, stört uns das überhaupt nicht, denn wir haben eine Rücklage von 65 Millionen Schilling. Ich habe einmal geglaubt, daß das viel Geld ist, aber tatsächlich könnte man davon durch die Bindungen, die gegeben sind, bestenfalls 15 Millionen investieren, und wie schnell man diese 15 Millionen dann irgendwo hineingesteckt hätte und nicht mehr liquid wäre und wirtschaftlich gefährdet wäre, das ist die andere Seite von dieser Medaille. Also wirklich zu holen ist hier auch nicht viel. Die Wohnbauvereinigungen sind dieser Meinung, aber nicht nur die, sondern neben den verantwortlichen Vorständen und Aufsichtsräten der Genossenschaften ein ganz anderer Kreis, nämlich die Betriebsräte von 450 Angestellten und Arbeitern der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die sich natürlich Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen, wenn es um die gesunde Existenz der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft geht. Alle wissen, wie lange lebt man schon von der Substanz.

Ich möchte abschließend feststellen, sehr verehrte Damen und Herren, daß allgemein begrüßt wird, daß es nun einen Forschungsauftrag seitens der Landesregierung mit dem Ziele geben wird, die wahren Ursachen der hohen Differenz zwischen den Baukosten der Steiermark und denen der anderen Bundesländer aufzudecken. Es wäre sicher sehr angebracht, dieses Ergebnis abzuwarten, jetzt keine vorschnellen Beschlüsse auf Regierungsebene zu fassen, dafür aber dann rigorose Veränderungen anzustreben, als jetzt zu glauben, daß man die Baukostenverteuerung über die gemeinnützigen Wohnbauträger hereinbringen kann. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 15.53 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (15.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der soziale Wohnbau kommt immer mehr ins Schußfeld der Kritik. Nicht erst seit der Verländerung der Wohnbauförderung wendet sich der Unmut auch in der Steiermark gegen die Genossenschaften, die sich gemeinnützig nennen. Einerseits werden auch vom zuständigen Landesrat die hohen Rücklagen der Wohnbauträger kritisiert – andererseits sollen die hohen Architektenhonorare an der Verteuerung der geförderten Wohnungen Mitschuld tragen.

Nehmen wir die Ziele im steirischen Entwicklungsprogramm für das Wohnungswesen ernst – die da lauten: „Wohnungswerber sind in dem Maße zu fördern, daß auch sozial Schwächeren ohne unzumutbare finanzielle Belastungen eine bedarfsgerechte Wohnung zur Verfügung gestellt werden kann.“ Nach diesem Ziel läuft doch einiges falsch.

Die Wohnungsnot in Graz ist bekannt – Zehntausende Menschen suchen eine Wohnung –, laut einer Prognose des Bautenministeriums werden es im Jahr 2000 doppelt so viele sein. Es gibt fast 2000 Wohnungslose in dieser Stadt, und auch die untere Mittelschicht ist von den teuren Wohnungskosten bedroht. 240.000 Grazern stehen rund 110.000 Wohnungen zur Verfügung – 30.000 davon sind Substandard oder reparaturbedürftig.

Die gesetzliche Auflage, ab 50 Wohneinheiten einen Architektengestaltungswettbewerb durchzuführen, kann sicher nicht allein als Ausrede für die Kostenexplosion im sozialen Wohnungsbau herhalten. Auch ohne Architektenwettbewerbe war die Steiermark schon Anfang der 70er Jahre im Spitzenfeld der teuersten geförderten Wohnbauten zu finden. Das ist nicht erst eine Erscheinung der letzten Jahre. Die Architektenplanungen ermöglichen Betreuungsleistungen gemeinsam mit den Siedlergemeinschaften, verbesserte Preiskontrollen und eine Hebung der Gestaltungsqualität.

Ich möchte hier nur ein positives Beispiel aus Niederösterreich anführen. Da sind drei Vorarlberger Architekten, die haben einen Preis bekommen, und anlässlich der Verleihung des Architektenpreises an dieses Baukünstlerkollektiv wurde 1988 wirklich ein architektonisches Alternativkonzept gewürdigt, das seit 1981 in einer Reihe von Bauten im ländlichen und urbanen Raum verwirklicht wurde. Nach anfänglichen Schwierigkeiten stimmten die verantwortlichen niederösterreichischen Landespolitiker erstmals zu, einer Personengruppe ohne jede Zwischenschaltung einer Wohnbaugenossenschaft die Wohnbauförderung zu erteilen. Ein Kredit von 14 Millionen Schilling mit 2 Prozent Verzinsung mit einer 30jährigen Laufzeit wurde damals zugesichert. Bei der Schlußabrechnung erwies sich, daß die finanzielle Belastung der einzelnen Familien wesentlich geringer war als bei vergleichbaren konventionellen Reihenhausprojekten. Die Baukosten betragen rund 16 Millionen Schilling pro Familie. Es waren rund 500.000 Schilling an Barmitteln einzubringen. Die monatliche Kreditrate beträgt 2000 Schilling, die Betriebskosten kommen auf zirka 1200 Schilling pro Monat. Je nach Heizung werden pro Jahr 10.000

bis 18.000 Schilling an Heizkosten veranschlagt. In den Wohnkosten von rund 3500 bis 4000 Schilling pro Monat sind also nicht nur Wohnen im Grünen, sondern auch die Benützung der großzügig angelegten Gemeinschaftsräume enthalten: Sauna, Fitneßräume, Kindergarten stehen ebenso zur allgemeinen Verfügung wie Hobby- (Tischlerei, Töpferei, Dunkelkammer, Autowerkstätte) und Nutzräume (Gemüsekelter, Waschküche und so weiter).

Und auch im „Standard“ von heute ist nachzulesen, daß die Architekten meinen, die Wohnbauträger machen es sich zu einfach mit der Behauptung, Qualitätsarchitektur verteure das Wohnangebot. Anderenfalls müßten dann doch die 0815-Bauten erheblich billiger sein, wird hier anlässlich einer Grazer Tagung vermerkt. Wir sehen das Dilemma für die Wohnungsuchenden in der teuren Eigentumsideologie im sozialen Wohnbau und dem jahrzehntelangen Versäumnis kommunaler Bodenvorratspolitik. Dazu kommt, daß auch nach dem neuen Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz die Rechtsposition der Förderungswerber/innen nicht verbessert wurde. Die Zuteilung der Förderung – ich zitiere Prof. Pauger, der im Zusammenhang mit der Kontrolle im Bauwesen einiges schon in der Steiermark zur Verbesserung dieser Kontrolle beigetragen hat – als „... staatlich und politischer Gnadenakt ist noch immer der Willkür amtlicher Stellen überlassen.“

Für eine Förderung besteht demnach kein Rechtsanspruch. Der heuer zur Verfügung stehende Wohnbauförderungsbetrag von 3,4 Milliarden Schilling wird nach Einlangen der Förderungsanträge vergeben – frei nach dem Motto: Wer zuerst kommt, malt zuerst. Die Bedachtnahme auf wirklich einkommensschwache Landesbürger und -bürgerinnen erfolgt mit den derzeit überhöhten Einkommensobergrenzen von 20.800 Schilling für die einzelne Person und 31.250 bis 39.600 Schilling für zwei bis vier Personen.

Wenn der Durchschnittsbruttojahresverdienst von Männern bei rund 210.000 Schilling und von Frauen bei rund 140.000 Schilling liegt, so sind die Obergrenzen in der Steiermark so gewählt, daß fast 100 Prozent der steirischen Bevölkerung als Sozialfälle und als förderungswürdig anerkannt werden. Für uns stimmen die Relationen nicht mehr. Sie wissen, wenn die Finanzierungshürde übersprungen ist, reicht in vielen Fällen das monatliche Einkommen für die zumutbaren Wohnungskosten nicht mehr aus. Der Einkommensbegriff wurde 1989 neu definiert. Seither werden die Sozialhilfe, die Alimente, das Karenzgeld, die Stipendien, der Hilflosenzuschuß und Pflegeeinnahmen für Kinder dem monatlichen Einkommen zugezählt und dadurch Hunderte oder Tausende von Haushalten jetzt schon in der Steiermark von der Wohnbeihilfe ausgeschlossen. (Abg. Kanduth: „Das hat mit der Verländerung nichts zu tun!“) Sicher hat das etwas mit der Verländerung zu tun. Herr Kollege, vorher war das nicht. Als das Bundesgesetz noch gegolten hat, war nicht derselbe Einkommensbegriff anzuwenden. (Abg. Kanduth: „Das hat mit der Verländerung nichts zu tun. Mit der Steuerreform wurden die Einkommensgrenzen verändert, nicht die Wohnbauförderung!“) Aber, Herr Kollege, die Steirer haben das in ihrer Wohnbauförderung so beschlossen. Es haben ja alle Länder das machen müssen, Herr Kollege Kanduth. (Abg. Kanduth: „Das

ist ein Bundesgesetz!“) Aber das Bundesgesetz zwingt uns überhaupt nicht, in der Wohnbauförderung denselben Einkommensbegriff zu verwenden. Das ist ein falscher Schluß von Ihnen. In Oberösterreich – ich kann Ihnen das aus einer Zeitung vom 14. August 1990 zitieren – hat auch die Landesregierung die Wohnbeihilfe zu beschließen, und da heißt es: „Die Wohnbeihilfe des Landes Oberösterreich wird neu geregelt. Die soziale Lage wird deutlicher berücksichtigt, Transparenz und weniger Bürokratie sollen den Zugang erleichtern. Der Wohnbaureferent der Oberösterreichischen Landesregierung von der SPÖ, der Herr Leo Habringer, nimmt einen nach seinen Worten ‚gerechteren Einkommensbegriff‘ als Grundlage. Familienbeihilfe, Unterhaltsleistungen für Kinder, Einkünfte aus Ferialjobs, Pflegegelder oder Hilflosenzuschüsse werden nicht mehr dem Haushalteinkommen zugerechnet. Vom tatsächlichen Jahresbruttoeinkommen werden die Werbungskosten und die Lohnsteuer abgezogen . . .“ und so weiter. (Landesrat Dipl.-Ing. Schaller: „Die Pflegegelder werden nicht hinzugerechnet!“) Die Pflegegelder werden schon zugerechnet. Einkünfte aus Ferialjobs werden auch zugerechnet. Alimente, alles wird bei uns in den Einkommensbegriff hineingerechnet. Auf jeden Fall werden durch diesen Sparstift gerade die Alleinerzieherinnen, die kinderreichen Familien und ältere Menschen dafür bestraft, daß sie noch zusätzliche Einkommen haben, und zwar Einkommen, die ja beweisen, daß sie sehr niedrige Verdienste haben. Man sollte sich wirklich überlegen, hier etwas zu ändern, und so viel ich weiß, hat ja die SPÖ schon einen diesbezüglichen Resolutionsantrag eingebracht. Ich werde für Anfang 1991 eine Änderung der Wohnbauförderungsrichtlinien analog den oberösterreichischen beantragen.

Auf ein weiteres Problem möchte ich auch noch hinweisen: Die vorzeitigen Rückzahlungen für geförderte Wohnungen haben zwar den Förderungstopf schneller wieder aufgefüllt, aber statt diese heute billigeren Wohnungen zu sichern, konnten sie nach Adaptierung gewinnbringend an Vermögende weiterverkauft oder vermietet werden. Sie liegen ja auch von der räumlichen Anordnung besser als die heutigen Wohnungen an der Peripherie. Die dauerhafte Sozialbindung geht mit dieser Vorgangsweise auch vorzeitig verloren.

Es gilt jetzt, beide Seiten des Wohnungsproblems – die quantitative und die qualitative – zu diskutieren. Wenn heute Familien und Einzelpersonen mit geringem Einkommen keine Wohnung finden, weil sie zu Preisen angeboten werden, die ihre Zahlungsfähigkeit übersteigt, dann müssen wir den eingeschlagenen Weg der sozialen Wohnbaupolitik korrigieren.

Am Schluß: Dem Landesrechnungshof wird es obliegen, sich ehestens mit der Überprüfung der Besitz- und Benütungsverhältnisse der geförderten Wohnungen zu beschäftigen. Es ist von besonderem öffentlichen Interesse, ob geförderte Wohnungen leerstehen oder unrechtmäßig benützt werden oder vielleicht sogar mehrere gleichzeitig beansprucht werden. Der Bundesrechnungshof hat in Wien diesbezügliche Überprüfungen angestellt – auch ein Bericht im „Standard“ vom Juli 1990 – und dabei feststellen müssen, daß entgegen den gesetzlichen Verpflichtungen – jetzt der Kommune oder der Förderungsgeber – keine nach-

träglichen Kontrollen der Besitzer und Besitzerinnen von geförderten Wohnungen stattfinden. Eine Reihe von Mißbräuchen wurde hier in Wien aufgedeckt.

Um die Meldepflicht für leerstehende Wohnungen und gesetzliche Zuweisungsrechte werden wir auf Grund der Wohnungsnot wohl in der nächsten Zeit auch nicht herumkommen. Ein weiterer Lösungsansatz für Graz: Graz hat Baugrundprobleme, aber diese könnten in absehbarer Zeit durch den Rückbau der Grazer Kasernen, die ja riesiges Gelände beanspruchen, und die Verbauung militärischer Areale behoben werden.

Der sichtbaren und prognostizierten Zunahme der Wohnungsnot müssen sich jetzt alle politischen Verantwortungsträger stellen. Die Verdrängung dieser Not führt zu Auseinandersetzungen, wie wir sie in Großbritannien, in Berlin und Zürich kennen. Danke. (16.05 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heibl.

Abg. Heibl (16.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten!

Was mich von den beiden Vorrednern, dem Kollegen Erhart und der Frau Kammlander, in der Sache Wohnbau unterscheidet, ist: Kollege Erhart ist Geschäftsführer einer Genossenschaft, und die Kollegin Kammlander ist sozusagen Konsument. Ich komme aus der Seite Herstellung, also von der Seite, die das errichtet.

Meine Damen und Herren, in keinem anderen Bereich, außer der gesamten Umweltproblematik, ist die Unzufriedenheit der betroffenen und in Frage kommenden Bevölkerung in der Öffentlichkeit so spürbar geworden wie auf dem Gebiet des geförderten Wohnbaues.

Die Unzufriedenheit betrifft in keiner Weise beziehungsweise nur in Ausnahmefällen die Qualität der neu errichteten oder sanierten Wohnungen, sondern betrifft den Wohnungsfehlbestand, die viel zu lange Wartezeit auf Wohnungen, die zu hohen Kosten und auch zu wenig echter sozialer Wohnbau, der auch für Bezieher von kleinen Einkommen geeignet ist.

Obwohl – und das muß man auch dazusagen – es in der Steiermark ein Sonderwohnbauprogramm gibt, wo es Gemeinden ermöglicht wird, bei entsprechendem Mitteln erstmals wirklich günstige Mietwohnungen zu erstellen.

Am deutlichsten und am lautesten wurde in den Zeitungen und Medien berichtet und behauptet, daß die Wohnbaukosten in der Steiermark nach Vorarlberg – das wurde bereits gesagt – die höchsten sind und derzeit etwa 19.000 Schilling pro Quadratmeter Wohnfläche betragen.

Es ist leicht zu behaupten, wir bauen in der Steiermark zu teure Wohnungen. Man muß aber auch die Ursachen kennen, und diese können nur in jenen Bereichen liegen – auch das hat Erhart bereits gesagt –, wo sich die Steiermark von anderen Bundesländern wirklich unterscheidet.

Es ist allen Damen und Herren hier im Hohen Haus bekannt, daß die durchschnittlichen Verdienste – und daher auch die durchschnittlichen Verdienste der am

Wohnbau Beschäftigten – in der Steiermark zu den niedrigsten in Österreich zählen und daß beim Wohnbau bis zu 48 Berufsgruppen in Wirklichkeit beteiligt sind.

Meine Damen und Herren! Aus diesem Grund müßten wir eigentlich preislich die zweitgünstigsten Wohnungen errichten und nicht die zweitteuersten. Hier ist die Ursache der hohen Wohnbaukosten, die im Bundesdurchschnitt 1985 bis 1988 11 Prozent und in der Steiermark 19 Prozent betragen, nicht zu finden. Wo aber dann?

So unterschiedlich die Bauordnungen der einzelnen Bundesländer sind, so unterschiedlich sind zum Beispiel die Bestimmungen bezüglich der Zivilschutzpläne, also Schutzräume mit entsprechenden Fluchtwegen. Sie reichen von der Verpflichtung, zur Errichtung von Schutzräumen, wie in der Steiermark, bis zum völligen Ignorieren des Zivilschutzes baulicher Art.

So enthält die Niederösterreichische Bauordnung zwar eine Verpflichtung zum Bau dieser Einrichtungen, da jedoch nie Ausführungsvorschriften erlassen wurden, ist diese Bestimmung gegenstandslos.

In Oberösterreich müssen nur bei öffentlichen Bauten Schutzräume errichtet werden und bei Großbauten besonderer Art.

In Salzburg nur bei öffentlichen Bauten gesetzlich vorgesehen, für Privatbauten nur ein Empfehlungscharakter.

In Wien ist die Errichtung von Schutzräumen bei Neubauten nicht verpflichtend vorgesehen.

So wichtig diese Einrichtung meiner Meinung nach für die Gesamtbevölkerung ist, und derzeit haben wir in Österreich für zirka 10 Prozent vorbereitete Schutzräume, zum Vergleich in Schweden ist für zirka 80 Prozent, in der Schweiz für zirka 60 Prozent der Bevölkerung Vorsorge getroffen, so unterschiedlich entwickeln sich allein dadurch in den jeweiligen Bundesländern die Preise pro Wohneinheit.

In der Bauphysik liegen wir beim Wohnbau betreffend den Schallschutz im Haus, Schallschutz gegen Einflüsse von außen, Wärmeschutz, Auswahl von Materialien und so weiter in der Steiermark beträchtlich über dem österreichischen Schnitt. (Abg. Kröll: „Wir bauen gut!“) Das bedeutet, wir bauen unsere Wohnungen qualitätsbewußt, vielleicht übertreiben wir bereits. Die Zeiten, in denen nur gebaut wurde, um einen Quantitätsanspruch zu erfüllen, sind vorbei. Jetzt geht es natürlich auch darum, die qualitative Komponente des Bauens herauszustreichen: Die Erfüllung dieses Wunsches muß natürlich mit der Wirtschaftlichkeit im Einklang stehen.

Wir benötigen auch, um die Wohnzufriedenheit in Neubauten weiter auszubauen, entsprechende Tiefgaragen vor allem im städtischen Raum, um mehr Grünflächen zur Verfügung zu haben. Am Land ist das nicht so ein großes Problem. Derzeit wird der Tiefgaragenbau, was die Landesförderung betrifft, stiefmütterlich behandelt. Diese Förderung müßte wieder von derzeit 40.000 auf die bereits einmal gewährte Förderungssumme von 80.000 Schilling erhöht werden.

Eines darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen, Qualität kostet Geld. Sie ist im Idealfall preiswert, aber nie billig.

Auch die Vergabe zu Festpreisen auf lange Zeit bringt nicht den gewünschten und angestrebten Effekt, sondern eher eine Verteuerung. Außer, und das ist meine persönliche Meinung, die Vergabe erfolgt in einer Gesamtpauschale, wo es zu überlegen wäre, eine vorzeitige Auszahlung anzubieten, natürlich mit entsprechenden Erfüllungs- und Bankgarantien. Bei einer solchen Vergabe sind meiner Auffassung und Erfahrung nach einige Prozentpunkte für den Wohnbauträger und letztendlich für den kommenden Mieter oder Eigentümer zu holen.

Daß Ausschreibungen nach dem standardisierten Leistungsverzeichnis, wo alle Positionen zerlegt und ausgeworfen werden, dem Anbieter und nicht dem Ausschreiber zugute kommen, liegt auf der Hand, ist aber nicht als ungerecht zu bezeichnen. Soweit ich informiert bin, verwenden diese Musterausschreibungen nur Stellen, die dazu verpflichtet sind.

Zu einer wesentlichen Verteuerung im Wohnbau führt die Tatsache, daß in der Steiermark die Bebauungsdichte bei jeder Änderung der Flächenwidmungspläne nach unten revidiert wird und in den dazugehörigen Bebauungsplänen immer kleinere Einheiten gewünscht werden. Ziel müßte es sein, ökologisch bessere und landsparende Bauweisen, also dichte Siedlungsformen mit besserer Wärmedämmung, weniger Lärmstörungen zu forcieren.

Wenn wir dazu die immer teurer werdenden Grundstückspreise, sie liegen im städtischen Bereich jenseits der 1000-Schilling-Grenze, hinzufügen, ist es einfach logisch, daß diese bevorzugte Kleinbauweise zu einer enormen Verteuerung führen muß.

Daß bei den Planungskosten im besonderen, wenn Architektenwettbewerbe vorgeschrieben sind, die gemeinnützigen Bauträger zwangsbeglückt werden, und das können bis zu 50 in der Steiermark sein, ist landesweit bekannt.

Ob der soziale Wohnbau besonders geeignet ist, die Selbstverwirklichung einiger Architekten zu tragen, bezweifle ich, daher ist jedenfalls eine Vorprüfung notwendig, wie es die linke Reichshälfte bereits macht, mit Beiziehung eines Statikers, eines Haustechnikers, um sich auch über die Folgekosten im klaren zu sein, und trotzdem kommt es wiederholt vor, daß nachträglich nach erfolgter Ausschreibung baulich und ausstattungsmäßig wichtige Einrichtungen gekürzt oder nicht ausgeführt werden, weil das Bauvorhaben nicht mehr im Einklang mit den vom Land gewährten Förderungsmitteln pro Quadratmeter Wohnraum steht.

Es ist eben nicht jeder Wettbewerb, das ist meine persönliche Meinung, bereits ein schöpferischer Akt, und nicht immer brachte die Planungsvergabe nach Wettbewerben eine architektonisch gute Lösung. Sogar der Kammerpräsident der Ziviltechniker, die ihre Vollversammlung vorige Woche in Graz abgehalten haben, hat dazu gemeint, er schenkt den Wettbewerben keine große Bedeutung. Für ihn ist es viel wichtiger, das Vertrauen der Kundschaft, der Bauherren zu erhalten, zu festigen und zu stärken. Auch er ist in dieser Thematik derselben Meinung.

Ich hoffe, daß ich zum Ausdruck gebracht habe, daß es nicht nur die Art der Finanzierung ist, die den steirischen Wohnbau so teuer macht, sondern daß es viele steirische Eigenheiten gibt, die letztendlich zu

dieser Preissituation führen. Ich danke, daß Sie mir zugehört haben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.16 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Weilharter.

Abg. Weilharter (16.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich eingangs zu den mahnen den Worten unseres sehr geschätzten Präsidenten kurz Stellung nehme. Er hat vier- oder fünfmal oder vielleicht öfter im Laufe dieser Budgetdebatte gemeint, daß sich die Debattenredner kurz und vor allem auf die Inhalte konzentrieren sollen. Ich darf dazu eines bemerken: Im benachbarten Kärnten war die diesjährige Budgetdebatte wesentlich kürzer. Es wird daher notwendig sein, hier in diesem Haus die Mehrheiten zu ändern (Abg. Purr: „Das war ein Debakel!“ – Allgemeine Unruhe.), damit wir auch so kurze Debattenbeiträge haben. Lieber Kollege Purr, ich komme sehr wohl zu dir auch noch.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir eingangs noch eine persönliche Bemerkung: Vorhin, zur sozialen Wohlfahrt, hat sich der Kollege Dr. Lopatka – er ist zwar jetzt nicht im Haus – auch nicht unbedingt zum Thema, aber grundsätzlich geäußert, und er hat einen Leserbrief zitiert. Ich erlaube mir, zu diesem Leserbrief und vor allem zur Wortmeldung vom Kollegen Dr. Lopatka kurz Stellung zu nehmen. Die steirischen Freiheitlichen unterscheiden sich von der steirischen ÖVP nämlich insofern, daß wir freie Meinungsäußerung haben – in Wort, aber auch in Schrift –, und das ist der wesentliche Unterschied zum Stil, den der Kollege Dr. Lopatka anlässlich dieser Budgetdebatte, aber auch der Generalredner Purr, angelegt haben, denn es war noch nie eine Debatte von so vielen Dankabstattungen gekennzeichnet wie die diesjährige. (Abg. Freitag: „Herausgefordert hast schon du ihn!“)

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich darf aber jetzt trotzdem zum Thema, zum Wohnbau innerhalb der Steiermark, Stellung nehmen. Und wenn ich in der Ausgabe einer heutigen Tageszeitung lese, daß es im steirischen Wohnbau einen sogenannten steirischen Wohnbaubrauch gibt, so sage ich dazu sehr klar und deutlich, daß der Inhalt und der Verfasser dieses Artikels eigentlich einen sogenannten Stellvertreterkrieg führen. Ich teile nicht ganz die Meinung, daß es im Bereich der steirischen Wohnbauentwicklung zu einer Diskrepanz oder – wie es hier zitiert wird – zu einem Krieg zwischen den Architekten und den sogenannten gemeinnützigen Wohnbauträgern gekommen ist. Ich glaube viel eher – das hat eine andere steirische Tageszeitung am 13. November geschrieben: Da wurde in einer Glosse, grundsätzlich zum Wohnbau insgesamt, einbegleitet, daß nach dem Ersten Weltkrieg Wohnungen gebaut wurden, um die deutschsprachigen Zuzügler unterzubringen. Weiters wird eingeleitet, daß nach dem Zweiten Weltkrieg alles innerhalb des Landes Steiermark gefördert wurde, was mit Wohn- und Wiederaufbau zu tun hatte. Und jetzt darf ich wörtlich zitieren: „Daraus folgte, die Leute haben sich daran gewöhnt, daß Wohnen billig zu sein hat. Der Umdenkprozeß kam wahnsinnig spät. Andererseits haben die Wohnbauträger zuerst die Nehmerhand

aufgehalten, Reserven angehäuft und den Begriff der ehrlichen Kalkulation hochgehalten. Dort oben hängt er wohl immer noch, und die Politik hängt mit Reformen, wie immer, hinten nach.“

Meine Damen und Herren, wenn man diese Diskussion, die in den letzten Tagen im Bereich des steirischen Wohnbaues und um die Finanzierung insgesamt in Gang gekommen ist, betrachtet, so kann man diesen Artikel eigentlich unterstreichen, denn es hat mehrmals – und ich zitiere nur einen Bericht daraus – das oberste steirische Kontrollorgan, das wir uns selbst geschaffen haben, nämlich der steirische Landesrechnungshof, in Berichten darauf hingewiesen, daß die sogenannten gemeinnützigen Wohnbauträger ein Riesenkapital in Form von Rücklagen liegen haben. Und ich darf hier eine persönliche Anmerkung machen: Wenn schon unter dem Titel „gemeinnützig“ Wohnungen gebaut werden und wir wissen, daß es – nur ein Beispiel – in der Stadt Graz um die Jahrtausendwende an die 10.000 Wohnungen zu wenig geben wird, dann ist es höchst an der Zeit, daß die sogenannten gemeinnützigen Wohnbauträger ihr Kapital auch dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen. (Abg. Rainer: „Was erzählst du?“) Ich darf daher die sogenannten gemeinnützigen Wohnbauträger auffordern, wirklich nach dem Begriff „gemeinnützig“ und nicht „eigennützig“ zu leben, denn es ist nicht einzusehen, daß sich dort Kapitalmengen anhäufen, andererseits aber die Wohnungswerber Vorfinanzierungen in Kauf nehmen und monatelang auf Erledigung im Bereich der Wohnbauförderung warten, nicht, weil die Rechtsabteilung 14 dieses Ansuchen und dieses Ansinnen nicht bearbeitet, sondern weil die Antragstellung insgesamt transparenter gemacht gehört und darüber hinaus die Rechtsabteilung 14 selbst mit ihrem Personalstand die Fülle dieser Ansuchen spontan nicht bewerkstelligen kann. Ich würde daher diesem Hohen Landtag vorschlagen, daß man – und ich habe diesbezüglich auch eine Anfrage an den Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller gestartet – vielleicht wirklich unser Kontrollinstrument in verstärktem Maße einsetzt (Abg. Erhart: „Kontrolliert wird dauernd. Wissen Sie das nicht?“), aber auch, lieber Kollege Erhart, mit den nötigen Konsequenzen.

Und ich darf in diesem Zusammenhang diesem Hohen Haus die Beantwortung unseres Landesrates Schaller, des zuständigen Referenten, in Erinnerung rufen. Schaller hat am 26. Juni dieses Jahres auf Grund einer Anfrage, wie von seiten des politischen Referenten entschieden wird, wenn Beanstandungen von seiten des Rechnungshofes vorliegen, geantwortet – und ich zitiere den Wohnbaureferenten wörtlich –: „Wenn solche Verfehlungen vorkommen, und Gott sei Dank haben wir sie in letzter Zeit nicht mehr gehabt, wird im Einzelfall zu beurteilen sein.“ Das heißt, meine Damen und Herren, im Klartext, daß der jeweilige Wohnbaureferent, und in dem Fall die Mehrheit hier in diesem Landtag, bestimmt, was Wohnbaurichtlinien sind und was vor allem die Konsequenzen sind. Das kann also bitte nicht der Objektivität und vor allem nicht dem steirischen Wohnbau dienen. Wir werden in diesem Jahr daher auch dieser Gruppe nicht unsere Zustimmung geben. (16.26 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (16.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wohnen wird in einem immer stärkeren Ausmaß zu einer zentralen Zukunftsfrage, die es zu bewältigen gilt. Wohnungen sind ein elementares Bedürfnis der Menschen und müssen daher für jeden erschwinglich sein, meine Damen und Herren. Das Wohnungsproblem ist in jüngster Zeit zu einem der Hauptprobleme im täglichen Bereich geworden. Es gibt zu wenig Wohnraum, mit den Grundstücken wird spekuliert, und rasch steigende Finanzierungskosten und Mieten machen Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung fast unerschwinglich. Meine beiden Vorredner sind ja bereits auf die Problematik des Wohnens grundsätzlich eingegangen, aber auch auf die Automation, die es in vielen Bereichen des Wohnungsmarktes gegeben hat. Wenn wir, meine Damen und Herren, vom humanen Wohnen als Grundrecht für jeden Mitbürger sprechen, so muß das unter anderem bedeuten, daß sich Wohnen jeder leisten können muß. Daher müssen dementsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine befriedigende Quantität und Qualität von Wohnungen zu sichern. Dies, meine Damen und Herren, bedarf natürlich auch der Förderung aus öffentlichen Mitteln sowie eines sozialen Ausgleiches für die Bedürftigen unseres Landes. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen kann auch dem Marktmechanismus ein gewisser Spielraum eingeräumt werden. Zunächst muß man aber auf jeden Fall dafür gesorgt haben, daß genügend Wohnraum vorhanden ist, der derzeit nachweislich fehlt. Das heißt, es muß mehr Wohnraum geschaffen werden, und wir müssen uns bemühen, mehr zu bauen.

Meine Damen und Herren, in städtischen Ballungszentren etwa treten wir daher für die Ausweitung des Wohnungsbaues vor allem in Form der Errichtung erschwinglicher Mietwohnungen ein. Ein bedürfnisgerechter Wohnbau umfaßt auch die Maxime: gleiche Miete für gleiche Wohnung. Dies bedeutet, meine Damen und Herren, daß die gesetzliche Begrenzung der Mietzinse ein soziales Grundprinzip bleiben muß. Bei kleinen und schlecht ausgestatteten Wohnungen soll der Mietzins bloß die Erhaltung des Hauses decken. Für besser ausgestattete oder sanierte Wohnungen sind wirksame gesetzliche Obergrenzen festzulegen. Der sogenannte angemessene Mietzins hat sich nicht bewährt und bedarf daher einer Korrektur. Auch Sanierung abgewohnter und schlecht ausgestatteter Wohnungen und Wohnviertel ist zu fördern. Die Steiermark macht das immer wieder über das Wohnhausanierungsgesetz oder über das Althausanierungsgesetz, und es wird dieser Bereich meist stark in Anspruch genommen. Es darf aber damit nicht zu wesentlichen Erhöhungen der Mietzinse in diesem Altbestand kommen. Grundsätzlich muß ich aber zum Thema Förderung sagen, daß nur jene unterstützt werden sollen, die dieser Hilfe aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen tatsächlich bedürfen. Allen übrigen Mietern sollten jene Preise zugemutet werden, die ihrer Leistungsfähigkeit angemessen sind. Auch sollten die Gebietskörperschaften – es ist leider abgekommen, es sitzen einige Bürgermeister hier – wieder verstärkt in den Wohnbau einsteigen und sozialen Wohnbau machen und auch dort den sozial Bedürf-

gen Wohnungen zur Verfügung stellen, die auch ihrem Standard und ihren Anforderungen entsprechen.

Meine Damen und Herren! Dabei muß man aber sicherlich auch über die Frage einer verstärkten Objektförderung reden. Ich weiß, daß wir in der Steiermark ein sehr gutes Wohnbauförderungsgesetz haben. Ich glaube aber trotz alledem, daß die Gesamtlage überdacht werden muß, weil die Objektförderung gerade bei der Frage der Mietwohnungen zukünftig, was die Preisgestaltung betrifft, von besonderer Bedeutung ist. Wir müssen auch die Berechnungsgrundlage für die Wohnbeihilfe überdenken. Ich habe, Kollege Kanduth, deshalb zu dir herübergerufen, weil es sicherlich in Ordnung ist, was du sagst, daß mit dem neuen Einkommensteuergesetz es einfach Usus geworden ist, diesen Begriff für die Berechnungen anzuwenden. Wir haben ja diese Beschlüsse selbst zu fassen, und es gibt hier keine zwingende Vorschrift, das gleich für die Berechnung anzuwenden. Wir tun es aber. Wir haben deshalb auch in einem Antrag diese Änderung verlangt, weil wir glauben, daß gerade Zulagen und Zuschläge, die der Arbeitnehmer für eine besondere Leistung erhält, zukünftig nicht für die Berechnung herangezogen werden. Ein ähnliches Beispiel kennt das Einkommensteuergesetz ja bereits in seinem Paragraph 68 Absatz 1 und Absatz 2, wo monatlich ein Betrag von 4940 Schilling nicht in Ansatz gebracht oder nicht zur Versteuerung herangezogen wird, wenn es sich dabei um Zulagen handelt, die entweder Schmutz-, Erschwernis- oder Gefahrentzulagen sind, Nacharbeitszuschläge, Sonn- und Feiertagszuschläge, aber auch im Paragraph 68 Absatz 2 die fünf Überstundenzuschläge, die es für die ersten Überstunden gibt. Ich glaube, wir sollten hier gemeinsam diesen Bereich der Wohnbeihilfe überdenken. Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es sicherlich in den letzten Wochen und Monaten ebenso gegangen sein wie mir, daß in Ihren Sprechtagen die betroffenen Mieterinnen und Mieter mit ihren neuen Bescheiden vorbeikommen, den alten Bescheid mithaben und dabei zum Teil Unterschiede bis zu 2500, ja sogar bis zu 3000 Schilling auftreten. Ich glaube, man sollte das ein bißchen mildern und sollte auch hier in der Gesamtheit der Transparenz und der Anpassungsfähigkeit diesen Wohnungsmarkt offen tun.

Gestatten Sie mir, das Resümee zu ziehen. Wir haben alle Anstrengungen zu unternehmen, um mehr Wohnungen zu haben, diese Wohnungen schnellstens zur Verfügung zu stellen, weil wir diesen Wohnungsfehlbestand, den wir erst jetzt erfahren haben, daß er so groß ist, auf Grund der Bevölkerungsentwicklung, auch zu erfüllen haben, und ich bitte Sie, alle gemeinsam darüber nachzudenken, wie man jenen wieder helfen kann, die jetzt aus dem Bezug der Wohnbeihilfe wieder herausgefallen sind. Glück auf. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.33 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth.

Abg. Kanduth (16.33 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist Tradition, daß man auch als Vertreter einer Genossenschaft bei diesem Tagesordnungspunkt sich

zum Wort meldet, weil man ja letztlich mit den Dingen direkt konfrontiert ist. Ich habe eigentlich geglaubt, daß das Thema Eigenkapital nicht mehr berührt werden braucht, weil ich vor einem Jahr sehr deutlich zu diesem Punkt an dieser Stelle Stellung genommen habe. Es beunruhigt mich immer wieder, wenn dann Menschen über das sogenannte Eigenkapital, das bei Genossenschaften liegt, reden und sich bei der Bilanz nur die rechte Seite ansehen, wo das Eigenkapital ausgewiesen ist, aber nicht die linke, wo man nachlesen kann, für welche Zwecke dieses Eigenkapital eingesetzt worden ist. Ich sage es heute noch einmal – und vielleicht ist es wirklich dann das letzte Mal – am Beispiel unserer Genossenschaft. Wir haben 262 Millionen Schilling Eigenkapital. Etwas über 200 Millionen davon liegen in Grundstücken angelegt. Meine Damen und Herren! Wem kommt denn dies zugute, wenn nicht den künftigen Wohnungseigentümern, den künftigen Mietern? Wem denn sonst? Ich bin ja in Wirklichkeit ein schlechter Geschäftsmann, weil ich diese Grundstücke mit Eigenkapital vorfinanziere, nur mit einem Prozent über den Eckzinsfuß weiter veräußern kann. Wenn ich annehme, 200 Millionen, meine Damen und Herren, mit 4,5 Prozent verzinst weitergeben zu müssen und auf der anderen Seite die Chance hätte, wie das in der heutigen Zeit ist, mindestens 7 bis 8 Prozent für dieses Geld zu erhalten, dann können Sie sich ausrechnen, wie viele Verluste man eigentlich macht. Das nächste ist, daß ich um dieses Geld, wo ich heute im Grazer und auch im ländlichen Raum Grundstücke verkaufe, ich nicht mehr in der Lage bin, dasselbe Grundstück einzukaufen. Ich muß einiges dazulegen, damit das einmal sehr deutlich gesagt ist. Ich habe weiter angelegt 30 Millionen in Bausparbriefen, meine Damen und Herren. Wissen Sie, was das bedeutet? Eine Verzinsung von 3 Prozent bitte zu 7 oder 8 Prozent. Ja, wem kommt denn das zugute, wenn nicht den Wohnungsmietern, den Wohnungseigentümern und dem Land Steiermark? Weil es sich damit Wohnbeihilfen erspart, weil die monatliche Annuität geringer wird. Ich möchte über die anderen Bindungen gar nicht reden, die in der Bauvorbereitung und so weiter drinnenliegen. Daher meine ich, wenn man über Eigenkapital der Genossenschaft redet, dann müßte man ein bißchen mehr in die Sache hineingehen, müßte sich mehr damit befassen, damit man nicht so nebenbei sagt, die Gemeinnützigen sollen halt nicht eigennützig sein. Wir sind es nicht. Eines sage ich Ihnen auch in aller Deutlichkeit: Wir haben keine Möglichkeit, mit dem Geld irgendetwas zu tun, was man nicht tun dürfte, denn dazu sind selbstverständlich genug Kontrollen vorhanden, und wir sind auch froh, daß es diese gibt. Ich meine also, man braucht auf dem Image der Gemeinnützigen, weil sie in der Lage sind, Eigenkapital zu machen, das sie auch brauchen, nicht herumzureiten. Wenn ich keinen Grundvorrat habe, bekomme ich auch keine Förderungsmittel. Wer sind denn in Wirklichkeit in diesem Land jene, die uns immer wieder dazu animieren und bitten, Grund zu kaufen, als unsere eigenen Bürgermeister. Weil sie selbst nicht in der Lage sind, Grundstückerlöse so anzulegen, wie man es für den Wohnbau braucht. Das möchte ich einmal in aller Deutlichkeit sagen. Wir haben uns in der Steiermark vor Jahren zu einem Qualitätswohnbau entschlossen. Das möchte ich auch sehr deutlich sagen. Dazu gehört nicht nur die Wärme-

dämmung, Lärmdämmung, dazu gehört gerade in der Steiermark, und hier ist, glaube ich, Landesrat Dipl.-Ing. Schaller einer jener, der sehr großen Wert darauf gelegt und in seiner Zeit viele Änderungen herbeigeführt hat, daß man von den Großbauten wekommt, daß man kleinere Einheiten baut. Dann muß man aber auch wissen, je kleiner die Einheit, desto teurer der Quadratmeterpreis. Und ich finde es einfach als zu einfach zu sagen, in Vorarlberg kostet der Quadratmeter so viel, in der Steiermark so viel, in Wien so viel. Meine Freunde, ich finde es deshalb zu einfach, denn, wenn man wirklich Vergleiche machen will, dann kann ich nur Projektvergleiche machen: ein Sechsfamilienhaus in Vorarlberg, eines in Wien, eines in Graz, eines irgendwo in der Steiermark, aber nicht einfach nur über Quadratmeterpreise reden und schreiben. Ein viergeschossiges Haus, meine Freunde, wenn ich annehme, kostet 100 Prozent. Mit den heutigen Förderungsmitteln und förderbaren Kosten ist man in der Lage, auch heute in der Steiermark ein viergeschossiges Haus voll gefördert zu bauen. Wenn ich dasselbe Haus nur dreigeschossig baue, dann kostet es bereits 108 Prozent, und wenn ich ein zweigeschossiges mit ausgebautem Dachgeschoß baue, dann kostet dieses selbe Haus 115 Prozent. Und wenn ich überhaupt nur zweigeschossig baue, dann kostet es 124 Prozent. So einfach ist das, um zu verstehen, warum wir in der Steiermark höhere Baukosten haben. Wir wollen die Qualität, wir wollen die kleinere Einheit. Ich bekenne mich auch dazu, aber da muß man auch wissen, daß es mehr kostet.

Und ich möchte hier eines auch sehr deutlich sagen: Gerade Landesrat Dipl.-Ing. Schaller hat mit seinem M-1000-Programm, glaube ich, einen Weg aufgezeigt, den wir mitgehen können und den man mitgehen muß. Auch hier hat er gezeigt, daß er gerade jenen Menschen helfen will, die kleinere Einkommen haben, die weniger verdienen, die kein Geld für die Anzahlung einer Wohnung haben, kein Geld für die Baukosten und mit einer Miete von etwa 33 Schilling, die nebenbei voll durch die Wohnbeihilfe gefördert ist, das Auslangen finden.

Und ich sage Ihnen auch: Er hat ein zweites M-1000-Programm vor, er wird es umsetzen. Hier ist es auch richtig, wenn die Genossenschaften ihr Eigenkapital einsetzen. Nur sage ich Ihnen auch dazu: Wir haben uns als Rottenmänner bei den ersten mit 100 Wohneinheiten beteiligt, und wir werden es beim zweiten nicht mehr tun können, weil wir die Eigenmittel einfach nicht mehr haben. Und so geht es fast allen Genossenschaften, mit Ausnahme einer einzigen, die über etwas mehr Geld verfügt. Ich bin trotzdem der Meinung, daß Hermann Schaller in dieser Frage absolut den richtigen Weg geht. Und noch einmal gesagt: Ich bin auch hier der Auffassung, daß die Genossenschaften das Eigenkapital hier einzubringen haben.

Und, meine Damen und Herren, es ist heute wiederholt angesprochen worden, daß wir auf der einen Seite so viele leerstehende Wohnungen haben und auf der anderen Seite einen Fehlbestand von Tausenden von Wohnungen. Da braucht man hier nicht herumzureiten. Wenn sich die kommende Bundesregierung und ihre Minister nicht getrauen, das Mietrechtsgesetz zu ändern, dann werden wir weitere Jahre über dieses Dilemma reden. Es ist unzumutbar für einen Woh-

nungs- oder Hausbesitzer, daß er heute eine Wohnung vermietet und er nie mehr damit rechnen kann, daß er sie zurückbekommt. Hier muß das Gesetz eingreifen, ich muß dem Vermieter die Chance geben, auch sagen zu können: „Ich brauche das wieder selber“, ohne daß er große Probleme hat. Ich kenne genug Fälle gerade auch im Grazer Raum, wo Hausbesitzer Wohnungen vermietet haben – und seit jeher vermietet sind –, wo die eigenen Kinder keine Chance haben, im elterlichen Haus wohnen zu können, weil er die Mieter nicht hinausbringt. Daher bitte ohne Demagogie, ohne viel Herumreden: Gesetz ändern, anders machen, damit wir hier zu einem wirklichen Erfolg kommen.

Und eines habe ich nicht ganz verstanden, was der Kollege Erhart gesagt hat: „Das Land zahlt nicht.“ Das ist mir zur Zeit neu, weil seit etwa zwei bis drei Jahren – (Abg. Erhart: „Ich habe nicht gesagt, das Land zahlt nicht. Ich habe gesagt, daß es zögert!“) zögernd hast du gesagt – ist es so: Heute Zahlungsansuchen eingebracht, übermorgen Überweisung. Das muß man sagen. Ich wünsche mir nur, daß dies auch so bleibt. (Beifall bei der ÖVP.) Ich fürchte, daß es nicht immer so bleibt, und zwar deshalb, weil letztlich über 2 Milliarden Schilling an Wohnbauförderungsmittel zugesagt sind, und wenn wir wieder einmal so zum Bauen kommen, wie wir es von früher her gewohnt waren – ohne große Probleme, daß nicht so viele Leute mitreden und so weiter; ich brauche das alles nicht mehr aufzählen, es ist ja schon gesagt worden –, dann glaube ich, daß das Land sehr bald in dieser Frage sehr knapp bei Kasse sein wird. (Abg. Erhart: „Wofür wird eine Zwischenfinanzierung verlangt, wenn das nicht so wäre?“) Baukreditkosten sind wieder ganz etwas anderes. Erhart, ja, ich weiß schon, das war ein bißchen falsch ausgedrückt wahrscheinlich. Auch die Zwischenfinanzierung ist nicht unproblematisch – ich muß das auch sagen, Freunde. Wenn ich heute bei unserem Eigenkapital 20 Millionen Schilling frei zur Verfügung habe, dann können Sie sich ausrechnen, wie viele Wohnungen ich zwischenfinanzieren kann, wie schnell 20 Millionen Schilling verbraucht sind. (Abg. Erhart: „Da bin ich deiner Meinung!“) Ja, eben! Also da darf man die Dinge, glaube ich, nicht verwechseln.

Ich möchte dem Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Schaller trotz allem, daß wir nicht immer einer Meinung sind – das gehört auch dazu – sehr, sehr herzlich danken, daß er in diesen Bereichen einen sehr sozialen Weg eingeschlagen hat und den auch fortführen wird.

Und, meine Damen und Herren, wir haben ja nicht nur Geschosßbauten, sondern wir haben ja auch Eigenheime. Und hier, glaube ich, ist es doch auch wertvoll, wenn man ein paar Worte dazu sagt. Nahezu 3000 Einheiten an Eigenheimen werden jährlich gefördert. Untersteht Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba, und da möchte ich auch in aller Deutlichkeit sagen: Vielen herzlichen Dank. Es ist eines gelungen, daß auch seit zwei Jahren etwa die Förderungswerber nicht mehr zwei bis drei Jahre warten müssen, sondern daß sie durchschnittlich innerhalb eines Jahres zu ihrem Geld kommen. Das ist eine großartige Leistung – ich möchte das hier in aller Deutlichkeit sagen –, möchte aber auch zugleich eine Bitte an den Landesrat richten, zu überlegen, ob nicht die Förderung für das Einfamilienhaus in der nächsten Zeit angehoben werden kann. 350.000 Schilling in der heutigen Zeit für eine Jungfamilie oder eine Familie

mit zwei Kindern sind keine sehr große Summe mehr, und ich könnte mir vorstellen, daß man diesen Bereich doch im nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren aufstockt.

Erfreulich ist, daß wir bei der Verlängerung der Wohnbaugesetze gerade auch beim Einfamilienhausbau die Quadratmeter von 130 auf 150 erhöht haben. Ist bei den Häuslbauern äußerst gut angekommen; sie sind sehr froh, denn eines bleibt jetzt aus: die Schwindlerei mit dem Dachboden. Jetzt können sie hineinschreiben: „Jawohl, das ist ein Wohnraum“, und nicht verschämt „ein Dachboden“, und hintennach baue ich mir erst mein Zimmer aus. Ich bin also sehr froh, daß es hier mehr Ehrlichkeit gibt.

Ein weiteres, was ich sehr begrüßt habe und vor allem auch draußen begrüßt wird, ist, daß bei den Zweifamilienhäusern der Wohnungsabschluß nicht mehr so zwingend vorgeschrieben ist, wie er bisher war. Man ist hier flexibler geworden. Vielen Dank für diese Zusagen in diesen Fragen.

Meine Damen und Herren, Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba hat ja nicht nur den Einfamilienhausbau in seinem Ressort, sondern auch die Hausstandsgründung und die Jungfamilie. Und hier ist es schon auch sehr überraschend und bedeutsam, wieviel Geld letztlich die Steiermark für die Jungfamilien ausgibt. Im heurigen Jahr 1922 Bewilligungen mit 6 Prozent Zinszuschuß – Sie kennen das alles – für fünf Jahre, eine Gesamtsumme von 227 Millionen Schilling. Das ist eine großartige Leistung des Landes an Jungfamilien.

Und etwas, das auch erst im heurigen Jahr neu ist, ist die Förderung beim Ankauf eines nichtgeförderten Objektes für Jungfamilien. Und auch das hat gegriffen. Wir haben in der Verlängerung 300.000 Schilling pro Wohneinheit vorgesehen, und es sind immerhin bis heute nahezu 200 solche Anträge eingebracht und gefördert worden, das heißt, daß nahezu 60 Millionen Schilling für diese Sache ausgegeben werden konnten.

Ich glaube, daß man grundsätzlich sagen kann, daß wir mit der Verlängerung der Wohnbauförderung den richtigen Weg begangen haben, daß wir uns auch sehr bemüht haben, das umzusetzen, was vorher ausdiskutiert wurde, und daß da und dort Kleinigkeiten noch zu bereinigen sein werden, ist keine Frage, in Richtung Wohnbeihilfe. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 16.48 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (16.48 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Hinsichtlich des steirischen Wohnbaues hat ein jeder aus seinem Wirkungskreis Einsicht. Ich möchte die aus der Wirtschaft heute darbringen. Es stimmt, daß sich der Wohnbau sowie alle anderen Güter im freien Feld zwischen Angebot und Nachfrage bewegen. Die Nachfrage verstärkt sich laufend, weil die Familieneinheiten immer kleiner werden und immer mehr Single- oder Zwei-Personen-Haushalte bestehen. Das Angebot ist schon historisch bedingt immer zu niedrig gewesen, weil einfach eine gewisse ideologische Betrachtung zum Teil früher einmal war, denken wir nur an das

Mietenschutzgesetz und an die Begriffe, daß Wohnungsvermietung ein arbeitsloses Einkommen sei, und andere Dinge mehr. Dinge, die nicht dazu beigetragen haben, sozusagen Wohnraumförderung zu schaffen.

Nun aber zu den Kostenfaktoren. Ich glaube, daß die Hauptfaktoren die Planung, der Bauträger mit den Vorbereitungsarbeiten, die Finanzierung und schließlich die auszuführenden Firmen sind.

Zur Planung: Hier muß man differenzieren. Es gibt in der Steiermark besonders in den letzten Jahren immer mehr Qualitätsplanungen, worauf wir stolz sind und die wirklich herzeigbar sind, auch im nationalen und internationalen Vergleich. Wenn man sich diese Architekturen näher anschaut, dann kann man feststellen, daß qualitätsvolle Architektur nicht unbedingt eine Kostensteigerung zur Folge hat. Nicht unbedingt, sie kann es aber sehr wohl. Es ist nicht nur deswegen eine Architektur besser, wenn man einen großen Baukörper in 20 kleine zerstückelt und, wenn möglich, schräg verwinkelt, sondern es gibt auch schlichte Architekturformen, die trotzdem kostengünstig auszuführen sind und Bestand haben. Wenn ich schon das Wort „Architektur“ erwähnt habe, ich glaube schon auch, daß es, vor der EG stehend, schon überlegenswert ist, ob eine starre Gebührenordnung, wie sie zur Zeit praktiziert wird, noch aufrechterhaltbar ist. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Schon ein Verfassungsgerichtshoferkennntnis!“) Danke, Herr Landeshauptmann, ich glaube, daß das auch einmal fällig werden wird. Ich habe selbst einmal als Auftraggeber ein Anbot einholen wollen von einem Zivilingenieur und habe kurz darauf von der Ingenieurkammer einen geharnischten Brief bekommen, wonach das sehr verboten wird. Ich habe das natürlich besonders komisch gefunden, muß ich auch sagen.

Zur Bauphysik als Kostenfaktor. Hier glaube ich, daß das Pendel in eine etwas andere Richtung schlägt. Wir wissen, daß in den sechziger und siebziger Jahren extrem gesündigt wurde, daß hier viele Wohnungsmakler am Werk waren, die nur die Quantität im Auge gehabt haben und überhaupt nicht auf die bauphysikalischen Kriterien geachtet haben. Dann hat man richtigerweise sich mit dem Thema zu beschäftigen begonnen. Ich glaube, daß wir jetzt schon den oberen Level des Vertretbaren erreicht haben. Wenn wir von Kosteneinsparungen reden, dann müssen wir auch denken, daß diese Auflagen Kosten verursachen. Ich denke an die Auslegungen durch Sachverständige hinsichtlich der Sicherheit und des Brandschutzes. Ich habe erlebt, nicht weit von hier, daß ein Geländer, das 90 Zentimeter hoch war, abgerissen werden mußte. Im Althaus hatte es nicht anders Platz gehabt, und die Absturzhöhe war nicht einmal zwei Meter, die theoretische. Um in diese Wohnung zu kommen, mußte man durch einen, Gott sei Dank, denkmalgeschützten Innenhof gehen, wo ein Geländer mit 70 Zentimeter war und die Absturzhöhe zehn Meter. Das hat der Sachverständige nicht gesehen, aber in der Wohnung wurde Behörde sozusagen exerziert. Es passiert immer mehr und verbittert manche bauausführende Firmen und auch Planer und Bauherren. Ich war in Hall in Tirol und habe mir vom dortigen Sachverständigen diese Althausanierung erklären lassen. Ich muß sagen, wie großzügig dort viele Vorschriften ausgelegt worden sind. Man kann sich da nur darüber freuen. Ich weiß

schon, daß der eine Sachverständige sagt, ich bin amtschaftspflichtig und so weiter und so fort, aber es gibt immer noch Grenzen, es gibt Ermessensspielräume für Sachverständige, und sie sollten sich dieser positiv bedienen, wenn ich das so formulieren kann.

Auch die Vorkosten für die rechtliche Abklärung werden immer größer. Wir wissen, daß die Anrainer, Miet- und sonstige Rechtsparteien immer mehr Ansprüche stellen, und jetzt entwickelt sich dort ein neues Spielfeld für juristische Grenzgänger, wenn ich das so formulieren darf. Ich habe oft den Eindruck, daß diese am Bau viel mehr verdienen als die anderen, die diese Bauten selbst herstellen. Das ist eigentlich nur ein Ausfluß einer nicht funktionierenden Vorschriftenpolitik.

Die Baukosten selbst muß man wieder unterteilen in Lohn- und Materialkosten. Die Lohnkosten dürften sicherlich infolge des Facharbeitermangels steigend sein, das ist keine Frage. Hier wäre auch die Ausländerbeschäftigung ein Randaspekt, aber es gibt eine Menge anderer Dinge, die auffallen. Wenn ich denke, daß Arbeitsinspektoren die Baustellen genau kontrollieren, und wenn jemand keinen Helm aufhat, wenn ein Schutzgerüst nicht vorhanden ist, wenn der Sicherheitsgurt nicht am neuesten Stand ist, dann gibt es Einstellungen und Strafen, und wenn nebenan eine Pfuscherpartie arbeitet und die beanstandet wird, dann braucht sie nur zu sagen: Wir sind Pfuscher. Dann ist der Arbeitsinspektor rechtlich nicht mehr in der Lage einzugreifen, denn es handelt sich nicht mehr um einen Gewerbebetrieb, und er geht locker weiter. Da sind öfters ganz paradoxe Situationen zu bemerken. Ich glaube, man müßte auch hier beweglicher sein.

Was die Materialpreise betrifft, so muß man sagen, daß durch die Erhöhung der Energiekosten in letzter Zeit natürlich die Materialien sehr steigen und bei der Althausanierung sich besonders die Transportkosten im städtischen Bereich und die Behinderungen, die auftreten für die Baustelleneinrichtungen und sonstigen Dinge, sicherlich zu Buche schlagen. Ich glaube, daß man in den letzten Jahren ein sehr ruhiges Lohnklima hatte mit jährlichen Lohnerhöhungen von 3,8 Prozent, die noch dazu über zwei Jahre vereinbart wurden, daß aber jetzt, nachdem vieles im Fluß ist und ein gewisser Nachholbedarf ein gerechtfertigter ist und daß man nicht über den Facharbeitermangel nur klagen soll, sondern auch entsprechend bezahlen muß, damit die Facharbeiterarbeit wieder attraktiv wird. Dazu bekenne ich mich selbstverständlich auch. Man kann da mit Festpreisbindungen in der Zeit von 20 und noch mehr Monaten nicht mehr arbeiten. Ich glaube, daß das unsere Betriebe nicht durchstehen werden. Wir können zwar eine Freude haben, daß wir noch ein paar billige Wohnungen bauen, aber dann wird sich ein Unterangebot wegen nicht vorhandener Baufirmen einstellen seitens der Auftragnehmer, so daß sie erst recht teurer werden. Man wird hier eine Kostenanalyse machen müssen, wie sie schon vom Land erfreulicherweise beabsichtigt ist. Ich habe gehört, daß sich auch die Sektion Gewerbe der Handelskammer hier anschließen will.

Vor einigen Tagen hat Prof. Kramer vom Wirtschaftsforschungsinstitut in Graz einen Vortrag über die Konjunkturaussichten gehalten, und er hat gesagt, eine der größten Konjunkturbelebungsmöglichkeiten

wäre eine wesentlich größere Wertschöpfung des Baustoffes Holz. Wir haben in der Steiermark mit Abstand den höchsten Waldanteil und liefern dieses Holz mit der geringsten Wertschöpfung ins Ausland. Ich muß sagen, es stimmt nachdenklich, wenn in Vorarlberg von 100 Einfamilienhäusern 20 aus Holz hergestellt werden und in der sogenannten grünen Steiermark nur fünf, also ein Viertel. Ich habe auch noch weitere Gründe, die dafür sprechen. Holz wäre zum Beispiel ein Baustoff, wo man auch die Eigenleistung des Bauherrn bei der Fertigstellung im Innenausbau wesentlich stärker ansprechen könnte. Ich bin überzeugt, daß viele junge Ehepaare bereit wären, hier in Eigeninitiative sozusagen Kosten zu sparen und mitzuarbeiten. Wir haben überhaupt ein etwas gestörtes Verhältnis zum Bauen. Ich habe mir das in Amerika, in Kanada, in Westeuropa und in Skandinavien angeschaut. Nirgendwo wird so massiv als bei uns gebaut. Trotzdem ändern sich auch bei uns die Bedürfnisse am Wohnraum ständig, und unsere so solid gebauten Wohnungen sind oftmals nach 20, 30 Jahren überhaupt nicht mehr dem Bedarf entsprechend. Und was hat man dann vom massiven Bau? Es gibt eine Menge Möglichkeiten auszuschöpfen und Überlegungen anzustellen.

Ich muß aber allerdings sagen, heute nachmittag um 15 Uhr wäre eine Eröffnung in Raaba gewesen, morgen ist eine in Judendorf-Straßengel, ich meine jetzt Schlüsselübergaben bei Wohnhausbauten, die öffentlich gefördert werden. Bei diesen Schlüsselübergaben ist man positiv überrascht. Da sind viele junge Menschen im durchschnittlichen Alter von 20, 22, 25 Jahren, die eine eigene Wohnung beziehen. Wann hat es das überhaupt einmal gegeben? Es gibt auch positive Auswirkungen dieser Förderungen, und man muß sie anerkennen und schätzen. Danke. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.58 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba (16.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf über die drei von mir zu betreuenden Bereiche der Wohnbauförderung sehr kurz Bilanz ziehen. Der Abgeordnete Kanduth hat bereits einige Ziffern genannt. Sie sind richtig und trotzdem inzwischen noch höher, weil wir bereits die Dezemberzahlen zuzählen können. Ich möchte Ihnen aber diese Ziffern nicht nennen, ich stelle sie gerne zur Verfügung.

Ich möchte aber zum Einfamilienhaus einen Gedanken anbringen, weil es ja in Wirklichkeit doch der Traum der meisten Leute, Menschen, Wohnungssuchenden ist, ein Einfamilienhaus zu besitzen. Das hat sich immer wieder bewiesen und herausgestellt. Aber die Zahl derer, die sich ein Einfamilienhaus errichten lassen können, ohne selbst eine Eigenleistung zu erbringen, sich das also schlüsselfertig hinstellen lassen können, ist sehr, sehr gering. Und zwar deshalb, weil das Einfamilienhaus in Wirklichkeit – Kanduth hat das auch schon angedeutet, je kleiner die Einheit, umso höher die Kosten –, wenn selbst keine Eigenleistung erbracht wird, die teuerste aller Wohnraumerrichtungsformen ist. Also, das ist nur ein sehr kleiner Kreis, und trotzdem werden Gott sei Dank

enorm viele Einfamilienhäuser errichtet – der Traum der Mehrheit unserer Mitbürger.

Wie geht das vor sich? Sie wissen es alle: mit Nachbarschaftshilfe, mit Kollegenhilfe, mit jahrelangem Verzicht auf Urlaub und Freizeit, mit viel Schinderei eigentlich – auf deutsch oder auf steirisch gesagt. Und so entstehen dann viele sehr ordentliche und sehr schöne Häuser. Aber der Preis ist für diese meistens jungen Familien ein sehr hoher; der Preis dafür, daß sie jahrelang ihre Freizeit ohne jeden Urlaub und ihre ganze Arbeitskraft in dieses Haus und die Einrichtung ihrer zukünftigen Heimstätte hineinstecken. Und trotzdem ist die Förderung für das Einfamilienhaus, vielleicht ursprünglich sogar mit der Spekulation, daß die alles selber machen oder einen erheblichen Teil selber machen, die geringste. Weit geringer als die Förderung für den Geschloßwohnbau. Ich bin daher dankbar, daß vom Abgeordneten Kanduth diese Anregung gekommen ist, daß man hier in den nächsten Jahren, wenn es die Finanzlage zuläßt, auch einmal eine Korrektur zur Gerechtigkeit versucht.

Zum zweiten Bereich, den Wohnhaussanierungsbereich, glaube ich einfach, daß das Wichtigste dabei ist, daß man beachten muß, daß nicht nur die Bauneben-gewerbe auch ein gutes Beschäftigungsstimulans erhalten – das ist für die Bauwirtschaft auch bedeutend –, sondern daß vorhandene umbaute Kubikmeter Raum, die schon bestehen – 20 Jahre mindestens, aber oft viel länger – und sehr schöne Altbestände darstellen, erhalten werden, saniert werden, Vermögen gerettet wird, Vermögen aufgestockt wird, und daß in diesem Wohnhaussanierungsbereich auch für die Landschaft, für das Ortsbild eine beachtliche Leistung im Sinne einer Verbesserung erbracht wird.

Das Wichtigste aber scheint mir zu sein, daß hier nicht wieder neue Quadratmeter, neue Bauflächen, in Anspruch genommen werden, weil das einzige, das nicht vermehrbar ist – wie wir alle wissen –, ist Grund und Boden, ist nicht ausziehbar wie ein Strudelteig. Und häufig ist es ja bis vor gar nicht so langer Zeit so gewesen, daß das alte Haus während der Bauzeit stehengelassen wurde, daneben ein neues hingebaut wurde und dann entweder das alte Haus schön langsam verkommen und verlottert ist oder es weggerissen wurde, aber doch neuer Grund und Boden in Anspruch genommen und verbraucht wurde.

Zur Förderung im dritten Punkt im Rahmen der Hausstandsgründung für Jungfamilien besteht die neue Möglichkeit, daß hier für den Ankauf, für den es sonst überhaupt keine Variante einer Hilfe seitens der öffentlichen Hand gibt, diese 300.000-Schilling-Möglichkeit sehr oft für das, daß es erst neu ist, in Anspruch genommen wurde. Davon haben nämlich 213 Jungfamilien Gebrauch gemacht; die Tendenz ist steigend.

Somit konnten – abschließend darf ich Ihnen das mitteilen – in dem von mir zu betreuenden Bereich im heurigen Jahr 13.430 Anträge positiv erledigt werden beziehungsweise sind derzeit zirka 9000 Ansuchen in Bearbeitung. Ich glaube, das ist eine ganz beachtliche Zahl, und ich darf mich bei dem anwesenden Vorstand der Rechtsabteilung 14, Herrn Hofrat Dr. Nopp, und bei Herrn Hofrat Dr. Rauchlatner, stellvertretend für ihre Mitarbeiter, sehr bedanken, daß sie die ganze Bürokratie und alle rechtlichen Voraussetzungen in

einem – wie schon erwähnt – wesentlich kürzeren Zeitraum, als das früher der Fall war erledigen können. Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP. – 17.05 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schaller.

Landesrat Dipl.-Ing. Schaller (17.05 Uhr): Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich möchte natürlich auch zu einigen ganz wichtigen Fragen des Wohnbaues Stellung nehmen und mich bei den Rednern, die dazu gesprochen haben, sehr bedanken. Es ist immer wieder die Sorge durchgeklungen, daß zu wenig gebaut wird. Es ist gar keine Frage, daß wir nie genug Wohnungen errichten können. Ich möchte aber immerhin doch auch ganz kurz die Wohnbauleistung des Landes im Jahre 1990 – so weit es meinen Bereich betrifft – zusammenfassend darstellen. Die Bilanz, meine Damen und Herren, ist eine durchaus sehr positive.

Wir haben im heurigen Jahr – und ich beziehe mich nur auf den sogenannten Geschoßwohnbau und die umfassende Sanierung – Wohnbauförderungsmittel für 2328 Wohneinheiten zugesichert. Das sind um etwa 600 mehr als im vergangenen Jahr. Das hängt sicher damit zusammen, daß wir im Vorjahr – die Rechtsabteilung 14 über meinen Auftrag – einen entsprechenden Druck auf die Bauträger ausgeübt haben, alte Programme endlich der Verbauung zuzuführen. Wenn wir dann zu diesen 2328 jene Wohneinheiten, die im Rahmen dieser Offensive für die Wohnungserneuerung umfassend saniert werden können, das sind 1595 – Sie haben richtig gehört –, dazuzählen und dann den Wohnbauscheck mit 211 Wohneinheiten dazuzählen, so sind es 4134 Geschoßwohnungen, die entweder neu gebaut oder saniert werden können, und zwar mit den Mitteln, die heuer zur Verfügung gestellt worden sind.

Meine Damen und Herren, das ist ein Bauvolumen von 3 Milliarden Schilling. Der Kollege Heibl wird das zu beurteilen wissen, welche Bedeutung das für die Bauwirtschaft hat.

Ich sage das deshalb, weil ich damit auch zum Ausdruck bringen möchte, daß gerade der Geschoßwohnbau ein ganz entscheidender Faktor auch in der Wirtschaftsentwicklung unseres Landes ist; gar nicht davon zu sprechen, wie bedeutend er für die Wohnungsversorgung unserer Bürger ist.

Nun ein Thema, das ich selbst auch im Rahmen einer Pressekonferenz in den Mittelpunkt gestellt habe und das in der Zwischenzeit – Gott sei Dank, sage ich – sehr intensiv diskutiert wird, ist die Frage der Baukosten. Meine Damen und Herren, auch hier möchte ich ein bißchen relativieren. Sie kennen das Sprichwort, daß die Statistik die größte Lüge ist. Die Zahlen, die so über die Presse geliefert worden sind, sind insoweit zu relativieren, weil dort wirklich Kraut und Rüben zusammengemischt worden sind. Das heißt, es ist zu unterscheiden, ob es sich hier um Eigentumswohnungen oder um Mietwohnungen handelt. Es ist nicht differenziert die Form der Förderung. Wenn ich Ihnen sage, daß allein in Wien großteils Mietwohnungen gefördert werden, und die Insider wissen, daß bei der Mietwohnung keine Mehrwertsteuer anfällt, so sind die Baukosten etwa um 20 Prozent reduziert. Wenn ich

Ihnen sage, daß wir in der Steiermark überwiegend Eigentumswohnungen bauen, dann sehen Sie schon, wie problematisch eine Statistik ist, weil sie nicht differenziert. Trotzdem sage ich: Mir ist es auch zu teuer. Hier möchte ich den Kollegen Erhart insoweit korrigieren, als ich in meiner Pressekonferenz keine Schuldzuweisungen vorgenommen habe. Du kennst das Pressepapier, du hast es vor dir liegen. Ich habe weder Schuldzuweisungen in Richtung Genossenschaften, Bauträger noch in Richtung Bauwirtschaft gemacht, sondern ich habe analysiert. Ich habe versucht, einige Vorschläge zu machen, wo wir der Kostensteigerung Herr werden könnten. Ich bin da einem Antrag gefolgt, den Sie im Landtag eingebracht haben. Ich habe inzwischen die Rechtsabteilung 14 angewiesen, einen Forschungsauftrag, eine Untersuchung zu vergeben, um den Dingen auf die Spur zu kommen und zu sehen, wo man einsparen kann. Bei der Pressekonferenz habe ich keinesfalls die Bauträger in den Mittelpunkt gestellt, sie waren ein von vier Faktoren. Hier spielt sicher auch die Eigenmittelfrage eine Rolle. Ich möchte die Zahlen nennen, wie das mit den Rücklagen aussieht. Nach der mir zur Verfügung stehenden Unterlage ist es schon so, daß wir insgesamt im Jahre 1989 bei allen Bauträgern zusammen Rücklagen in der Größenordnung von 2,6 Milliarden Schilling verfügbar haben. Wenn man das näher analysiert, muß man sagen, daß davon ein beträchtlicher Teil gebunden ist in Grundstücksbeständen, die mit Eigenmitteln finanziert wurden. Dies ist durchaus sinnvoll, weil es uns hilft, den Wohnbau vom Baugrund her kostengünstiger zu halten. Es verbleibt dann noch mehr als 1 Milliarde, die nicht gebunden ist oder zum Teil anderweitig veranlagt ist. Ich bin nicht unglücklich, daß unsere Bauträger solche Reserven haben. Denn ohne sie hätten wir beispielsweise das Mietwohnungs-sonderprogramm 1000 nicht finanzieren können. Dieses wurde so finanziert, daß das Land eine sehr hohe Objektförderung mit 75 Prozent Direktdarlehen gibt, daß die Gemeinde die Grund- und Aufschließungskosten beistellen und der Bauträger seine Eigenmittel einsetzen muß für die restlichen 25 Prozent. Mit dieser Finanzierung war es möglich, das Mietwohnungs-sonderprogramm mit außerordentlich günstigen Kosten von 33 Schilling pro Quadratmeter zu realisieren. Bei der Pressekonferenz habe ich auch gesagt, daß wir ein weiteres Mietwohnungs-sonderprogramm im Rahmen des nächsten Wohnbauförderungsprogrammes abwickeln wollen, also für weitere 1000 Mietwohnungen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Wir werden es nur finanzieren können, weil wir noch gewisse Reserven haben, allerdings bei ganz wenigen Bauträgern. Ich habe es nicht in der Hand, was nach einer Pressekonferenz geschrieben wird. Ich habe dort keine Beschuldigungen gegenüber den Bauträgern ausgesprochen. Ich lege Wert auf diese Klarstellung. (Abg. Erhart: „Ich habe in meiner Rede ausdrücklich gesagt, daß Sie keine Beschuldigung ausgesprochen haben. Aber so ist es in der Zeitung gestanden!“) Ich glaube aber, daß wir uns die Baukreditzinsen ersparen können über Eigenmittel, die wir für die Zwischenfinanzierung einsetzen. Darf ich jetzt noch Stellung nehmen zu deinem Vorwurf der „Langsamregierung“. (Abg. Erhart: „Vorschlag!“) Das war ein ungerechter Vorwurf (Abg. Erhart: „Ein Spaß!“), weil die Rechtsabteilung 14 umgehendst auszahlt, und zwar innerhalb

von Tagen. Wenn die Abrechnung vorliegt, wird sofort ausgezahlt. Wir können das Gott sei Dank, weil wir auch vom Land her ordentlich gewirtschaftet haben und manchmal mehr Geld auf der Kante liegen hatten als mir lieb war. Ich darf nach Rücksprache mit den Herren der Rechtsabteilung 14 sagen, weil befürchtet wurde, daß das nächste Jahr schon anders sein kann, daß wir voraussichtlich im nächsten Jahr keine Probleme mit der Liquidität haben werden. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Erhart: „Darf ich einen kurzen Zwischenruf machen? Wenn das so ist, daß das Land ohnehin sofort immer diese Rechnungen bezahlt, dann verstehe ich diesen Vorschlag nicht, daß mit den Eigenmitteln der Genossenschaften nur die halben Zinsen wie beim Baukredit anfallen und daher die Genossenschaften vorfinanzieren sollen!“) Du bist ja ein Praktiker, ich brauche es dir ja nicht zu erklären. Sonst würde ich vorschlagen, daß du dich mit dem Richard Kanduth zusammensetzt. (Abg. Erhart: „Die anderen, die selber vorfinanzieren, können wir uns ersparen!“) Natürlich fallen Baukreditzinsen an, weil der eine oder andere, alle machen es nicht, sehr wohl mit Bankmitteln zwischenfinanziert, bis das Wohnbaudarlehen des Landes ausbezahlt wird. Die möchten wir uns ersparen. Es sind immerhin pro Wohneinheit zwischen 20.000 und 25.000 Schilling. Die sind nicht betroffen davon.

Weiters möchte ich sagen, wir werden allen Faktoren nachgehen. Auch die Bauwirtschaft. Ich gebe Ihnen recht, Kollege Heibl, daß das Leistungsverzeichnis mit eine der Ursachen ist, und die Rechtsabteilung 14 wurde von mir beauftragt, auch mit der Bauwirtschaft Verhandlungen zu führen, um das zu vereinfachen, um nicht kostensteigernd zu wirken. Auch der Kreditapparat wird Haare lassen müssen. Ich sehe nicht ein, daß im Wohnbau, wo das Risiko Null ist; dann trotzdem noch zusätzliche Zinsen in Rechnung gestellt werden. Wir haben schon im Vorjahr sehr hart verhandelt und haben sie um 0,5 Prozent heruntergehandelt, aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß uns die Banken die Förderungsmittel zu denselben Konditionen geben müssen, wie sie bei den Veranlagungen selbst ihre Mittel einsetzen können. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Es ist nicht das Leistungsverzeichnis an sich, sondern das standardisierte!“) Ja, ich gebe Ihnen recht. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das Leistungsverzeichnis brauchen wir immer!“) Jawohl. Ja, Sie haben recht. Ich habe gesagt, das werden wir vereinfachen müssen. Ich glaube schon – (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das kostet viel!“) Ja, jawohl. Da bin ich mit Ihnen einer Meinung, Herr Landeshauptmannstellvertreter, und ich habe ja gesagt, wir werden darüber verhandeln. Und ich glaube auch, daß wir das so vereinfachen können, daß wir durchaus auch dort einiges herausholen können.

Nun möchte ich trotzdem noch ein zweites Thema anschneiden: Die Wohnbeihilfe. Ich glaube, das ist heute durchaus zu Recht kritisiert worden, daß mit dem neuen Förderungsgesetz und der Umstellung der Wohnbauförderung auf den Einkommensteuerbegriff tatsächlich in gar nicht so wenigen Fällen der eine oder der andere zurückgefallen ist. Ich möchte vielleicht noch ganz kurz sagen: die Philosophie dieser neuen Art der Berechnung hat darin bestanden, daß man das

tatsächliche Einkommen zugrunde legt. Und da sind früher gewisse Steuerfreibeträge nicht berücksichtigt worden, die sehr wohl Einkommenskomponenten waren und die daher in die Beihilfenberechnung nicht einbezogen worden sind. Wir haben eine erste Korrektur im heurigen Jahr bereits durchgeführt – im Sommer –, nur reicht sie trotzdem nicht aus. Und ich bin durchaus gesprächsbereit, daß wir über eine weitere Verbesserung diskutieren, wobei ich aber offen lassen möchte, ob wir das Schema noch einmal anheben oder gewisse Korrekturen auch im Einkommensbegriff selbst vornehmen. Ich glaube, das ist wichtig, daß wir dann Klarheit haben.

Nun vielleicht noch ein kurzes Wort zur – und das hat mich gewundert, daß das heute überhaupt nicht gekommen ist – Frage Wohnbau in Graz: Wir haben die ganz eigenartige Situation, daß wir auf der einen Seite sehr darüber Klage führen, daß wir zu wenig Wohnungen haben, und auf der anderen Seite die eigenartige Situation, daß wir in Graz beispielsweise beträchtliche Wohnbauförderungsmittel nicht ansprechen. Ich habe mich bemüht, im Rahmen dieses Förderungsprogrammes von 1989 bis 1991 von den 5000 Wohneinheiten sogar mehr als ein Drittel für Graz zu reservieren – also 37 Prozent, genau gesprochen 1856 Wohneinheiten. Wir haben inzwischen eine Art Bestandsaufnahme gemacht und mußten feststellen, daß derzeit, wenn man die alten Programme und dieses Mietwohnungsprogramms nimmt, Mittel für etwa 2000 Wohneinheiten in Graz nicht beansprucht oder nicht angenommen worden sind. Das heißt, auf der einen Seite haben wir in Graz eine Wohnungsnot – das ist gar keine Frage –, auf der anderen Seite werden aber die Mittel für etwa 2000 Wohneinheiten nicht verbaut. Ich habe die Bürgermeister zu einem Gespräch eingeladen, und wir haben uns darauf geeinigt, daß wir eine Arbeitsgruppe einsetzen, die analysiert, warum das so ist. Ich glaube, daß wir hier wirklich untersuchen müssen, wo die Ursachen liegen. Das sind vielfältige Ursachen, nur ist es ein absolut unbefriedigender Zustand. (Abg. Kröll: „Darf ich eine Zwischenbemerkung machen? Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, den verehrten Kollegen nahe treten zu wollen. Wenn 37 Prozent des Budgets, die reserviert sind, nicht ausgeschöpft werden können, dann müßte man nachdenken, den Prozentsatz zugunsten anderer Gemeinden zu verschieben!“) Nein. Ich möchte hier sehr klar sagen: Ich verstehe deine Intention. Tatsache ist – ist völlig klar –, meine Damen und Herren, daß der Wohnungsfehlbestand in Graz sicher am größten ist. Und ich sage noch einmal: Wir müssen auch hier die Ursachen analysieren, warum das so lange dauert, bis wir hier zum Bauen kommen. Es liegt zum Teil sicher auch daran, daß die Landeshauptstadt selbst bisher in der Grundpolitik überhaupt nicht aktiv gewesen ist. Es hat die Landeshauptstadt durch Jahrzehnte hindurch den Wohnbau eigentlich den Bauträgern übergeben, den notwendigen Wohnbaubedarf, und jetzt stehen wir vor der Situation, daß sie diese 240 Wohneinheiten, die sie im Sonderwohnbauprogramm zugeteilt bekommen hat, fast nicht verbauen kann, weil kein Grund verfügbar ist. Ich bin sehr froh, daß die Landeshauptstadt jetzt auch in diesem Bereich aktiv wird. Es wird sehr wichtig sein, wenn wir vor allem im zweiten Sonderprogramm wiederum 1000 Wohneinheiten verfügbar machen und auch Graz damit ent-

sprechend bedienen, daß sie dann diese Mittel auch ansprechen kann.

Ich möchte abschließend doch noch eines sagen, meine Damen und Herren: Ich glaube, daß wir das Problem Wohnversorgung nicht nur mit Neubau und Sanierung lösen können, sondern daß auch ein Zusammenhang mit dem Mietrecht zu sehen ist. Hier hoffe ich, daß, wenn es zu einer gemeinsamen Bundesregierung zwischen Sozialistischer Partei und Volkspartei kommt, sehr weitgehende Neuerungen kommen werden. Ich habe selbst Gelegenheit gehabt, im Rahmen der Unterkommission die Verhandlungen mitzugestalten, und ich möchte ganz klar sagen: Wenn das kommt, was vorgesehen ist, dann hat auch die Sozialistische Partei einen enormen Sprung über ihren Schatten gemacht. Nämlich insoweit, als wir uns darüber einig waren, daß man, um diesen leerstehenden Wohnraum zu mobilisieren – beispielsweise kann man davon ausgehen, daß im Großraum Graz etwa 5000 Wohnungen leerstehen, die nicht weitervermietet werden –, von den sogenannten Kategoriemietzinsen Abschied nimmt und bei Neuvermietungen – mit Ausnahme von den sogenannten Kategorie-D-Wohnungen – nunmehr die sogenannten angemessenen Mietzinse akzeptieren werden, wobei die Angemessenheit dann von Landeskommissionen festzustellen ist.

Ich glaube, daß das einfach ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist. Bei den Kategorie-D-Mietwohnungen bleibt die Kategorie. Denn, meine Damen und Herren, es ist ja unsinnig, auf der einen Seite Tausende von Wohnungen leerstehen zu haben, die nicht weitervermietet werden, und auf der anderen Seite noch und noch Neubau tätigen zu müssen. (Abg. Hammer: „In der Obersteiermark spielt sich einiges ab. Die Mieter werden gewaltig zur Kasse gebeten!“) Bei Neuvermietungen. Das geht nur bei Neuvermietungen. Es geht beispielsweise bei den umfassenden Sanierungen nicht, da bleibt der Mietzins. Es geht um die Neuvermietungen, aber ich glaube, daß man einfach da auch zu Marktverhältnissen kommen wird müssen.

Und ein Zweites, was auch wichtig ist: Nämlich, daß zumindest in einem Sonderfall auch die befristeten Mietverträge in Zukunft möglich sein werden. Das heißt, man geht davon aus, daß jetzt in einer einmaligen Aktion jene Wohnungen, die am 15. November heurigen Jahres leerstehen, dann befristet – drei Jahre – weitervermietet werden können, mit einer nochmaligen Verlängerung um drei Jahre, allerdings bei Beibehaltung des Mietzinses, der zwar valorisiert, aber nicht erhöht werden darf, so daß damit möglicherweise doch ein nicht unbedeutender Leerbestand wiederum dem Markt zugeführt werden kann. Also ich glaube, daß hier schon einiges Positives passiert ist.

Nun, ich glaube, daß im wesentlichen auch damit die meisten Fragen mitbeantwortet sind. Ich möchte nur zur Frau Abgeordneten Kammlander zur Überprüfung der Benutzerverhältnisse sagen: Meine Damen und Herren, das wird gemacht! Die Steiermärkische Landesregierung hat eine eigene Prüfung, die die geförderten Wohnungen überprüft, und wir haben mit dieser Überprüfung 1181 Wohnungen aufgekündigt und damit ein Förderungsvolumen von 247 Millionen Schilling zurückgefordert. Das wird also sehr konsequent durchgeführt. Ja, ich bin mit dem Kollegen Vollmann durchaus einer Meinung, denn ich glaube,

daß die Gebietskörperschaften stärker in den Mietwohnungsbau einsteigen müssen und daß sie auch Baugrund erwerben und bereitstellen. Ich weiß schon, daß die Finanzsituation der Gemeinden nicht sehr rosig ist, aber wir haben eine eigene Förderungsaktion eingerichtet, wo wir den Gemeinden Zinszuschüsse für Grunderwerb zur Verfügung stellen, wenn sie für sozialen Wohnbau Bauland kaufen. Ich bleibe auf meinen Mitteln sitzen und bin gerne bereit, auch darüber nachzudenken, ob wir die Förderung günstiger machen. Ich glaube, wo Mietwohnungen benötigt werden, sollen sie gebaut werden, aber auch unter Mitwirkung der Gemeinde. Dort, wo Eigentumswohnungen gebaut werden sollen, bauen wir sie. Ich habe den Eindruck, daß wir insgesamt gut gefahren sind. Die Wohnbauförderung war immer ein Anliegen aller im Landtag vertretenen Parteien. Ich darf abschließend versichern, daß ich mich auch in Zukunft bemühen werde, allen Anregungen nachzugehen und nach Lösungen zu suchen. (Beifall bei der ÖVP. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 4 vor. Die Frau Berichterstatterin hat mir mitgeteilt, daß sie auf das Schlußwort verzichtet.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung.

Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 4 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 5: Gesundheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch.

Bevor ich dem Herrn Berichterstatter das Wort erteile, darf ich mitteilen, daß ich 17 Rednervermerkungen habe. Wenn alles normal läuft, könnten wir diese Gruppe in drei Stunden erledigen, sofern nicht ein Rekordhalter im Langzeitreden uns das Programm durcheinanderbringt. Ich hoffe, daß das nicht der Fall sein wird.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Abg. Günther Prutsch (17.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5 umfaßt folgende Ansätze. Aus zeitökonomischen Gründen möchte ich mich auf die Hauptansätze beschränken. Ansatz 5.1. Gesundheitsdienst, 5.2. Umweltschutz, 5.3. Rettungs- und Warndienste, 5.4. Ausbildung im Gesundheitsdienst, 5.5. Vormals eigene Krankenanstalten, 5.6. Krankenanstalten anderer Rechtsträger, 5.7. Heilvorkommen und Kurorte, 5.8. Veterinärmedizin, 5.9. Gesundheit, Sonstige.

In der Gruppe 5 stehen Einnahmen von 2.984.612.000 Schilling Ausgaben von 5.317.631.000 Schilling gegenüber. (17.33 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Ich darf um ein wenig Aufmerksamkeit bitten, auch auf der Zuschauergalerie und in den Nebenräumen. Ich habe viel Verständnis, daß miteinander kommuniziert wird, nur nicht hier.

Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 5

zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Umweltschutz und im zweiten Teil Gesundheit behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 5, Umweltschutz.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (17.33 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich habe heute vormittag mit der Post die letzte Ausgabe der gut gemachten und jetzt schon ein paar-mal herausgekommenen Zeitschrift „Umweltpartnerschaft“ bekommen und habe da eine so charmante Karikatur auf der vorletzten Seite gefunden. Es geht hier um die Müllwirtschaft. Da steht drinnen, daß die 17 steirischen Müllwirtschaftsverbände dem 5. Dezember entgegenzittern, was werden Nikolaus und Krampus für rührige und säumige Abfallwirtschaftler wohl bereithalten? Heute ist eigentlich Nikolaustag. Das ist der Tag des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Schaller. Er ist nämlich in der Karikatur als Nikolaus dargestellt. Nachdem ich in dieser Karikatur die Rolle des Krampus zu übernehmen habe, werde ich versuchen, dem in aller Kürze gerecht zu werden. Ich werde mich nur auf die Frage der Müllentsorgung beschränken, die wir schon mehrfach diskutiert haben. Die Auseinandersetzung geht im wesentlichen nicht um die Technik der Müllentsorgung, nicht um die Vorgangsweisen und das schrittweise Programm, sondern darum, ob der Weg, wie wir zur Realisierung der Gesamtkonzeption kommen, optimal ist oder nicht. Die Diskussionen bestehen schon seit dem Jahre 1986. (Glockenzeichen des Herrn Präsidenten. – Präsident: „Ich darf ausdrücklich bitten, auf der Zuschauertribüne und in den Vorräumen das Reden einzustellen. Ich darf um Aufmerksamkeit bitten, es wird ein ernstes Thema abgehandelt!“) Ich bedanke mich herzlich, Herr Präsident. Die Auseinandersetzungen, die es in dem Zusammenhang gibt, gehen um die Vorgangsweise und darum, wie kommen wir zu unserer Konzeption. Wir haben im Jahre 1987 vorgeschlagen, wir sollten doch, bevor wir die Realisierung angehen, zuerst in einem gemeinsamen, einzigen Müllverband der Steiermark Standorte von Müllentsorgungsanlagen, und zwar für alle Schritte, beginnend bei den Trennungsanlagen bis zu den Kompostierungen und dann zu den anderen Anlagen, festlegen und erst dann die Realisierung machen. Der Landtag ist mit seinem Gesetz einen anderen Weg gegangen. Wir haben in der Zwischenzeit 1990. Die Situation hat sich verschärft, und es hat sich in manchen Bereichen herausgestellt, daß die Dezentralisierung in 17 Bereiche, die das ursprüngliche Gesetz beinhaltet hat, nicht in jener Geschwindigkeit Erfolge gezeigt hat, die man sich vorstellte. Wir sind heute in der Situation, daß die Trennung zwar gesetzlich vorgeschrieben ist, aber in manchen Bereichen funktioniert, in manchen nicht. Verständlicherweise in Ballungszentren weniger als in ländlichen Bereichen. Daß die Frage der Kompostierung erst schrittweise vorangeht und auch von den Anlagen her man noch nicht weit ist, daß die auch in der Konzeption beinhaltetete Frage der Rohstoffwiederverwertung so nicht funktioniert, wie es ist, und daß man jetzt dazu übergehen muß, alle

Müllwirtschaftsverbände wieder zu einem Dachverband zusammenzuschließen, um zentral vernünftiger Verträge abschließen zu können, weil es den Gemeinden wirklich nicht gut bei ihren Vertragsabschlüssen geht, und daß man in anderen Bereichen wieder Müllwirtschaftsverbände zusammenlegt, weil die Einheiten, die man geschaffen hat, nicht funktionieren. Bis 1995 soll die gesamte Konzeption stehen. Ich habe in der Zwischenzeit ein sehr ausführliches Gespräch mit dem Herrn Landesrat gehabt, und ich gestehe ihm gerne zu, daß er wirklich guten Willens ist, bin aber nach wie vor der Meinung, daß diese Geschichte in diesem Zeitablauf nicht funktionieren wird. Es wird bis zum Jahr 1995 nicht sein, weil die Zeitabläufe zu kurz sind, weil es für verschiedene Bereiche Verfahren braucht, die in fünf Jahren nicht abgewickelt sein können, und ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß kein einziges Rechtsverfahren im Müllbereich so funktionieren wird, daß es nicht bis zum Verwaltungsgerichtshof geht, und wenn wir die Zeiten mit der Einbeziehung des Verwaltungsgerichtshofes kennen, dann wissen wir, daß die Geschichte in fünf Jahren nicht stehen kann. Es hat in diesem Zusammenhang in der letzten Zeit, initiiert durch die Kollegin Kammlander, eine Debatte gegeben um die Frage, sollte ein Teil des Mülls, etwa der der Landeshauptstadt Graz, verbrannt werden oder nicht? Und es hat hier eine sehr starke emotionale Äußerung unter dem Motto gegeben: „Ich halte nichts von Pyromanen.“ Ich halte auch nichts von Pyromanen, liebe Gundi, ich bin nur der Auffassung, daß es unter Umständen in verschiedenen Bereichen keine andere Möglichkeit geben wird, sofern wir überhaupt weiterkommen wollen. Und jene Träume, die etwa der Herr Ing. Kürzl in Voitsberg erzählt, daß es überhaupt nicht, nur ohne irgendwelche Anlagen, sondern insbesondere auch ohne irgendwelche Restedeponien abgehen wird, werden in diesen Zeitabläufen, die wir jetzt haben, nicht funktionieren können. Das ist die schlichte Realität. Und so sind wir heute in einer Situation, daß die Gemeinden unter Druck stehen, daß es quasi neben verschiedenen kleineren Deponien nur mehr zwei Anlagen gibt, die wirklich entsorgen, insbesondere auch die Landeshauptstadt entsorgen: Das ist die Anlage in Halbenrain und die Deponieanlage in Frohnleiten. Diese beiden Anlagen haben quasi die alleinige Marktstellung und können natürlich auf Grund dieser Marktstellung, die sie haben, ganz sicher auf jene Druck ausüben, die ihren Müll dort entsorgen müssen. Und das haben wir ja im heurigen Jahr zu Beginn des Sommers erlebt, wo es um die Preise gegangen ist und wo es darum gegangen ist, verschiedene Rechtsverfahren voranzutreiben. Wir hatten hier ja im Herbst schon eine ausführliche Diskussion.

Meine Damen und Herren, das führt natürlich auch dazu, daß diese Deponiebetreiber gegenüber den Behörden dann eine relativ starke Stellung haben, wenn Anrainer sich mit diesen Deponien auseinandersetzen. Und jetzt muß ich dazusagen, daß es mir selbstverständlich klar ist, daß auch die optimalste Anlage nicht funktionieren wird können, ohne daß selbstverständlich diejenigen, die in der Umgebung dort wohnen, gegen diese Anlage auftreten werden, weil es jedem unbenommen ist und selbstverständlich klar ist, daß er nicht mit Freuden akzeptieren wird, daß es unmittelbar in seiner Umgebung eine Anlage gibt.

Und es ist auch völlig egal, ob es sich hier um eine Kompostierung handelt, ob es sich hier um eine Pyrolyse handelt, um eine Verbrennung handelt, um eine Deponie handelt; was immer es an Anlagen gibt, ich verstehe selbstverständlich, daß die Anrainer immer versuchen werden, sich dagegen zu wehren. So weit, so gut. Diesem Grundgedanken zufolge hat es ja im Jänner dieses Jahres – also vor etwa einem Jahr oder sogar etwas mehr als einem Jahr – den Versuch gegeben, durch Leitlinien für die Bürgerbeteiligung im Rahmen des Steiermärkischen Müllwirtschaftskonzeptes darüber nachzudenken, ob es denn eine Möglichkeit gibt, Anrainer so in verschiedene Anlagen einzubinden, daß es tatsächlich keine Probleme mehr geben kann. Das ist ein sehr weitgehendes Papier, das dann in der Zwischenzeit verständlicherweise nicht mehr aufgetaucht ist, das so weit geht, daß die dort gewählten Bürgerbeiräte sogar auf Knopfdruck jegliche Anlage stoppen können, die Anlieferung stoppen können und überhaupt vollen Einfluß auf die ganzen Entwicklungen haben. Das ist nicht mehr weiter verfolgt worden – so weit, so gut. Ich werfe diese Frage deshalb auf, weil es im grundsätzlichen darum gehen wird, wie wir künftig diese Emotion, die es in diesem Bereiche verständlicherweise auch geben muß, in den Griff bekommen, wenn wir von der Praxis her zeigen, wie man seitens der Behörde, seitens der Öffentlichkeit und seitens der Politik mit Anrainerbeschwerden und Anraineranliegen künftig überhaupt umgehen will. Und ich schneide das deshalb an, weil es gestern abend im ORF und gestern am Nachmittag im ORF einen Anlaßfall gegeben hat, wo eine solche Signalwirkung möglicherweise ausgehen könnte oder nicht ausgehen könnte. Und diese Geschichte ist auch schon vor mehreren Wochen durch die Zeitungen gegangen. Es handelt sich um einen der beiden Betreiber – das ist die Deponie in Frohnleiten. Da hat es eine Bürgergruppe gegeben, die heuer vom Beginn des Jahres, also vom März, wo der Schnee weg ist, bis Juni des Jahres 1990 versucht hat zu eruieren, was denn da oben in Frohnleiten tatsächlich möglicherweise hinkommen könnte, ob die Kontrollen scharf genug sind, ob all die Auflagen, die erteilt worden sind und die von der Theorie her durchaus auch sicherstellen, daß da nichts passieren kann, tatsächlich einhaltbar sind. Und da hat sich ein Mann mit einer Videokamera aufgemacht und hat quasi monatelang immer wieder versucht, die Geschichten zu filmen, was sich da tatsächlich abgespielt hat. So weit, so gut. Er hat, weil er anscheinend ein wirklich sehr geschickter Filmer ist, daraus einen Film gemacht, der sehr lang ist – eine ganze Stunde –, aber der im inneren dieses Bereiches einige sehr harte Passagen beinhaltet. Hinter diesem Filmer sind auch die örtliche Bevölkerung und der Bürgermeister gestanden, wobei ich jetzt eines dazusage: Für mich sind diese Dinge keine parteipolitischen Fragen, daher ist es völlig uninteressant, welchen Parteien und Gruppierungen diejenigen, die sich engagieren, tatsächlich angehören, und es ist auch nicht wesentlich, was da sein soll. Tatsache war, daß die Betroffenen und der Bürgermeister, weil es sich in diesem Film doch um Dinge gehandelt hat, von denen sie der Meinung waren, daß sie in einer Hausmülldeponie eigentlich nichts verloren haben, und weil sie der Meinung waren, daß die vorgeschriebenen Kontrollen so nicht funktionieren, wie sie in der Theorie

vorgeschrieben sind, diesen Film der zuständigen Behörde, nämlich der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung, überreicht haben, und zwar am 26. September dieses Jahres. Die Bezirkshauptmannschaft hat diesen Film sofort analysiert. Mir liegt hier der Aktenvermerk vor, der am 26. September vom zuständigen Referenten der Bezirkshauptmannschaft angefertigt wurde, und ich greife nur einen Bereich von diesem langen Film heraus. Und ich zitiere jetzt nicht das, was ich in dem Film gesehen habe, sondern das, was die Behörde niedergeschrieben hat:

Am 10. April und am 17. April 1990 wurde diverses Material von der Krankenanstaltengesellschaft gefilmt, welches in die Deponie eingebracht wird. Es sind Spritzen mit rötlichem Inhalt, Bakterien- und Pilzkulturgefäße, blutiges Verbandsmaterial, verschiedene Säcke mit der Aufschrift „Vorsicht, infektiöses Material!“ und so weiter zu erkennen. Weiters ist auch nicht näher definierbares blutiges Gewebe zu sehen, weiters wurden Kulturgefäße „Urikult“ registriert und auch Infusionsbestecke erkannt. Am 24. April 1990 wurden ebensolche Bilder aufgenommen. Am 10. April 1990 – ich zitiere bitte noch einmal einen Aktenvermerk der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung – wird die Ablagerung verschiedener Filterkuchen von – ich bin jetzt kein Chemiker – Butylphänol, verschiedene Pflanzenschutzmittel beziehungsweise Pflanzenspritzmittel, gefilmt.

Am 24. April 1990 wurden Altöldosen, Luftfilter, Ölfilter, verschiedene Kleber, Chlorzink, Fotoentwickler, Spritzbeizen, Nitroverdünnungen, Fernseher mit Bildröhre und andere Sonderabfälle gefilmt. Weiters wurde eine Packung mit der Aufschrift „Sonderabfall, Schlüssel-Nummer 55502“ gefilmt; weiters hat man Unkrautbekämpfungsmittel, Kaltreiniger, Sanitärreiniger und so weiter mit Hinweisschildern auf Verätzungsmöglichkeiten gefilmt.

Soweit der Aktenvermerk der zuständigen Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung. Die zuständige Rechtsabteilung 3 hat sich am selben Tag – wie ich ebenfalls einem Aktenvermerk entnehme – diesen Film ebenfalls vorlegen lassen, hat ein recht großes Forum zusammengetrommelt, um diese Geschichten zu klären. Ich gestehe ohne weiters der Rechtsabteilung zu, hier wirklich sofort reagiert und versucht zu haben, die Geschichte zu klären. Da hat man zum Beispiel auch einen Universitätsdozenten vom Hygieneinstitut, der maßgeblich – so aus dem Aktenvermerk der Rechtsabteilung 3 – an der Önorm S 2104 mitgearbeitet hat, hereingebeten. Er hat festgestellt, er sieht hier eigentlich nichts, was auf der gegenständlichen Hausmülldeponie nicht deponiert werden könnte. Er hat keine Spitalsabfälle gesehen, welche nicht deponiert hätten werden dürfen. Grundsätzlich soll Spitalmüll möglichst schnell eingebaut werden, um Verletzungsgefahren von Betriebspersonal und so weiter, und so weiter zu vermeiden. So weit, so gut. Wobei ich aber jetzt noch immer die Anrainer verstehe, die sagen: „Bitte schön, uns kommt die ganze Geschichte spanisch vor.“

Wiederum hat selbstverständlich – und das erwähne ich auch lobend – die zuständige Rechtsabteilung dann, glaube ich, für den nächsten oder übernächsten Tag, jedenfalls am 28. – also zwei Tage später –, einen Lokalaugenschein angesetzt – die Rechtsabtei-

lung 3 – , wo man versucht hat zu schauen, was sich dort tatsächlich abspielt. Da, bitte schön, wird es langsam unlustig.

Im Endeffekt, und jetzt nicht von der Behörde, sondern vom Betreiber her gesehen, der immerhin eine Gesellschaft ist, die sich in öffentlicher Hand befindet, nämlich in der Hand der Marktgemeinde Frohnleiten, hat deponiert, daß das so völlig in Ordnung ist, und festgestellt: Der Videofilm wurde der Konsenswerberin am 26. September zur Kenntnis gebracht. Auf Grund der dort gezeigten Umstände nahmen die Dienstnehmer der Gemeindebetriebe Frohnleiten am 27., also einen Tag später, eine exakte Kontrolle des Deponiebereiches und seiner näheren Umgebung vor, insbesondere der Altölgebände, die sich im Deponiebereich befinden könnten, zu entfernen. Hierbei wurden keinerlei Gebinde, gefüllt mit Altöl, im Deponiebereich festgestellt, insbesondere fanden sich an jenen Stellen, an denen heute ein Altölgebände mit Inhalt vorgefunden wurde, keine abgelagerten Gebinde. Was heißt das, meine Damen und Herren? Das heißt, daß die Konsenswerberin schlichtweg behauptet, daß möglicherweise diejenigen, die zuerst den Film gemacht haben, bevor die Behörde kam, geschwind noch ein paar Sachen hingetragen haben, die sie zuerst gefilmt haben, weil selbst von der Deponie vorher eine Überprüfung vorgenommen wurde und die festgestellt haben, daß es da nichts gibt. Diese Gebinde, die heute vorgefunden wurden, heißt es dann weiter, befanden sich so auffällig außerhalb der Schüttfläche, daß geschlossen werden muß, daß sie absichtlich vor Beginn der heutigen Überprüfungsverhandlung dort gelagert wurden. Besonders auffällig ist in dem Zusammenhang, wie bereits Dr. . . . festgestellt hat, auf einer Eisenstange befestigt, ein Behälter deutlich sichtbar angebracht war, der die Aufschrift . . . getragen hat.

Meine verehrten Damen und Herren, die Geschichte geht dann noch weiter. Zwei oder drei Tage später erklärt der Bürgermeister der Marktgemeinde Frohnleiten, unser früherer Kollege Gottlieb, daß diese Passage mit dem Spitalsmüll, von dem behauptet wurde, daß er ohnehin harmlos sei, in den Film hineingeschnitten worden ist und daher die ganze Geschichte sowieso gefälscht ist. Jetzt mag die Geschichte sein, wie sie ist, ich kenne mich bei diesen Dingen auch nicht so aus. Ich bin nur, wie auch andere Abgeordnete, von den Damen und Herren konfrontiert worden und gefragt worden, ob ich bereit wäre, mir diese Geschichte anzuschauen. Ich habe mir diesen Film angeschaut. Ich muß sagen, ich bin zwar nicht der totale Videoexperte, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Film gefälscht ist. Die Geschichte ist in Wahrheit so, daß das in der Zwischenzeit auch nicht mehr behauptet wird, und ich kann mir auch nicht vorstellen, daß der ORF gestern Teile dieses Filmes, die angeblich gefälscht worden sind, im Fernsehen ausgestrahlt hätte, wenn man sich nicht davon überzeugt hätte, daß die Geschichte durchaus echt sein kann. Ich habe übrigens, sofern es den einen oder anderen interessiert, bei mir ein Gerät aufstellen lassen, und es kann der Film angeschaut werden.

Der Bürgermeister und der Filmverfasser der Gemeinde Schrems werden gerne bereit sein, den Film jenen zu zeigen, die sich dafür interessieren. Ich verstehe nicht, daß Leute verurteilt werden, die den

Film und die Begehungen gemacht haben und zwischendurch vertrieben worden sind, so wie gestern beinahe der ORF, nur weil er sich nicht als ORF gezeigt hat, sondern dort gefilmt hat, ohne sich zu erkennen zugeben. Das sind Bürger, und zwar jene, von denen in diesem Bürgerbeteiligungsmodell die Rede ist, die mitarbeiten sollen in all diesen Dingen und die die Möglichkeit haben sollen, in jedem Punkt mitzureden und Aufklärung zu erhalten. Ich unterstelle jetzt niemandem etwas, weil ich kein Experte bin, ich zeige die Geschichte nur auf; aber um was geht es?

Erstens: Bürger wehren sich gegen eine Deponie. Das ist selbstverständlich, das wird auch bei der besten Deponie der Fall sein.

Zweitens: Die Bürger verlangen, daß man sich mit den Inhalten dessen, was sie gesehen haben, was sie zeigen wollen, auseinandersetzt. So weit, so gut, die Behörden haben sich sofort damit auseinandergesetzt. Dann, behaupte ich aber, hat bei der Begehung eine ganz üble Verleumdung stattgefunden. Nur, dann ist Funkstille. Ich höre, daß in der Zwischenzeit die Staatsanwaltschaft untersucht hat oder noch untersucht oder was auch immer. Mich irritiert nur, gestern hat der ORF die Geschichte aufgegriffen und gesendet, noch am Abend ist die Gendarmerie recherchiert, was denn die Bürger dort am Deponiegelände oder in der Nähe zu tun gehabt haben und wie das stattgefunden hat. Am selben Abend noch recherchiert. Die Fernsehsendung war um 7, die Rundfunksendung war um 4.45 Uhr. Ich würde mir wünschen, wenn Bürger – sei es berechtigt oder unberechtigt – Dinge aufwerfen, daß auch so schnell und rasch recherchiert wird. Wie ich gehört habe, hat der Herr Bürgermeister Gottlieb, was sein gutes Recht ist, heute versucht, Druck auf das ORF-Landesstudio auszuüben, um eine Gegendarstellung oder so etwas Ähnliches zu bringen. In einer Stunde werden wir ja wissen, ob er es geschafft hat. Was ich jetzt möchte? Ich möchte, daß mit diesen Leuten von denen ich persönlich die Überzeugung gewonnen habe, daß sie nicht übelwollend, sondern in Sorge und, wie mir scheint, auch in weiten Teilen in berechtigter Sorge gehandelt haben, daß mit diesen Leuten nicht so umgegangen wird, wie mit ihnen umgegangen wurde. Sie wurden verleumdet bei einer Verhandlung, über die Zeitung, ihnen Klagen angedroht, ihnen die Gendarmerie auf den Hals gehetzt, was auch immer. Da müssen wir alle – das soll keine Anschuldigung an den Herrn Landesrat sein, im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß er genauso interessiert ist, wie wir alle, zu signalisieren, daß mit den Bürgern positiv umgegangen wird, daß alle Anregungen und Dinge, die Bürger vorlegen, sofort aufgegriffen werden, daß man sich die Dinge wirklich anschaut und daß nie der Eindruck entstehen kann, daß hier möglicherweise, weil wir mit dem Rücken zur Wand stehen und es sonst keine Entsorgungsmöglichkeiten gibt, der eine oder andere Betreiber dezenter angefaßt wird, als es möglicherweise der Fall sein sollte. Dieser Eindruck darf nicht entstehen. Wenn dieser nicht entsteht, dann werden wir möglicherweise die Chance haben, etwas weiterzubringen im Müllbereich.

Ich darf wiederholen das, was ich während der dringlichen Anfrage gesagt habe und auch im Gespräch mit dem Herrn Landesrat: Ich bin nach wie vor der Meinung, daß nicht der inhaltliche, sondern

von der Vorgangsweise her der Weg unserer Müllpolitik falsch ist. Ich werde alles tun, um trotzdem Erfolg zu bringen, weil wir ganz einfach das Problem gemeinsam lösen müssen. Sie werden sich aber genauso von uns gefallen lassen müssen, das ist halt meine Aufgabe, die in der Zwischenzeit sogar von der Umweltpartnerschaft akzeptiert worden ist, als Krampus in der Müllpolitik dieser Aufgabe insofern gerecht werden, indem ich jede einzelne Fehlentwicklung, von der ich glaube, sie zu sehen, nicht nur in diesem Hause, sondern in aller Öffentlichkeit aufzeigen werde. (Beifall bei der FPÖ. – 17.59 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis.

Abg. Dr. Cortolezis (17.59 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem wir jetzt mitten im Umweltkapitel sind, erlauben Sie mir eine Anregung: Vielleicht wäre es ganz günstig, auch die Fenster zwischendurch zu öffnen, so daß wir die Luft, die draußen wahrscheinlich doch um etwas besser ist als hier herinnen, ein wenig austauschen können. Ich habe gestern sehr genau die Generalredner aller Fraktionen verfolgt, und vor allem auch die Bereiche, die sich mit den Umweltproblemen, mit der Umweltpolitik insgesamt befaßt haben. Ich bin nur draufgekommen, daß außer dem Abgeordneten Purr, der wichtige Passagen zur steirischen Umweltpolitik in seiner Rede aufgenommen gehabt hat, sonst eher wenig dazu angemerkt wurde (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Soll ich wiederholen, was ich gestern gesagt habe?“), mit Ausnahme – ich werde es gleich sagen – des Abgeordneten Dr. Korber, wobei mir die Verfolgung der Ausführungen nicht immer einfach gefallen ist. Der Abgeordnete Trampusch hat sich im wesentlichen mit kabarettistischen Schlenkerern (Abg. Kammlander: „Der ÖVP!“) befaßt, wobei die Gefahr besteht, wenn man zu viel schlenkert, kann man manchmal auch ins Taumeln geraten. (Abg. Trampusch: „Ich habe mich mit dem Umweltproblem der ÖVP befaßt!“) Aber ich verstehe das vor allem im Hinblick auf die Auszüge, die der Abgeordnete Prof. Dr. Eichtinger dann über den Klub der SPÖ gebracht hat, siehe Zitat „Profil“, daß hier die Verunsicherung doch etwas größer ist als zugegeben. Ich habe dann aber auch beim Abgeordneten Mag. Rader nur bemerkt, daß ein doppelter Keulenschlag, wie er ihn gestern erlitten hat, Wirkung erzeugt hat, indem er sich mit dem Umweltproblem so gut wie nicht beschäftigt hat. Er hat heute auch über weite Strecken des Tages hier noch Nachwirkungen gehabt. Ich verstehe das, wenn man aus der eigenen Partei so einen Querschuß erhält und gleichzeitig von der Basis mitgeteilt bekommt, daß man eigentlich nicht der gefragte Kandidat für das nächste Mal ist, daß man dann doch auch ein bißchen Wirkung zeigt.

Die Frau Abgeordnete Kammlander hat versprochen, daß sie heute mehr darauf eingehen möchte. Wahrscheinlich hat sie auch eher über das deutsche Wahlergebnis und das Abschneiden der dortigen Grünen sinniert. Die den Alternativen wahrscheinlich nicht ganz unnahe stehende TAZ hat das ja so formuliert, daß sie gemeint hat, die deutschen Grünen haben ihr außerparlamentarisches Standbein verstärkt. Auch eine Art und Weise, wie man das sehen kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte, bevor ich auf die konkreten Fragen auch noch eingehe, doch ein wenig über diese Tagesaktualität hinaus Gedanken ausführen, weil ich glaube, daß es zu Beginn einer solchen Umweltdebatte durchaus auch angebracht ist. Es hat mich bei der Vorbereitung dieser heutigen Debatte vor allem eine Frage beschäftigt: Was verändert das Verhalten hin zu einem umweltfreundlichen Verhalten tatsächlich? Ist es das lange geforderte Verbot irgendeines Produktes, ist es irgendein Grenzwert, der verordnet wird, ist es der kritische Konsument, der sich beim Einkauf seines Tennisschlägers vergewissert, ob wohl kein Regenwaldholz mitverarbeitet wurde und die Bespannung dieses Tennisschlägers aus Gedärmen eines freilaufenden Hausschweines gefertigt wurde? Wir sind in der Umweltdebatte immer nur auf diese sogenannte end-of-pipe-technology, auf diese Emissionen fixiert. Ein wesentlicher Bereich der Diskussion im Umweltbereich richtet sich nur danach: Welche Schadstoffe haben wir, und wie können wir die reduzieren? Es geht darum: Was kommt aus dem Schornstein heraus, was wird in die Flüsse geleitet? Und letztlich geht es auch – (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Summa summarum!“) du kommst dann auch dran, ich werde es dir auch gleich erklären – um die Langlebigkeit der Produkte und ihre Entsorgung.

Lassen Sie mich jetzt einmal radikal verkürzen: Die Industrie wandelt Rohstoffe der Umwelt in Konsumentenprodukte um. Das kann dabei so geschehen, daß die angewendete Technologie die Umwelt verwüstet, Rohstoffe willkürlich verschwendet und die Erde verschmutzt. Es kann aber auch umgekehrt gehen. Was sind nun diese Maßnahmen, was sind nun diese Änderungsparameter, daß es nämlich anders geht? Und der Bürger hört dann oft die Formel: „Umweltschutz fängt bei jedem einzelnen an.“ Klingt lapidar und simpel. Ist das zutreffend? Ich glaube, ja. Ich möchte drei Punkte anführen, wo ich glaube, daß es zutreffend ist:

Der erste: Der Bürger ist Konsument. Sein Konsumverhalten kann verändern. Die Nachfrage nach Produkten, die die Umwelt weniger belasten als ein Konkurrenzprodukt, nimmt ständig zu. In Großbritannien ist im vorigen Jahr ein Konsumentenführer, der eben Produkte und Unternehmen mit Sternen und Benotung klassifiziert, herausgekommen. Innerhalb von vier Wochen war er auf der Bestsellerliste die Nummer eins. Ich habe mir das auch für Österreich herausgesucht beziehungsweise für den deutschen Sprachraum: „Bittere Pillen“. Sie kennen dieses Buch sicher; auch ein kritischer Konsumentenführer. Bereits die 55. Auflage, bisher verkauft: eine Million Exemplare. Sie merken es selbst, wenn Sie einen Supermarkt betreten, wie mit der Umweltfreundlichkeit der Produkte geworben wird, und unterschiedlichste Unternehmen in unterschiedlichsten Ländern – ersparen Sie mir hier, die Beispiele anzuführen – werben nicht nur mit dieser Umweltfreundlichkeit, sondern setzen sie ein, um ihren Umsatz zu vermehren.

Eines vielleicht: MIGROS, der größte Schweizer Einzelhandelskonzern, hat eine Ökobalance für seine Verpackung ausarbeiten lassen, um sie jedem seiner Kunden vor Augen zu führen. Das führt aber in der Folge auch dazu, daß der einzelne Konsument verunsichert wird, weil sich natürlich die Unternehmen mit

dieser verkaufsfördernden Umweltfreundlichkeit auch konkurrieren und nicht klar ist, wem kann hier wirklich Glauben geschenkt werden? In Frankreich hat es dazu geführt, daß „Henkel“ phosphatfreie Waschmittel eingeführt hat – Frankreich hat nicht so einen hohen Umweltstandard wie andere europäische Länder (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Und was ist drinnen?“) –, und das ist vom drittgrößten Phosphathersteller dann aufgegriffen worden, und es ist eine Kampagne geführt worden, daß nämlich die phosphatfreien Waschmittel noch wesentlich umweltschädlicher seien (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo!“) – mit sterbenden Fischen, Plakate und Anzeigen. Und der Umweltkonsument – wem soll er glauben? Soll er dem Unternehmen oder dem Unternehmen glauben? Klare Folge, daß sich natürlich die Frage der Ökokennzeichnung in den Vordergrund drängt, daß die Regierungen aufgerufen sind, hier auch objektive Kriterien für diese Umweltfreundlichkeit zu fixieren. In Deutschland ist dies geschehen mit dem „blauen Engel“, aber die (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das heißt ‚grüner Engel‘. ‚Blauer Engel‘ ist ein Wirtshaus!“) Diskussion bei Einführung dieses Ökokennzeichensystems zeigt die Komplexität des Themas. Denn es gilt, Prioritäten festzulegen. Was ist wichtiger: Papier zu sparen, wenn man Mütter ermuntert, Stoffwindeln zu verwenden, oder ist es wichtiger, heißes Wasser zu sparen? Ist es besser, Lebensmittel und Medikamente kontaktsicher zu verpacken, oder ist es besser, möglichst wenig Verpackung aufzuwenden? Die Fragen sind kompliziert, und es ist verständlich, daß der Bürger gern einfache Antworten hätte.

Ein zweiter Punkt, wo ich glaube, daß der Bürger sehr wohl Einfluß nehmen kann: Es wird oft das Floriani-Prinzip zitiert: So etwas gibt es nicht nur bei uns, sondern in allen Wohlstandsgesellschaften. Auf englisch heißt das „nimbyism“. Das kommt von den Anfangsbuchstaben, die da einfach zusammengesetzt werden: Not in my backyard, also: Nicht in meinem Hinterhof. Die populäre Feindseligkeit gegenüber der Ansiedlung von großen Unternehmen wird im zunehmenden Maß das Verhalten der Industrie auch tatsächlich beeinflussen. Immer mehr, vor allem große Unternehmen gehen daran, den Herstellungsprozeß generell zu überdenken, damit nicht nur Abwässer und Abgase gereinigt werden müssen, sondern damit solche gar nicht erst anfallen. Auch hier ein Beispiel: Lacke in der Autoindustrie. Früher mit lösungsmittelhaltigen Stoffen aufzubereiten, damit sie aufgespritzt werden können. Mittlerweile gibt es eine Technologie, wo das wasserlöslich aufgebracht werden kann, so daß nicht im Nachhinein mit Filtern oder anderen technischen Anlagen die Giftstoffe wieder der Umwelt entzogen werden müssen, sondern wo durch Produktionsverfahren diese Giftstoffe erst gar nicht entstehen. Ich habe dieses Beispiel deswegen gewählt, weil gerade bei dem jetzt im Süden von Graz entstehenden Chrysler-Werk auf eine solche wasserlösliche Lackiererei gedrungen worden ist und diese auch in Etappen kommen wird.

Der Bürger hat aber auch in einem dritten Punkt durch sein Verhalten einen enormen Umdenkprozeß eingeleitet. Es ist von meinem Vorredner in der für ihn typischen Art und Weise natürlich auch angesprochen worden. Typisch sage ich insofern, weil er überhaupt

nicht bereit ist, auch nur irgendeinen Teil Lösung mit zu verantworten. Da wird nur in großen Sprüchen hier verkündet. Aber der Bürger ist zunehmend weniger bereit, Grund für Mülldeponien zur Verfügung zu stellen. Damit wird natürlich auch die Maßnahme unterstützt, die entscheidend dazu beiträgt, tatsächlich das Problem anzugehen, und das ist nicht nur bei uns so, sondern weltweit so, nämlich: Vermeiden, Trennen, Wiederverwerten und Rückführen der Altstoffe in den Kreislauf. In Wahrheit sind es ja nicht die Produktionsverfahren mit den Emissionen, die das große Problem ausmachen, sondern die Produkte, die am Markt sind, die dann bleiben, die die Umwelt beeinträchtigen und die dann irgendwann entsorgt werden müssen. Wenn Sie die Chemieindustrie nehmen, so sind die Schadstoffe, die bei der Produktion entstehen, nur 4 Prozent im Verhältnis zu dem, was dann die Produkte, die auf den Markt kommen, an Umweltbeeinträchtigung verursachen und bewirken und die vor allem auch am Ende ihrer Lebensdauer die Umwelt beeinträchtigen. Mitte der siebziger Jahre ist es gelungen, Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln. Die große Herausforderung für heute und für die nächsten Jahre und Jahrzehnte wird es sein, Müll- und Wirtschaftswachstum nicht mehr als siamesische Zwillinge zu akzeptieren. Es ist für uns überhaupt keine Beruhigung, aber es ist wichtig zu wissen, daß in der gesamten Industrieland die Müllentsorgung immer schwieriger wird. Deponiekosten schnellen in die Höhe, und alte Deponien sind am Rande ihrer Kapazität. Die amerikanischen Umweltbehörden rechnen damit, daß 80 Prozent der bestehenden Deponien innerhalb der nächsten 20 Jahre geschlossen werden, und acht Staaten an der Ostküste werden in den nächsten Jahren überhaupt keine Deponien mehr zur Verfügung haben, da die bisherigen erschöpft sind und neue nicht errichtet werden können. Japan wird diese Situation im Jahre 2005 haben, und Holland, auch dem jüngsten „Profil“ zu entnehmen, hat bereits heute seine Deponiekapazitäten erschöpft. Es muß also gelingen, sowohl beim Industrie- als auch beim Hausmüll, grundlegende Änderungen herbeizuführen. Mit den 100 Millionen Schilling, die zusätzlich für die Bewältigung der Müllproblematik im vorliegenden Budget vorgesehen sind, wird in diesem Land bewiesen, daß tatsächlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Mit der ihm eigenen Konsequenz weist unser Umweltlandesrat Hermann Schaller darauf hin, auch dann, wenn die Wogen der taktischen Auseinandersetzung besonders hoch schlagen, daß auch in der Müllpolitik kein Weg daran vorbeiführt, an den Grundsätzen der Philosophie, die unser Landesrat so glaubhaft immer wieder predigt, nämlich Vermeiden, Trennen, Kompostieren, Sammeln und Wiederverwerten. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Bravo!“)

Bis zum Jahre 1992 werden in der ganzen Steiermark die vorgesehenen Mülltrennungsmaßnahmen, die jetzt gesetzlich verpflichtend eingeführt worden sind, wirksam werden und einen weiteren Mosaikstein in diesem Gesamtlösungskonzept bilden. Es geht nicht darum, vorschnell Lösungen mit Diktat, mit Verordnung, mit Festschreiben irgendeiner Deponie irgendwo der Bevölkerung aufzudrücken und aufzuzwingen, sondern es geht darum, die Bevölkerung in diese Grundphilosophie einzubinden.

Gleich zu diesem, von meinem Vorredner aufgegriffenen Problem, zur Mülldeponie in Frohnleiten. Genau das ist das Problem. Weil eben die Trennung noch nicht da ist, weil das eben noch keine Restedeponie ist und weil eben alles zusammen hingekarrt wird, gibt es überhaupt die Möglichkeit, daß wir mit solchen Problemsituationen konfrontiert werden, wo ich überzeugt bin, daß der Herr Landesrat im einzelnen auf diese Sache eingehen kann. Aber das grundsätzliche Problem hat Rader verschwiegen: Daß er überall hinausgeht in dieses Land und sagt, „nein, wir brauchen keine Restedeponien“ und hier genau das Gegenteil behauptet. Wir haben es ja bei der vorletzten Landtagssitzung ihm nachweisen können. Der Abgeordnete Dr. Lopatka hat das Gott sei Dank machen können, wie er dort so, da so sagt. Das kann man höflicherweise gespaltene Zunge nennen, kann es aber ganz anders und viel schärfer nennen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Kein blauer Engel!“) Ganz richtig, kein blauer Engel, sondern vielleicht das Gegenteil. Es gibt auch keinen Ausweg mit irgendeinem Gefasel von Erst- und Letztverantwortlichkeit und so weiter, sondern es geht um die Einbindung der Bevölkerung sehr wohl. Und daß trotzdem niemand in seiner Umgebung gerne eine Mülldeponie, in unserem Fall eine Restedeponie, haben möchte, ist wohl selbstverständlich. Aber es geht darum, sämtliche Gefahren, sämtliche Befürchtungen zu minimieren, auch um die Objektivierung der Umstände, nämlich was angeliefert wird, was tatsächlich auf dieser Deponie landet, und Kontrollen sind groß zu schreiben. Es ist nicht so, daß nichts zusammengebracht worden wäre in diesen letzten Jahren. Gott sei Dank ist viel weitergegangen, und gerade vor wenigen Monaten ist in Judenburg auch tatsächlich eine Deponie wiederum, nachdem die Kapazitäten ja überall das Limit erreichen, vorgestellt und beschlossen und auch mit dem Bauverfahren eingeleitet worden, so daß man durchaus sieht, wenn die Region ihre Verantwortung ernst nimmt, es möglich ist, daß die Regionen sich ihrer eigenen Problematik besinnen. Dazu braucht man einen langen Atem, innere Klarheit und Standfestigkeit. Der kürzlich erfolgte Rücktritt des Müllstadtrates von Graz zeigt, wie schwierig es ist, sich in einem Vielfrontenkrieg zu bewähren. Ich bin überzeugt davon, daß die Landeshauptstadt Graz natürlich eine besondere Situation hat, weil im städtischen Bereich mehr Müll anfällt als im ländlichen und weil man sich halt auch mit dem Umland ins Einvernehmen setzen muß und weil man durch eine überzeugte Trennung hier in der Stadt dem Umland klarmachen muß, daß man willens ist, sich selbst einzuschränken, so daß tatsächlich nur mehr Reste deponiert werden müssen. Daß es tatsächlich funktioniert und daß es keine theoretischen Berechnungen sind, zeigen ja diese 29 Pilotprojekte, wo eine Reduktion um 50 Prozent bei erfolgter Mülltrennung erreicht werden konnte.

Meine Damen und Herren, mit diesen 100 Millionen Schilling kann es eben zu einem steiermarkweiten Ausbau der Mülltrennung, dem Kompostnetzwerk und zu weiteren Altstoffsammelzentren kommen. Ein weiterer wichtiger Schritt, der auch an diese Schritte anschließt, die durchaus auch in diesen letzten Jahren die Steiermark beispielhaft erscheinen lassen. Ich erinnere an den ersten Landesenergieplan mit dem Vorrang für die erneuerbaren Energieträger, und ich bin

froh – der Herr Abgeordnete Reicher ist jetzt nicht da –, daß wir beim Anteil der Biomasse mitteleuropaweit führend sind, weil das eben auch eine Schwerpunktsetzung war und weil es uns hier auch gelungen ist, zu diesen heimischen erneuerbaren Energieträgern tatsächlich auch wirklich positiv verändernd einzugreifen und diese stärker zu nutzen als fossile Energieträger. Ich erinnere an die Kraftwerke Mellach und Voitsberg, die mit der höchstmöglichen Abgasreinigung zu den saubersten kalorischen Kraftwerken Europas wurden. Ich erinnere an das Bodenschutzgesetz. Die Steiermark hat als erstes Bundesland ein solches verabschiedet, und vor kurzem waren oberösterreichische Kollegen da, die sich die Erfahrungen berichten haben lassen: Mur- und Raabsanierung mit 80- und 90prozentiger Verbesserung der Wasserqualität, Maßnahmen im Luftbereich: von der Meßeinrichtung über den Smogalarmplan, Fernwärmeanschlußverpflichtung, Katalysatornachrüstung – in der Steiermark mehr als im gesamten restlichen Bundesgebiet zusammengenommen; mit wenigen Stichworten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Zitat schließen, entnommen einem führenden internationalen Wirtschaftsmagazin, dem „Economist“. Dieses Magazin hat in einer seiner letzten Ausgaben einen großen Report über die großen Tendenzen im Umweltbereich gemacht, und dieses Zitat lautet wie folgt: „Die entwickelten Länder werden in einer immer größeren Zahl einen immer größeren Anteil ihres nationalen Reichtums zum Schutz vor Umweltverschmutzung ausgeben müssen. Der Umweltschutz wird zwar einerseits eine Einschränkung notwendig machen, aber gleichzeitig eine große und schwer zu quantifizierende Quelle von vermehrtem menschlichem Wohlstand bringen. Die Veränderungen werden anhaltender sein als die der großen Erfindungen von Dampfmaschine oder Computer. Die großen Ingenieurprojekte des nächsten Jahrhunderts werden keine zivilen Bauten, Dämme oder Brücken sein, sondern es wird um biotechnische Abwasseranlagen und Mülldeponien gehen. Die Wissenschaftsstars werden diejenigen sein, die einen billigeren Weg zur Entsorgung von Plastik oder zur Entgiftung von schmutzigen Böden finden.“

Meine Damen und Herren, arbeiten wir alle daran, daß wir in der Umweltpolitik weiterhin mit Selbstbewußtsein behaupten können, daß wir den Problemen nicht aus dem Weg gehen, sondern diese gemeinsam mit der Bevölkerung offensiv angehen, für eine weniger giftige, weniger laute, schlicht für eine freundlichere Umwelt. (Beifall bei der ÖVP. – 18.22 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Herrmann das Wort.

Abg. Herrmann (18.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eingangs eine Bemerkung. Ich habe jetzt bemerkt, daß der Abgeordnete Korber wieder anwesend ist. Gestern hat er uns bis 14.45 Uhr mit langatmigen Reden sekkert, und heute ist er wieder um 18 Uhr erschienen. Ich glaube, wir alle sind ja wirkliche Trottel, wenn wir bis nach Mitternacht da sind und in der Früh wieder um 8.30 Uhr; und er kommt dann um 18 Uhr wieder her. Ich mache daher den Vorschlag: Bezahlen wir die Abgeordneten nach